



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Landkreistagspräsident Bernreiter:

Erfolg und Trauerspiel

Unterschiedlicher könnten die Stimmungslagen von Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, aktuell kaum sein: Während er in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder eine Stärkung des ländlichen Raums sieht, kommen „Entscheidungen von Theoretikern im Bund“ die Bürger im ländlichen Raum aus seiner Sicht teuer zu stehen. Dies gelte insbesondere dann, wenn es um die medizinische Versorgung, eine Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge, geht.

„Unseren Kommunen brennen viele Themen unter den Nägeln. Mit den von unserem Ministerpräsidenten gegebenen Signalen und den unter anderem angekündigten Investitionen in die digitale Infrastruktur und den Verkehrsbereich wird unsere Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt“, meinte Bernreiter.

Flächendeckende Gigabitnetze bis 2025

Der Anschluss aller Haushalte an das Glasfasernetz bis 2025, also flächendeckende Gigabit-

Freistaat auch die Haltung der Kommunen beim Bund stärken.

Verbindliche Auflagen bei der Frequenzvergabe

Über verbindliche Auflagen zur flächendeckenden Mobilfunkversorgung des ländlichen Raumes bei der Frequenzvergabe könne man den Willen der Mobilfunkanbieter steuern. Mit 100 Mio. Euro, die der Freistaat in die Digitalisierung der Verwaltung in den Kommunen stecken wolle, käme man dem digitalen Landratsamt deutlich näher als heute. Die Bürger könn-



Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags.

der Freistaat die Kommunen bei der digitalen Ausstattung und beim Unterhalt dieser technischen Strukturen unterstützen muss.“

Zentrale Erwartungen der bayerischen Landkreise

Auch die angekündigten Investitionen in das Straßennetz, (Fortsetzung auf Seite 4)

GZ-Seminar „Lebendige Ortsmitte“ in Nürnberg:

Werkzeuge und Strategien

Digitalisierung und Globalisierung sind Ursachen massiver Veränderungen in Dörfern und Städten. Demographische Entwicklungen, schließende Geschäfte, unsachgemäße Eingriffe und lange Leerstände zehren an der Bausubstanz. Wie Ortskerne wieder zum Leben erweckt werden können, wurde beim GZ-Seminar „Lebendige Ortsmitte“ im Rahmen der Messe IFH/Intherm in Nürnberg anhand diverser Beispiele erläutert.

Die Premiere der Fachtagung, die sich an Bürgermeister, kommunale Entscheidungsträger, Bauamtsleiter, Stadtplaner und -entwickler richtete, stieß auf große Resonanz. Gezielt nachgefragt wurden unter anderem die SHK-Kernthemen Energetische Heizungsanierung sowie barrierefreie Sanitärösungen im sozialen Wohnungsbau. Über 160 Teilnehmer folgten der Einladung der Bayerischen Gemeindezeitung.

Kompetente Partner

Als Partner fungierten GHM Gesellschaft für Handwerksmessen, Bayerischer Gemeindegtag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag und die Bayerische Architektenkammer. Dass es Problembereiche in Ortskernen mitten in Bayern

Tarifeinigung im öffentlichen Dienst

Bayerischer Städtetag: Hoher Preis für kommunale Haushalte

In der dritten Verhandlungsrunde haben die Tarifvertragsparteien im öffentlichen Dienst eine Einigung erzielt. Nach Auffassung der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) haben sich beide Seiten auf eine grundlegende Änderung der Tabellenstruktur verständigt, „die die Attraktivität kommunaler Arbeitsplätze steigert und die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere bei den Fach- und Führungskräften verbessert“.

Das Ergebnis sieht für die mehr als zwei Millionen kommunalen Beschäftigten Gehaltserhöhungen in drei Stufen vor. Ab März 2018 steigen die Einkommen im Durchschnitt um 3,19 Prozent, ab April 2019 nochmals um 3,09 Prozent und ab März 2020 um weitere 1,06 Prozent. Insgesamt handelt es sich dabei um ein Kostenvolumen von rund 7,4 Milliarden Euro. Die Laufzeit beträgt 30 Monate. Damit be-

steht für die Arbeitgeber hohe Planungssicherheit. In den unteren Einkommen wurde eine Mindesthöhung vereinbart. Mit Wirkung vom März 2018 gibt es eine Einmalzahlung von 250 Euro.

Akzeptabler Kompromiss

„Die Verhandlungen in diesem Jahr kann mal als außerordentlich intensiv bezeichnen.

Wir sind froh, eine Einigung gefunden zu haben. Insgesamt ist der vereinbarte Kompromiss für uns akzeptabel“, betonte VKA-Präsident Dr. Thomas Böhle. „Wir haben gesagt, dass wir den öffentlichen Dienst zukunftsfähig machen wollen, indem wir die Arbeit der Beschäftigten angemessen honorieren und zugleich die Bezahlung der Fach- und Führungskräfte verbessern. Das ist uns mit diesem Ergebnis gelungen. Es profitieren beide Seiten davon.“

Spürbare Lohnerhöhung

Über die Einkommenserhöhung hinaus wurden weitere Regelungen ausgehandelt. Dazu gehört unter anderem die mehrstufige Angleichung der Jahressonderzahlung Ost an das Westniveau. Das Ausbildungsentgelt erhöht sich in den Jahren 2018 und 2019 um jeweils 50 Euro. Der Urlaubsanspruch der Auszubildenden steigt auf 30 Arbeitstage. Die beschlossene prozentuale Entgeltsteigerung wird auf die ebenfalls von den Verhandlungen betroffenen Tarifverträge für Versorgungsbetriebe (TV-V) und Nahverkehrsbetriebe (TV-N) übertragen.

„Für die Beschäftigten wird es eine spürbare Lohnerhöhung (Fortsetzung auf Seite 4)

Pöhlmann verwies in seiner Begrüßung darauf, dass die GHM sich als Serviceeinrichtung des Handwerks versteht. Gerade die mittelständischen Handwerksbetriebe entwickeln Ideen und Lösungen z. B. zur Umsetzung der Energieeinsparverordnung, aber auch Innovationen im Bereich Energiewende, was für die Kommunen letztlich von vielfältigem Nutzen sei. Pöhlmann lud die Teilnehmer ein, sich bei einem Messerundgang eigene Eindrücke über diesetechnischen Neuerungen zu verschaffen.

Ortskernrevitalisierung und Leerstandsmanagement

„Ortskernrevitalisierung und Leerstandsmanagement – Strategien und Instrumente“ lautete im Anschluss das Vortragsthema von Matthias Simon, Referatsleiter Baurecht und Wasserrecht beim Bayerischen Gemeindegtag. Simon verwies zunächst auf § 1a Abs. 2 BauGB, wonach mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden soll. Dabei seien zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flä-



„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft voraus zu sagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein“, zitiert der Bürgermeister Perikles. Für den Rathauschef bedeutet dies, dass man hierzulande die Chancen der Digitalisierung effizient nutzen sollte. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Erfolgsstrategien zur Gestaltung von lebendigen und lebenswerten Ortskernen standen auf dem Programm des GZ-Seminars, zu dem zahlreiche Gäste aus Bayerns Kommunen zur Messe IFH/Intherm nach Nürnberg gereist waren. Infos: www.gemeindezeitung.de/lebendige-ortsmitte. □

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
6. Bayerisches WasserkraftForum am 17. Mai 2018	2
Tradition und Moderne zusammenführen.	2
Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbands	3
GZ-Kolumne Alois Rainer:	
Künftige Grundsteuer braucht transparente Parameter	3
Fördermittel in der Flüchtlingshilfe	5
Kommunale Finanzthemen	6 - 11
Kommunale Bauarbeiten	12 - 14
Wasser · Abwasser	14 - 15
Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	18 - 20

Regierungserklärung im Landtag:

Tradition und Moderne zusammenführen

Söder plant eine Milliarde Euro für 100 Projekte

Gut einen Monat nach seiner Wahl hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder seine erste Regierungserklärung unter dem Motto „Das Beste für Bayern“ im Landtag abgegeben. In seiner Rede, die er auch als „Liebeserklärung für Land und Leute in Bayern“ bezeichnete, erläuterte Söder seinen Zehn-Punkte-Plan für den Freistaat mit rund 100 Einzelprojekten, die bis zu einer Milliarde Euro kosten werden.

An erster Stelle nannte der Ministerpräsident den Ausbau der Sicherheit und die Stärkung des Rechtsstaats. Er bekräftigte seine Absicht, eine Bayerische Grenzpolizei mit 1.000 Stellen einzurichten. Hierfür soll bereits zum 1. Juli eine neue Direktion in Passau eröffnet werden. Zusätzlich zu den 2.000 bereits beschlossenen Stellen sollen weitere 1.000 Polizisten die Inspektionen im Land verstärken. Dadurch werde die Polizeipräsenz auf der Straße erhöht. Außerdem sei für jede Großstadt in Bayern eine Reiterstaffel der Polizei vorgesehen.

Söder kündigte einen konse-

quenten Kurs in der Flüchtlingspolitik an. Um Asylverfahren zu verkürzen und schneller abschließen zu können, soll zum 1. August ein neues Landesamt für Asyl („Bayern BAMF“) mit ca. 1.000 Mitarbeitern in Manching seine Arbeit aufnehmen. Darüber hinaus werden zur Beschleunigung der Asylverfahren 100 neue Verwaltungsrichter eingestellt. Und mit einer – neben den bestehenden Einrichtungen in Eichstätt und Erding – zusätzlichen Abschiebebehafteinrichtung in Hof will Söder ein Zeichen in der Flüchtlingspolitik setzen.

Zur Stärkung der Eigenständigkeit der Justiz wird wieder

das Bayerische Oberste Landesgericht mit Sitz in München installiert, das 2006 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber aus Kostengründen abgeschafft worden war.

Neben der Migration sieht Söder die Digitalisierung als größte gesellschaftliche Herausforderung. Dafür habe er einen eigenen Minister eingesetzt. Hauptaufgaben sind der Anschluss aller Haushalte an das Gigabit-Netz bis 2025, die Aufstellung von zusätzlich 1.000 Mobilfunkmasten bis 2020 und der Abschluss eines Mobilfunkpaktes mit der Wirtschaft und den Kommunen. Ein weiterer Schwerpunkt liege in der digitalen Bildung. Hier wolle er die finanzielle Förderung erhöhen und damit 50.000 digitale Klassenzimmer entwickeln.

Bayern an der Spitze des Fortschritts

Um Bayern an der Spitze des Fortschritts zu halten will der Ministerpräsident die Raumfahrt wieder zu einer Schlüsseltechnologie machen. Dazu werde man eine eigene Fakultät an der TU in Ottobrunn gründen, wobei dem neuen Raumfahrtprogramm „Bavaria One“ besondere Aufmerksamkeit zukomme. Ziel sei die Entwicklung unbemannter, suborbitaler Flugkörper, die Erdbeobachtung und Quanten-Sensorik. Außerdem entwickle das Forschungszentrum in Garching einen „Supercomputer“, mit dem Bayern an der Weltspitze liege. Söder erwähnte auch noch die Weiterentwicklung der Hochschullandschaft. Hier entstünden in den nächsten Jahren 18.000 neue Studienplätze.

Söder bekannte sich klar zu Mittelstand und Handwerk. Er werde „Made in Bavaria“ weiter stärken. Selbstständigkeit und Unternehmertum seien die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg. Für den bayerischen Mittelstand sei eine Ansiedlungs- und Außenwirtschaftsstrategie aus einem Guss erforderlich. Hierzu gehöre die Verbesserung der Unternehmensansiedlung in Bayern. Sämtliche Ansiedlungsaktivitäten würden in einer gemeinsamen Wirtschaftsagentur gebündelt.

Mit Blick auf die seit längerem angespannte Wohnraumsituation im Freistaat kündigte Sö-

der massive Investitionen in den Wohnungsbau an. Bis 2025 sollen 500.000 neue Wohnungen entstehen. Hier leisteten auch die Kommunen ihren Anteil, zumal der Wohnungsbau laut Verfassung eine kommunale Aufgabe ist. Desweiteren stellte Söder die Einführung einer bayerischen Eigenheimzulage von 10.000 Euro als einmaligen Festbetrag sowie ein bayerisches Baukindergeld Plus in Höhe von 1.500 Euro pro Kind und Jahr in Aussicht.

Ausbau des ÖPNV

Trotz seines Bekenntnisses zum Auto als Wirtschaftsfaktor und Ausdruck individueller Mobilität, setzt der Regierungschef auf den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) und der Elektromobilität. Dazu würden die Fördermittel für den ÖPNV um 100 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Auch werde er einen einheitlichen ÖPNV-Tarif für ganz Bayern schaffen. Darüber hinaus werde die Anschaffung von 2.000 Bussen 100 Trambahnen sowie 50 U-Bahnen vom Freistaat finanziert und der gesamte ÖPNV bis 2020 mit WLAN ausgestattet.

Bayerisches Familiengeld und Landespflegegeld

Auf dem Gebiet der Familienpolitik will Bayern die Eltern ein- und zweijähriger Kinder künftig mit einem bayerischen Familiengeld von 250 Euro pro Monat unterstützen. Ab dem dritten Kind soll es sogar 300 Euro pro Monat und Kind geben. Das Geld werde unabhängig vom Einkommen bezahlt und unabhängig davon ob das Kind eine Krippe besucht oder nicht. Durch das neue Familiengeld, das das bisherige Betreuungsgeld und Landeserziehungsgeld ersetzt, würden alle Familien mit kleinen Kindern mehr als bisher erhalten, erläuterte Söder.

Neben der Kinderbetreuung sind der Ausbau und die Verbesserung der Schulbildung ein weiterer wesentlicher Bestandteil des künftigen Regierungsprogramms. Mit einer Bildungs-offensive Plus soll die Zahl neuer Lehrerstellen auf 4.000 verdoppelt werden. Zudem sollen 500 Schulpsychologen und Sozialpädagogen als externe Fachkräfte dazukommen.

An die Angehörigen von Pflegebedürftigen ab dem zweiten Pflegegrad werden künftig pro Jahr 1.000 Euro ausgezahlt. Dieses „Landespflegegeld“ dient als Anerkennung für die pflegenden Angehörigen. Insgesamt stehen für die rund 360.000 Anspruchsberechtigten ca. 400 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung. Familiengeld für die Jüngsten und Pflegegeld für die Älteren stünden für die bayerische Generationenpolitik, betonte Söder.

Kein dritter Nationalpark

Eine Absage erteilte Söder der Idee, einen dritten Nationalpark im Freistaat einzurichten. Stattdessen will er die bayerischen Naturparks stärken. In der Rhön soll ein Biodiversitätszentrum, im Spessart ein Walderlebnis- und Eichenzentrum und an der Donau ein begehbares Donauaquarium entstehen. Anstelle der gekippten Skischaukel ist am Riedberger Horn ein „Zentrum Naturerlebnis alpin“ vorgesehen. Desweiteren fließen zehn Millionen Euro zusätzlich in das Vertragsnaturschutzprogramm. Die Landwirtschaftsverwaltung soll künftig wieder in die Bezirksregierungen integriert werden. Zudem sprach sich der Ministerpräsident gegen starre Grenzen beim Verbrauch von Flächen aus und plädierte stattdessen für Anreize etwa bei der Entseelung von Flächen oder bei der Revitalisierung von Orts-



Wasser. Kraft. Bayern.

6. Bayerisches WasserkraftForum 2018 am 17. Mai in Neunburg vorm Wald

Für das Gelingen der angestrebten Energiewende ist die Wasserkraft in Bayern unverzichtbar. Beim 6. Bayerischen WasserkraftForum der Bayerischen Gemeindezeitung am 17. Mai 2018 in Neunburg vorm Wald werden Potenziale und Grenzen der Wasserkraft erläutert.

Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben werden die Themen Natur-, Klima-, Umweltschutz sowie wasserbautechnische Partnerschaften in Entwicklungsregionen erörtert.

Unsere Besucher haben die außergewöhnliche und sehr seltene Gelegenheit, im Anschluss an das WasserkraftForum zwei sehr besondere Highlights zu besichtigen.

Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich, da es sich hier teilweise um Hochsicherheitsbereiche handelt und eine Höchstbesucherzahl nicht überschritten werden darf.

Netzeleitstelle Bayernwerk: Von hier aus werden das gesamte 20-kV-Mittelspannungsstromnetz des Bayernwerks von Aschaffenburg bis ins Berchtesgadener Land sowie auch das Erdgasnetz überwachet.

Eixendorf II: Die Bayerischen Landeskraftwerke bauten an der Vorpforte des Eixendorfer Stausees eine besonders umweltverträgliche Wasserkraftanlage.

Informationen unter: www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Bürgerpreis des Bayerischen Landtags:

Zeichen setzen für die Zukunft Europas

100 Jahre nach der Gründung des Freistaats engagiert sich beinahe jeder Zweite in Bayern ehrenamtlich. Diesen großartigen Einsatz hat der Bayerische Landtag mit dem diesjährigen Bürgerpreis besonders unterstrichen. Aus mehr als 100 Bewerbern wählte die Jury unter Vorsitz von Landtagspräsidentin Barbara Stamm fünf Preisträger aus und würdigte zudem eine weitere Bewerbung in besonderem Maße.

Der erste Preis, dotiert mit einem Preisgeld von 15.000 Euro, geht an die Initiative Pulse of Europe Bayern. Dabei handelt es sich um eine überparteiliche und unabhängige Bürgerinitiative, die in vielen bayerischen Städten aktiv ist. Pulse of Europe geht jeden ersten Sonntag im Monat für proeuropäische Ziele auf die Straße und wird weithin unterstützt durch Musiker und Personen des öffentlichen Lebens.

Mit je einem zweiten Preis in Höhe von insgesamt 20.000 Euro werden die Junge Aktion der Ackermann-Gemeinde und die Europa-Union Augsburg, stellvertretend für die bayerischen Europa-Unionen, bedacht. Die Junge Aktion ist ein katholischer Jugendverband im BDKJ, der mit tschechischen und slowakischen Partnerverbänden Projekte und Begegnungen anbietet. Ein wichtiges dauerhaftes Projekt der Europa-Union Augsburg ist die Organisation des Europatages am 9. Mai und der Europa-woche. Ebenso lädt der Verein zu Europa-Stammtischen, organisiert Podiumsdiskussionen zu Themen wie „TTIP“ oder „Sammelklagen“ und veranstaltet partnerschaftliche Events mit anderen Bürgerbewegungen.

Zwei dritte Preise (jeweils 7.500 Euro) gehen an das Europäische Netz in Sinzing und den Verein Gemeinsam leben und lernen in Europa in Passau. Der Verein im Kreis Regensburg setzt sich u.a. für interkulturel-

les Lernen ein und führt diverse Europaaktionen durch. Eine wichtige Veranstaltung ist beispielsweise die Begegnungswoche, die im August dieses Jahres mit Gästen aus Frankreich, Ungarn, Spanien und Rumänien und einheimischen Bürgern stattfinden wird. Ebenso organisiert das Netzwerk alljährliche Begegnungen abwechselnd zwischen französischen, ungarischen, spanischen und deutschen Partnern mit altersspezifischen Programmen.

Der Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ motiviert und unterstützt Menschen, sich ehrenamtlich für die Gesellschaft zu engagieren. Der Verein arbeitet im ostbayerischen Raum und tauscht sich mit Partnern in ganz Deutschland und Europa aus, um von- und miteinander zu lernen. Typische Aktionen sind lokale Projekte wie „Kinder – Erleben – Kulturen“, ein internationaler Frauentreff, Ehrenamtsschulungen, Filmreihen und Ausstellungen wie „Europa lächelt“, sowie Austauschprojekte mit Studierenden aus und nach Tschechien.

Mit einer besonderen, nicht dotierten Würdigung ehrt die Jury den 98-jährigen Initiator der Städtepartnerschaft Grafing b. München/St. Marcellin (Frankreich), Dr. Adalbert Mischlewski, der sich seit Jahrzehnten für die deutsch-französische Aussöhnung und Begegnung einsetzt. **DK**

Bayerns Regierungspräsidenten in Altmühlfranken

Die Regierungspräsidenten der sieben bayerischen Regierungsbezirke tagten auf Einladung des mittelfränkischen Regierungspräsidenten Dr. Thomas Bauer im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Mit der Tagung werden die handwerklichen Grundlagen gelegt, um die staatlichen Aufgaben bayernweit effizient und wirtschaftlich zu erfüllen.

Zur Begrüßung besuchten die Leiter der Regierungen das Infozentrum im Seenland an der Mandlesmühle und das Überleitungssystem am Brombachsee. Hier wurden sie vom mittelfränkischen Regierungspräsidenten Dr. Thomas Bauer, Landrat Gerhard Wagemann, dem Wasserwirtschaftsleiter Thomas Keller und der Abteilungsleiterin Helga Pfitzinger-Schlede des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach empfangen und begleitet. „Wir befinden uns nicht nur in bewegten Zeiten, sondern auch an einem besonderen Ort – durch den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen führt der Limes und das Fränkische Seenland versorgt Süd- und Nordbayern mit Wasser“, begrüßte Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer seine Kollegen, die

aus ganz Bayern zur zweitägigen Tagung anreisten. Anschließend führte der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Thomas Keller durch die Ausstellung an der Mandlesmühle und den 1,7 Kilometer langen und 3.500.000 Kubikmeter großen Damm.

Bei der darauf folgenden Tagung in Langlaur standen ernsthafte Themen, wie das neue Landesamt für Asyl, der Sachstand bei der Abschaffung von Straßenausbaubeitragssatzungen oder die Mobilfunkversorgung, auf der Tagesordnung. Beim Abendessen stellte Landrat Gerhard Wagemann die Region Altmühlfranken vor und wünschte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein erfolgreiches Arbeitstreffen: „Wir sind hier zwar Urlaubsregion, aber auch die Sitzungen sind am Brombachsee angenehm.“ □

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Luge
82279 Eching am Ammersee
am 12.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Haslinger
84367 Reut/Tann
am 4.5.

Bürgermeister Konrad Schupfner
84529 Tittmoning
am 13.5.

Landrat Franz Meyer
94030 Passau
am 13.5.

Bürgermeister Josef Höcherl
93194 Walderbach
am 17.5.

Bürgermeister
Bernhard Brückner
97342 Obernbreit
am 22.5.

Bürgermeister Michael Asam
86971 Peiting
am 25.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Bley
93149 Nittenau
am 7.5.

Bürgermeister Josef Lutzenberger
86919 Utting a. Ammersee
am 10.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Elisabeth Kerscher
93109 Wiesent
am 7.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Elisabeth Kerscher
93109 Wiesent
am 7.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Bürgermeisterin Birgit Huber
90522 Oberasbach
am 15.5.

Hinweis in eigener Sache: Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbands:

Gesellschaft – Digitalisierung – Demokratie

Im Rahmen der 72. Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbands (bvV) in Bad Neustadt a. d. Saale wurde unter anderem die Frage erörtert, welchen Beitrag die Digitalisierung in der Erwachsenenbildung leisten kann. Vor 120 Teilnehmern gab der ehemalige Kulturstaatsminister Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin in seinem Impulsvortrag interessante Anregungen.

Seinen Ausführungen zufolge gehen die Chancen der Interne Kommunikation, darunter sinkende Informationskosten und die Demokratisierung von Wissen, mit Risiken einher: dem Risiko von Parzellierung und der Ethos-Erosion. Die selbstständige Urteilskraft der Menschen werde relevant wie noch nie. Faktenwissen könne man sich überall aneignen, Bildung und Weiterbildung müssten den Schwerpunkt auf die Förderung des selbstständigen Denkens und Handelns legen. Hier haben Volkshochschulen Nida-Rümelin zufolge herausragende Aufgaben, als Orte eines kritischen Diskurses seien sie unentbehrlich.

Herausragender Stellenwert

Bereits zuvor hatten Bruno Altrichter, Erster Bürgermeister der gastgebenden Stadt Bad Neustadt, und Thomas Habermann, Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld, in ihren Grußworten auf den herausragenden Stellenwert der Volkshochschulen in Stadt und Landkreis verwiesen. Herbert Püls, Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, sprach seinerseits von einem „unverzichtbaren Beitrag der Volkshochschulen für gelingende Integration und den Zusammenhalt der Gesellschaft“.

Kritische Worte für den seit kurzem vorliegenden Entwurf der Novellierung des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes (EbföG) fand der bvV-Landesvorsitzende Professor Dr. Klaus Meisel: „Wir werden im anstehenden Konsultationsverfahren die konstruktiven Vorschläge der bayerischen Volkshochschulen und der bayerischen Erwachsenenbildung engagiert einbringen.“

Begrüßt wurde von Meisel die Erhöhung der Staatsförderung für die Erwachsenenbildung um 4,4 Millionen Euro: „Wir brauchen das Geld nicht für uns, sondern dafür, dass Erwachsenenbildung wirklich für alle offen ist und Weiterbildung kein Luxusgut wird. Wir brauchen die Mittel für die humane Begleitung der gesellschaftlichen Veränderungen.“

Bestandteil des Koalitionsvertrags

Wie die Präsidentin des Deutschen Volkshochschulverbands, Annegret Kramp-Karrenbauer, hervorhob, sei der Dreiklang des Landestagungs-Mottos „Gesellschaft – Digitalisierung – Demokratie“ zukunftsweisend. In diesem Sinne habe sie sich in den Koalitionsverhandlungen so lange beharrlich eingesetzt, bis die Volkshochschulen und ihre Ver-

antwortung für die digitale Integration großer Bevölkerungsschichten Bestandteil des Koalitionsvertrags waren. Die gesamten Integrationsleistungen wären undenkbar ohne die Volkshochschulen, die auch dafür sorgten, dass die Bildungskette nach dem Deutschkurs nicht zu Ende ist. Kramp-Karrenbauer forderte in diesem Zusammenhang die Bayerische Staatsregierung auf, den derzeit diskutierten Entwurf für die Novellierung des Erwachsenen-Bildungsgesetzes zu überdenken, da dieser noch Mängel beinhalte.

Stamm wiedergewählt

Erneut zur Präsidentin des Bayerischen Volkshochschulverbands wurde die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm, gewählt. In der bvV-Mitgliederversammlung erhielt sie 100 Prozent der Stimmen. Stamm forderte Wertschätzung für die Bildungsarbeit der Volkshochschulen: „Eine so kreative und zuverlässige Arbeit wie die von Volkshochschulen und Verband muss von staatlicher Seite mit Wertschätzung und Dankbarkeit gefördert werden.“

Der bvV ist größter Träger der Erwachsenenbildung in Bayern sowie staatlich anerkannte Landesorganisation der 200 Volkshochschulen. Diese sind flächendeckend mit insgesamt 1.000 Standorten im Freistaat vertreten. Jährlich nehmen rund zwei Millionen Teilnehmer die Bildungsangebote der bayerischen Volkshochschulen wahr. **DK**

Bayerischer Heilbäder-Verband:

Krasse Fehlentwicklungen

Ein skandalöses Verhalten auf Kosten von Älteren, Kranken und Behinderten hat der Bayerische Heilbäder-Verband den Gesetzlichen Krankenkassen attestiert. Nach Überzeugung des BHV-Vorsitzenden Klaus Holetschek zeigt der Prüfbericht des Bundesversicherungsamtes in aller Deutlichkeit auf, dass die Krankenkassen vor allem auf jüngere und gesunde Mitglieder setzen und ältere Menschen, chronisch Kranke und Behinderte vernachlässigen. Der Bericht decke derart viele Fehlentwicklungen auf, dass die Politik unverzüglich eingreifen muss.

Das Bundesversicherungsamt stellt laut Holetschek fest, dass die Krankenkassen „in gewisser Weise Risikoselektion betreiben“. So beanstandete die Behörde Zielgruppenvereinbarungen zwischen Krankenkassen und externen Werbem, die die Mitgliederwerbung auf „gute Risiken“ beschränkten. Für Hausfrauen und Rentner erhielten Werber gar keine Werbepremien.

Vorsorge und Rehabilitation wird häufiger abgelehnt

Auch bei den Leistungen setzen die Krankenkassen offensichtlich auf jüngere und gesunde Mitglieder. Gerade in Leistungsbereichen, die vorwiegend junge und gesunde Versicherte anlocken, wie etwa Prävention und betriebliche Gesundheitsförderung, würden „rechtswidrige Leistungen häufig aus Kulanz“ gewährt. Anträge im Bereich Vorsorge und Rehabilitation würden dagegen häufiger abgelehnt; je nach Krankenkasse betrug die Ablehnungsquote bis zu 19,4 Prozent. Besonders betroffen waren nach Einschätzung von Patientenorganisationen chronisch Kranke, bildungsbenachteiligte und schwer behinderte Menschen.

Belegt werde diese krasse Fehlentwicklung auch durch den historischen Tiefstand bei den ambulanten Kuren im Jahr 2017, stellte Holetschek fest. Das deutsche Gesundheitssystem laufe aus dem Ruder. Weder der Gesetzgeber noch die

Krankenkassen bemühten sich, daran etwas zu ändern.

Laut der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe gab es im vergangenen Jahr bundesweit nur noch knapp 37.000 ambulante Vorsorgeleistungen in anerkannten Kurorten. Mitte der 1990er Jahre waren es noch 900.000. In Bayern sank die Zahl auf knapp 16.000. „Diese Zahlen sind erschütternd, wenn wir uns im Gegensatz dazu die Krankheitskosten vor Augen halten“, betonte Holetschek. Nach den jüngsten Erhebungen des Bundesamtes für Statistik betragen die Krankheitskosten in Deutschland 2015 rund 338 Milliarden Euro.

Spitzenreiter Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Spitzenreiter bei den Ausgaben waren Herz-Kreislauf-Erkrankungen, gefolgt von Psychischen und Verhaltensstörungen. Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung betragen 2015 laut einer Studie der HSH Nordbank 202 Milliarden Euro – ein neuer Rekord. Nur ein Prozent davon floss in Prävention.

Holetschek zufolge haben die bayerischen Heilbäder und Kurorte gerade in den vergangenen Jahren zahlreiche wissenschaftlich fundierte Präventionsprogramme entwickelt. Beispiele dafür sind „Mit Moor zum Inneren Gleichgewicht“ in Bad Aibling, das Bewegungsprogramm „Fit4Life“ in Bischofs-

grün oder das Programm „Rücken und Gelenke“ in Bad Birnbach. Unter dem Titel „PFLEGEprevent“ startete 2018 ein maßgeschneidertes Präventionsprogramm für Pflegekräfte.

„Wir sind nicht so naiv zu glauben, dass wir wieder zurück zu den 900.000 ambulanten Kuren kommen sollen oder müssen. Das gesamte Präventionssystem gehört aber auf den Prüfstand. Wir müssen uns doch nur die demographische Entwicklung, die längere Lebensarbeitszeit der Menschen und die zunehmenden Volkskrankheiten wie Rückenleiden, Diabetes oder Demenz anschauen. Und das Thema Pflege und Prävention für Pflegekräfte und pflegende Angehörige ist die Herausforderung schlechthin in den nächsten Jahren“, urteilte der Verbandsvorsitzende.

Präventionsgesetz überarbeiten

Er forderte den Bund deshalb auf, das Präventionsgesetz komplett zu überarbeiten und den Risiko-Strukturausgleich der Krankenkassen umgehend auf den Prüfstand zu stellen. „Das Präventionsgesetz ist ein zahnlöser Tiger mit vielen schwammigen Formulierungen ohne die Möglichkeit, Druck auf die Krankenkassen auszuüben. Der Risikostrukturausgleich belohnt Krankenkassen mit hohen Ausgaben für Krankheiten“, erklärte Holetschek.

Für ein effektives betriebliches Gesundheitsmanagement müsse der Gesetzgeber mehr steuerliche Anreize geben. „Von den Krankenkassen erwarten wir mehr Engagement in der Prävention, mehr professionelles Gesundheitsmanagement und weniger Bürokratie für die Patienten. Wir erwarten von ihnen, dass pflegende Angehörige nicht um Kuren kämpfen müssen, wie wir es schon in drastischen Fällen erlebt haben.“ **DK**

GZ

KOLUMNE
Alois Rainer

Liebe Leserinnen und Leser,



Bund und Länder müssen sich schleunigst einig werden, wie die Neubewertung von Grundstücken (etwa 35 Millionen deutschlandweit) zu erfolgen hat, andernfalls drohen den Kommunen Steuerausfälle. In den Fraktionen des Deutschen Bundestags wird daher bereits intensiv diskutiert, auf welcher Basis die Grundsteuer reformiert werden kann.

Wichtige Punkte sind meines Erachtens die Erhaltung des kommunalen Hebesatzrechts sowie die Möglichkeit länderspezifischer Spezifikationen. Damit kann der Bund den Ländern und Kommunen die Möglichkeit geben, die neue Regelung so anzupassen, dass die Reform auf das jeweilige Gebiet bezogen aufkommensneutral erfolgt und es zu keiner übermäßigen Belastung von einzelnen Steuerzahlern kommt. Zudem muss darauf geachtet werden, dass eine eventuelle Neubewertung der Grundstücke mit relativ geringem Aufwand durchgeführt werden kann. Es ist erstaunlich zu sehen, wie innovativ manche Abgeordnete sind, wenn es um die Einführung neuer Konzepte geht; Personal- und Kostenaufwand scheinen für viele keine Rolle zu spielen, wenn schon jetzt mehr Geld für die Finanzverwaltungen gefordert wird.

Vor dem Hintergrund, dass die Grundsteuer auch für die Bereitstellung und Instandhaltung öffentlicher Infrastruktur dient, die durch Besitz oder Nutzung eines Grundstückes entsteht, wird derzeit auch überlegt, die Steuer an die Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen zu knüpfen. Je mehr Menschen ein Grundstück nutzen, umso höher ist in der Regel der kommunale Aufwand für die Daseinsvorsorge. Nicht nur die Größe des Grundstückes, auch die Nutzung würde in die Neubewertung einfließen. Viele Konzepte liegen ausverfärgt in den Schubladen und ich bin sehr gespannt, welches sich am Ende des Tages durchsetzen wird. Es bleibt zu hoffen, dass die Reform der Grundsteuer nicht in einer Grundsatzdiskussion mündet, die sich lange hinzieht. Die Richtschnur muss lauten:

Es darf keine zu großen Verwerfungen bei der Steuerlast geben und keine Vermögenssteuer durch die Hintertür eingeführt werden. Es müssen einfache sowie transparente Parameter zur Berechnung herangezogen werden und das Steueraufkommen für die Kommunen muss sichergestellt werden!

Ihr Alois Rainer

stv. Landesvorsitzender der KPv Bayern
Mitglied des Deutschen Bundestages

Künftige Grundsteuer braucht transparente Parameter

lierungen auf wie etwa „Reichensteuer“ oder „unnötig, angesichts der Bundesfinanzen“.

Zwei Tatsachen sind immens wichtig, wenn wir über die Zukunft der Grundsteuer diskutieren:

Erstens: Die 14 Milliarden Euro, die die Grundsteuer jedes Jahr einbringt, erhalten vollständig die Kommunen. Damit ist diese Steuer eine bedeutende Einnahmequelle der Kommunen und hat mit dem Haushalt des Bundes nichts zu tun.

Zweitens: Die Grundsteuer ist keine Vermögenssteuer, sondern betrifft alle. Ob Grundstückseigentümer, der sie direkt zu entrichten hat, oder Mieter, der sie durch seinen Vermieter umgelegt bekommt.

Alleine in Bayern beträgt das Grundsteueraufkommen rund 1,84 Milliarden Euro pro Jahr. Die Kommunen erwarten deshalb zu Recht vom Gesetzgeber ein Reformmodell darzulegen, welches diese Einnahmequelle sichert und die kommunale Selbstverwaltung stützt. Lange Verhandlungen wird und kann es zu dieser Thematik aber nicht geben, denn mit dem Urteilsspruch wurde gleichzeitig eine Frist für die Einführung eines neuen Bewertungsmodells bis zum Ende des Jahres 2019 gesetzt. Was ist jetzt zu tun?

Landrat Leo Schrell zu Plänen der Krankenkassen zur Neuordnung der Notfallversorgung:

Politik soll regulierend eingreifen

Als völlig inakzeptabel bezeichnet der Dillinger Landrat Leo Schrell den Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zur Einführung eines gestuften Systems von Notfallstrukturen in Krankenhäusern. Dieses System soll als Grundlage für Zu- und Abschlüsse für die Teilnahme an der Notfallversorgung dienen.

Aus Sicht des Landrats würde die Umsetzung in vielen Fällen die Notfallversorgung erschweren und verteuern. „Deshalb muss die Politik dringend regulierend eingreifen“, fordert Schrell.

Der nun gegen die Stimmen der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) gefasste Beschluss des G-BA wird die Grundlage der folgenden Verhandlungen zwischen dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der DKG über Zu- und Abschlüsse für die Teilnahme an der Notfallversorgung sein. Die Zu- und Abschlüsse sollen bis zum 30. 06. 2018 vereinbart werden und werden voraussichtlich ab dem 01. 01. 2019 gelten.

Notfallversorgung an Krankenhäusern in drei Stufen

So wurde beschlossen, dass sich die Notfallversorgung an Krankenhäusern in drei Stufen gliedert, die sich hinsichtlich der Art und des Umfangs der verschiedenen Notfallvorhaltungen unterscheiden. Diese Stufen sind:

Stufe 1: Basisnotfallversorgung
Stufe 2: Erweiterte Notfallversorgung

rüber hinaus habe er die große Sorge, dass der Beschluss des G-BA als Qualitätsstrukturkonzept mit der Folge gewertet werden könnte, dass Berechtigungen zu Leistungserbringungen in Frage gestellt werden und dass schließlich Gerichte im Falle von Schadenshaftungsprozessen diese Kriterien zur Norm machen könnten.

Im Hinblick auf mögliche gravierende Auswirkungen des Stufenkonzeptes hatte der Gesetzgeber nachlaufend zum Krankenhausstruktur-Gesetz die Durchführung einer Folgeabschätzung vor Beschlussfassung des gestuften Systems von Notfallstrukturen ausdrücklich vorgegeben. „Es zeigt sich nun, dass das beauftragte Institut aus vielerlei Gründen eine sachgerechte Analyse der Auswirkungen nicht liefern konnte, so dass aus meiner Sicht die Voraussetzungen für eine Beschlussfassung gemäß der gesetzlichen Vorgaben (qualifizierte Folgeabschätzung) nicht gegeben waren“, betonte Schrell.

Viele der kritisierenden Kriterien seien schlichtweg für Entscheidungen über Kostendifferenzierungen im DRG-System nicht geeignet. „Es besteht die Gefahr“, so der Landrat, „dass viele Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung, also auch unsere beiden Kliniken in Dillingen und Wertingen, Vergütungsabschlüsse hinnehmen müssten“. Da-

Hurler

Werkzeuge und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

chen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Simon zufolge bedarf es eines Gesamtkonzepts und des richtigen Instrumenteneinsatzes. Am Anfang stehe der Aufbau von Wissen. Wichtig sei das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ – man solle prüfen, ob ein neues Baugebiet am Ortsrand wirklich nötig sei, wenn im Ortskern Grundstücke und Gebäude leer stünden.

Einzelfallorientierung

Beim Thema Dorferneuerung riet Simon zu einem projekt- und/oder programmorientierten Vorgehen, während beim Instrumentenkasten ein einzelfallorientiertes Vorgehen mit Grundsatzbeschluss ratsam sei. Als weitere Strategien nannte der Referatsleiter eine städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahme (Satzungsrecht), ein Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept als Voraussetzung der Städtebauförderung (Interdisziplinäre Studie/ganzheitliches Vorgehen), Leuchtturmprojekte wie Kooperationen, Genossenschaften oder Baudenkmal sowie

den Einsatz des gebotenen Mittels zur richtigen Zeit, wie er unter anderem am Kommunalen Flächenmanagement der Stadt Freyung und dem Baulückenkataster der Gemeinde Neunkirchen anschaulich verdeutlichte.

Erhalt der Lebensqualität

Im südlichen Landkreis Bad Kissingen ist die Allianz Fränkisches Saaletal, ein Zusammenschluss aus der Stadt Hammelburg, den Märkten Elfershausen, Euerdorf, Oberthulba und Sulzthal sowie den Gemeinden Aura an der Saale, Fuchsstadt, Ramsthal und Wartmannsroth entstanden. Diese neun Kommunen wollen laut Allianzmanager Holger Becker dem demographischen Wandel im ländlichen Raum aktiv entgegenzutreten. Der Erhalt der Lebensqualität in den Ortskernen sei ein Kernthema der Kooperation.

Wie Becker berichtete, haben Prognosen im Fränkischen Saaletal bis 2035 einen Bevölkerungsrückgang von 5,4 Prozent errechnet, was einem Rückgang von ca. 27.200 auf ca. 25.700 Einwohner entspricht. Hierdurch würde unweigerlich die Anzahl leerstehender Gebäude in den Ortskernen ansteigen. In der Fläche zeigten sich diese Auswirkungen bereits jetzt: Das aktuelle Angebot an Bauland (ca. 155 Hektar) übersteigt den Baulandbedarf von 10 Hektar bis 2021 um ein Vielfaches.

Erfolg und Trauerspiel ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ÖPNV-Angebote, die eine gute Anbindung über Kreisgrenzen hinaus gewährleisten und die Stärkung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum seien zentrale Erwartungen der bayerischen Landkreise für die nächste Legislaturperiode.

Sorgen im Personalbereich

Große Sorgen bereitet dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags nach wie vor der Bereich Personal. Die Stärkung des Personals in der Bauverwaltung durch 250 zusätzliche Stellen im neuen Bauministerium und in den Landratsämtern sei ein richtiger Schritt, damit Genehmigungsverfahren zügig abgeschlossen werden könnten. Personal fehle aber auch an vielen Fachstellen, etwa beim Naturschutz, bei den Umweltschutzingenieuren, im Veterinärbereich, an den Gesundheitsämtern, bei der Hygieneüberwachung in den Krankenhäusern, bei der Heimaufsicht usw., aber auch beim allgemeinen Verwaltungspersonal.

Oft seien Baugenehmigungen von der Begutachtung eines Vorhabens durch solche Fachstellen abhängig, erklärte Bernreiter. Die Landkreise seien heute vielfach gezwungen, Aufgaben des Staates mit kommunalen Mitteln zu finanzieren. Der Bayerische Landkreistag werde die Gelegenheit nutzen, dieses Thema anlässlich der Jahrestagung im Landkreis Neu-Ulm mit dem Ministerpräsidenten zu erörtern.

Fehlende finanzielle Mittel im Krankenhaussystem

Ein jahrelanges „Trauerspiel“ seien dagegen die fehlenden finanziellen Mittel im Krankenhaussystem, unterstrich der Landkreistagschef. Dabei hätten die Koalitionsverhandlungen im Bund zunächst Hoffnung gemacht. Dort sei anfangs eine vollständige Refinanzierung der Tarifsteigerungen angekündigt worden. Die wachsende Schere zwischen Erlösen und Kosten sei das Grundproblem, das damit

Im Rahmen der sog. Innenentwicklung habe die Allianz deshalb mehrere Maßnahmen eingeleitet, um die Attraktivität ihrer Gemeinden und Ortsteile zu erhalten. Zum einem wurde ein kommunales Förderprogramm Innenentwicklung aufgelegt, demzufolge Bau- und Sanierungsmaßnahmen an leerstehenden Anwesen in den Ortskernen mit bis zu 10.000 Euro finanziell bezuschusst werden. Voraussetzungen für die Förderung der Immobilien sind u. a.: Leerstand seit mindestens 12 Monaten, Mindestalter 50 Jahre (Ausnahme Stadt Hammelburg) und mindestens fünf Jahre gleichbleibende Nutzung. Dazu kommt noch eine kostenlose kommunale bzw. externe Beratung. Allein zwischen 2014 und 2016 konnten so bereits über 45 Maßnahmen in der Allianz gefördert werden. In allen Mitgliedsgemeinden hat die Allianz außerdem eine Eigentümeransprache an Besitzer leerstehender Gebäude und von Baulücken durchgeführt, um erwerbbarer Immobilien und Bauland anbieten zu können. Daraus resultierte eine Bauland- und Immobilienbörse.

Eindämmung des Flächenverbrauchs

Nach Wiesmaiers Ausführungen wird im Zuge einer Flächenverbrauchsplanung der Flächenverbrauch in der Gemeinde eingedämmt. Auch werden Ausweisungen von Gewerbegebieten oder Wohnbauflächen zugunsten einer angepassten baulichen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung in den Dörfern und Ortschaften zurückgenommen. Im Zuge des Strukturwandels in der Landwirtschaft freierwerdende Bausubstanz und Grundstücke sollen einer neuen Nutzung zugeführt werden. Mehrere kleinere Gewerbebetriebe konnten bereits in vorhandener Bausubstanz im Außenbereich untergebracht werden.

Positiv-Beispiel Fraunberg

Für den gelungenen Bau eines neuen Gemeindezentrums in Fraunberg (Landkreis Erding) wurden 2018 die oberpriller Architekten aus Hörmannsdorf mit dem Sonderpreis für Baukultur der Europäischen Metropolregion München (EMM) ausgezeichnet. Jakob Oberpriller, Architekt, Stadtplaner, Regiergsbaumeister und Mitglied im Kompetenzteam Raum- und Flächenplanung der Bayerischen Architektenkammer, verwies darauf, dass im Zuge des Ortsentwicklungsprozesses „Modellvorhaben Fraunberg“ das neue Gemeindezentrum mit intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entstanden sei.

Aus einer Bürgerbefragung seien im weiteren Planungsprozess zahlreiche Aspekte berücksichtigt worden. Die Bürger der Gemeinde Fraunberg wurden in fünf Zukunftswerkstätten, mit Exkursionen und Vor-Ort-Terminen intensiv in die Planung ihres Gemeindezentrums einbezogen. Die Architekten arbeiteten eng mit der Teilnehmergemeinschaft und dem Ortsplanungsausschuss der Gemeinde zusammen.

Mehr-Wert für alle Bürger

Das Gemeindezentrum wird dreifach genutzt. Unter dessen Dach vereinen sich das neue Rathaus mit einem großen Sitzungssaal, ein Bürgerbereich mit einem Veranstaltungssaal und einem Bürgerbüro sowie eine Zweigstelle der VR Bank Taufkirchen-Dorfen als Mieter. Der Bürgerbereich ist ein Anlaufpunkt für alle Bürger. So ist neben einem Foyer und einer Catering-Küche auch ein großer, überdachter Freiraum für Versammlungen, Märkte und Veranstaltungen entstanden. Im Vorfeld des Gemeindezentrums befindet sich der neue Dorfplatz von Fraunberg. Die in ihrer Breite reduzierte Staatsstraße ermöglicht mehr öffentlichen Raum für die Bürgerinnen und Bürger und reduziert die Dominanz des Verkehrs. Das Gemeindezentrum mit dem Dorfplatz ist so zu einem zentralen Identifikations- und Treffpunkt für die ganze Gemeinde geworden. Weitere Maßnahmen sind in Planung.

Laut Fraunbergs Bürgermeister Johann Wiesmaier unterliegt die in unmittelbarer Nähe zum Flughafen München gelegene Gemeinde einem enormen Veränderungs- und Anpassungsdruck, der alle Lebensberei-

che umfasst. Gemeinderat und Bürger hätten sich entschlossen, der Entwicklung nicht freien Lauf zu lassen, sondern aktiv einen neuen Weg zu gehen, bei dem die Nachhaltigkeit und der schonende Umgang mit der Ressource Grund und Boden an erster Stelle stehen. Die starke landwirtschaftliche Prägung der gesamten Gemeinde mit ihren 42 Ortsteilen und die vielen Zukunftsbetriebe in den Dörfern, Streusiedlungen, Weilern und Einzelhoflagen legten eine Gemeindeentwicklung mit den Schwerpunkten Sicherung der Kulturlandschaft und Leben und Arbeiten im gesamten Gemeindegebiet nahe.

Eindämmung des Flächenverbrauchs

Nach Wiesmaiers Ausführungen wird im Zuge einer Flächenverbrauchsplanung der Flächenverbrauch in der Gemeinde eingedämmt. Auch werden Ausweisungen von Gewerbegebieten oder Wohnbauflächen zugunsten einer angepassten baulichen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung in den Dörfern und Ortschaften zurückgenommen. Im Zuge des Strukturwandels in der Landwirtschaft freierwerdende Bausubstanz und Grundstücke sollen einer neuen Nutzung zugeführt werden. Mehrere kleinere Gewerbebetriebe konnten bereits in vorhandener Bausubstanz im Außenbereich untergebracht werden.

Aktive Bürgerbeteiligung

Die vorbildliche Bürgerbeteiligung in Fraunberg zeige sich insbesondere durch den Verein „Gemeindeentwicklung Fraunberg e. V.“. Der Verein versteht sich als Dachorganisation, die fachliche und finanzielle Hilfestellung anbietet. Arbeitskreise werden aus den örtlichen Vereinen heraus gebildet und bieten so möglichst vielen Bürgern Möglichkeiten, sich am Entwicklungsprozess zu beteiligen.

Aufwertung der Innenstadt

Die Stadt Freising hat im Jahr 2009 den Prozess für eine Aufwertung der Innenstadt gestartet. Zwei Jahre später schnürte der Stadtrat ein Paket mit 23 Einzelmaßnahmen, wie Barbara Schelle, Stadtbaumeisterin der Stadt Freising, gemeinsam mit Innenstadtkoordinator Michael Schulte hervorhob. Das Anliegen: Die Neugestaltung der Hauptstraße soll dem historischen Charakter der Altstadt ebenso wie den Anforderungen an ein modernes Handelszentrum gerecht werden. Ein niveaugleicher Ausbau von Straßen und Plätzen soll eine vielfältige Nutzung für Feste, Märkte oder Konzertveranstaltungen ermöglichen und zu einem längeren Aufenthalt animieren. Die bislang überdeckte Stadtmossach soll als erlebbares Gewässer den Innenstadt-Besuch bereichern. Unnötiger Durchgangsverkehr soll aus der Innenstadt verbannt werden. Jüngsten Zählungen zufolge handelt es sich um mehr als die Hälfte der Fahrten.

Europaweiter Architektenwettbewerb

Mit diesen zentralen Aufgabenstellungen lobte die Stadt europaweit einen Architektenwettbewerb aus. 2013 wurde der Siegerentwurf eines Berliner Landschaftsarchitekturbüros gekürt, das auch mit der Detailplanung und Umsetzung beauftragt worden ist.

Schelle und Schulte zufolge beschäftigt sich die Stadt Freising im Zuge der Innenstadtkonzeption mit weiteren Projekten bzw. Themen, deren Planung und Umsetzung vorangetrie-

Tarifeinigung im ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und strukturelle Verbesserungen geben“, erklärte Bundesinnenminister Horst Seehofer als Verhandlungsführer der Arbeitgeber und ergänzte: „Wir freuen uns insbesondere, dass wir zielgerichtete Entgeltsteigerungen vereinbaren konnten, um den öffentlichen Dienst noch attraktiver zu machen. Ein Schwerpunkt ist, dass wir die Einstiegsgehälter in allen Entgeltgruppen bis 2020 um 10 % anheben. Außerdem steigern wir unsere Attraktivität für Fachkräfte und auch für die unteren Entgeltgruppen, für die wir eine soziale Komponente vorsehen. Alle Beschäftigten haben ein Plus von mindestens 6,8 %, für viele ist die Steigerung höher. Mit der Erhöhung der Entgelte geht eine ganz erhebliche Verbesserung der Struktur der Entgelttabelle einher, sie wird transparenter und gerechter.“

Beide Seiten hätten Kompromisse gemacht, um ein tragfähiges Ergebnis zu erreichen, „aber wir haben fair und konstruktiv verhandelt“, so der Innenminister. Seinen Ausführungen zufolge wird er dem Bundeskabinett einen Gesetzentwurf vorlegen, „mit dem der Tarifabschluss systemgerecht und zeitgleich auf den Beamtenbereich übertragen wird.“ Bei Übertragung auf Beamte und Soldaten kostet das Ergebnis den Bund ab 2021 rund 2,3 Mrd. Euro jährlich.

„Für Städte und Gemeinden hat die Einigung in den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen hohen Preis. Die Tarifierhöhung bedeutet für viele kommunale Haushalte eine Belastung. Der Kompromiss ist für die kommunale Seite gerade noch tragbar, für Städte und Gemeinden mit angespannter Haushaltslage ist die Tarifierhöhung schwer zu schultern“, stellte der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, fest. Für die kommunalen Beschäftigten werde damit ein Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten und Mieten berücksichtigt.

Wer gute Leistungen erbringt, müsse gut entlohnt werden. Beschäftigte in kommunalen Diensten leisteten Tag für Tag wertvolle Arbeit, ohne die das Gemeinwesen nicht so gut funktionieren könnte. Positiv bewertet Buckenhofer die Laufzeit des Tarifvertrags von 30 Monaten: „Das bringt den Kommunen Planungssicherheit für die Aufstellung der Haushalte.“

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt, dass

durch den heutigen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes weitere Streiks vermieden werden könnten. „Dies ist ein gutes Signal für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft in diesem Land.“ Allerdings stelle der Tarifabschluss eine Belastung gerade für die finanzschwächeren Kommunen dar“, hob DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg hervor. Die Kommunen seien immer noch mit 141 Mrd. Euro verschuldet und es herrsche ein Investitionsrückstand von rund 126 Mrd. Euro.

Die Forderungen der Gewerkschaften hätten 6,5 Milliarden Euro allein für 12 Monate gekostet, jetzt sind es 7,35 Milliarden Euro bei 30 Monaten. Positiv bewertet der DStGB die Leistungsverbesserungen im Bereich der Fach- und Führungskräfte. „Die Kommunen brauchen attraktive Gehälter für IT-Experten, Ingenieure und andere Fachkräfte“, bemerkte Landsberg. „Gerade für Neueinsteiger wird der öffentliche Dienst durch den Tarifabschluss mit den vereinbarten Strukturveränderungen attraktiver. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen, die für die Bürgerinnen und Bürger gute und wichtige Leistungen erbringen, haben einen Anspruch auf angemessene Vergütung. Dem wird die gefundene Einigung gerecht. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist ein wichtiger Standortfaktor für Deutschland“, machte Landsberg deutlich.

Wie der Präsident des Deutschen Landkreistags, Landrat Reinhard Sager, erklärte, „leisteten die Mitarbeiter in den Kreisverwaltungen gute Arbeit und sollen daher auch an der allgemeinen Lohnsteigerung teilhaben. Allerdings müssen wir ebenso Augenmaß bewahren und dürfen uns nicht selbst eine allzu schwere Hypothek für die kommenden Jahre aufbürden. Die Einigung geht bis an die Grenze des Verkräftbaren.“

Vor dem Hintergrund teils erheblicher Gehaltssteigerungen kommt es Sager zufolge zu einem „Dreisprung in die nächsthöhere Erfahrungsstufe“, weil nach Vollzug der dritten Teilerhöhung im Jahr 2020 jeder Mitarbeiter um eine Stufe besser verdienen würde. „Das ist ein deutlicher Lohnzuwachs, den sich die Kommunen viel kosten lassen. Damit wird der öffentliche Dienst auch im Hinblick auf die Gewinnung von Fachkräften attraktiver“, teilte der Präsident mit. **DK**

ben wird, so z.B. Asamgebäude, Gestaltungsfibel und städtisches Förderprogramm, Beleuchtungskonzept/Masterplan Licht, Gestaltungsrichtlinien für die Innenstadt-Möblierung, Freiraumkonzept oder Domberg Süd.

Wallenfels wachküssen

Wie eine Stadtsanierung von statten gehen kann, zeigte der Bürgermeister der oberfränkischen Stadt Wallenfels, Jens Korn, auf. Wallenfels hat in den vergangenen Jahrzehnten ein Drittel seiner Einwohner verloren. Außerdem tätigen die Menschen immer mehr Einkäufe über das Internet, was insbesondere zu Lasten kleiner Geschäfte geht. Viele Gebäude in Wallenfels stehen daher leer. Jedoch zeigt sich Licht am Ende des Horizonts: In einem der leerstehenden Gebäude im Ortskern ist ein Ärztehaus geplant, eine Hautärztin ist bereits eingezogen. Zu ihr kommen Patienten aus der ganzen Region.

Bei einer Planungswerkstatt zusammen mit den Architekten-

büros hatten die Bürger kürzlich Gelegenheit, ihre Ideen mit einfließen zu lassen. Gemeinsam mit den Bürgern soll der Marktplatz wachgeküsst werden. „Wir werden den Marktplatz auf Jahrzehnte verändern. Das kann nur gelingen, wenn die Planung von der Bevölkerung angenommen wird“, unterstrich Korn.

Offener und lebendiger mit einem Akzent auf Wasser und Tradition, so soll der Wallenfels Marktplatz nach einem Vorentwurf eines Münchner Büros aussehen. Nach dem Zeitplan von Stadt und Landschaftsarchitekten soll 2018 zur Planung genutzt werden und die Realisierung ab 2019 beginnen. Wie Korn berichtete, übernimmt die Städtebauförderung bei der Neugestaltung der Ortsmitte 80 Prozent der Kosten. Damit sei die Umgestaltung auch für einen kleinen Ort wie Wallenfels zu stemmen.

Informationen zum Seminar: www.gemeindezeitung.de/lebendige-ortsmitte. Dort stehen ein Beitrag von TV Bayern live und alle Vorträge zum Abruf bereit. **DK**

Fördermittel in der Flüchtlingshilfe

Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Seit dem starken Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 haben nicht nur viele freiwillig Engagierte Flüchtlingshilfe-Initiativen gegründet, es sind auch eine Menge staatliche Förderprogramme ins Leben gerufen worden, um ihre Arbeit zu unterstützen. Im Rahmen der Studie „Fördermittel in der Flüchtlingshilfe“ hat das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) untersucht, mit welchen Hürden und Herausforderungen Organisationen des freiwilligen Engagements für Geflüchtete beim Zugang zu Fördermitteln konfrontiert sind und wie sie diese überwinden können.

In den vier Bundesländern Bayern, Berlin, Niedersachsen und Thüringen wurden 34 qualitative Interviews mit Initiativen, Trägern und Fördermittelgebern geführt, die durch eine bundesweite Online-Befragung unter 556 Organisationen ergänzt wurde. Die Erhebung fand 2017 im Zeitraum von drei Monaten statt.

Bei vielen Initiativen kommt das Geld nicht an

Wie aus der Untersuchung hervorgeht, kommt das Geld bei vielen Initiativen nicht an, obwohl kurzfristig viel Geld durch staatliche Förderprogramme von der EU, Bund, Ländern, Kommunen oder auch durch private Spenden der Gesellschaft für die Flüchtlingshilfe freigesetzt wurde. 37 Prozent der untersuchten Initiativen nehmen überhaupt keine Fördermittel in Anspruch, obwohl knapp 90 Prozent angeben, Finanzmittel zu benötigen.

Laut Studie kommen die öffentlichen Mittel vor allem bei den schon etablierten Trägern, also bestehenden Vereinen und Verbänden an. Träger wie Wohl-

fahrtsverbände finanzieren sich zu 61,4 Prozent aus öffentlichen Mitteln. Diese oft größeren Organisationen haben Erfahrung im Beantragen und Einwerben von solchen Geldern. Initiativen, Vereine und kirchliche Organisationen bestreiten dagegen den allergrößten Teil ihrer finanziellen Mittel aus privaten Spenden.

Bei den Initiativen ist der Anteil an Privatspenden an ihren gesamten Einnahmen mit 57,1 Prozent am höchsten. Obwohl die Spendenbereitschaft weiterhin hoch ist, rechnen viele Initiativen damit, dass diese in Zukunft sinken und damit die Finanzierung ihrer Ausgaben erschweren wird. Der größte Anteil der Mittel wird für den Bereich der „Praktischen Hilfe“ (17,3 %) aufgewendet, darauf folgen Mittel für „Unterricht“ (16,7 %) und „gemeinschaftliche Aktivitäten“ (16,2 %).

Schwierige Bedingungen

Dass sie Bedingungen für die Antragstellung nicht erfüllen (58 %) und folglich keine Aussicht auf Erfolg sehen (46 %) ist aus Sicht der Initiativen ein we-

sentlicher Grund. So geben die Behörden etwa vor, dass Projekte zum Förderzeitpunkt noch nicht begonnen haben. Wiederkehrende Ausgaben werden nur selten gefördert, oder der Staat fordert von den Initiativen eine Vereinsform, die den Engagierten oft nicht als sinnvoll erscheint. Knapp 38 Prozent gaben an, unabhängig bleiben zu wollen. Ein Motiv dafür ist oft, dass Engagierte befürchten, als Lückenfüller für eigentlich staatliche Aufgaben instrumentalisiert zu werden. Als weitere Herausforderungen bei der Antragstellung nannten die Befragten den hohen zeitlichen Aufwand (70 %) sowie fehlenden Zugang zu Informationen (48 %).

Mangelhafte öffentliche Strukturen

Die Fördermittel werden der Untersuchung zufolge oft nicht an die Freiwilligen vor Ort weitergeleitet und konnten so auch nicht an ihren tatsächlichen Bedarfen ausgerichtet werden. Die Organisationen, bei denen das Geld tatsächlich ankam, waren zum Teil überfordert, weil die Mittel bis Ende des Jahres gar nicht schnell genug ausgegeben werden konnten. Zugleich herrschte Planungsunsicherheit, da die Finanzierung meist nur für das aktuelle Haushaltsjahr gesichert war. Förderungen sind und waren nur selten in eine langfristige Förderstrategie eingebettet.

Mit Blick auf die Grenze zwischen freiwilligem Engagement und Hauptamt müssen oft Hürden überwunden werden. Viele Freiwillige empfanden Handlungsdruck angesichts mangelhafter staatlicher Strukturen und des akuten Bedarfs von Seiten der Geflüchteten. Damit diese nicht endlos auf bestimmte Leistungen warten müssen, organisieren freiwillige Helfer Übergangslösungen.

Manche Organisationen wünschen sich bezahltes Personal. Im Bereich der freiwilligen Flüchtlingshilfe sind in den vergangenen Jahren einige Kombinationen von freiwilligem Engagement und Hauptamt entstanden.

Die Studie hat drei Modelle identifiziert: ein hauptamtlicher Rahmen mit intensiver Betreuung der freiwillig Engagierten, die Schaffung geringfügig entlohnter Stellen, die von den freiwillig Engagierten selbst besetzt und ausgestaltet werden sowie die Koordination als Serviceangebot an das ansonsten unabhängige Engagement.

Bürgergesellschaftliches Potenzial

Aus den Ergebnissen der Untersuchung lassen sich folgende Empfehlungen und Lösungssätze ableiten:

- Geldgeber sollten stärker die Bedarfe der Organisationen identifizieren, bevor aufwändige Förderprogramme entwickelt werden. Die Engagierten schätzen es sehr, wenn Geldgeber dazu persönlich mit ihnen in Kontakt treten. Die Förderung des Engagements für Geflüchtete sollte nicht isoliert von anderen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort betrachtet werden.

- Die Freiwilligen benötigen verbesserte und systematische Informationsangebote über Fördermittel. Kommunale Koordinationsstellen, Freiwilligenagenturen oder eigens zu diesem Zweck eingerichtete Servicestellen sollten in der Beantragung von Fördergeldern geschult werden und den Freiwilligen konkrete Unterstützung bei der Antragstellung bieten. Speziell unterstützt werden sollten Geflüchteten-Selbstorganisationen, die aufgrund der Sprache vor zusätzlichen Barrieren stehen.

- Insbesondere die kleineren, informellen Initiativen benötigen Gelder für ihre alltägliche Arbeit. Die Verwaltungen sollten die unbürokratische Kostenerstattung ermöglichen und die Bündelung von Spendengeldern beispielsweise über Bürgerstiftungen erleichtern.

- Geldgeber können die Zivilgesellschaft selbst entscheiden lassen, welche Organisation/welches Projekt eine Förderung bekommen soll, z. B. indem sie die Nachbarschaft über Projekte im Stadtteil informieren und über die Geldvergabe abstimmen lassen.

- Etwa die Hälfte derjenigen, die Fördermittel beantragt haben, nahm den Prozess als schwierig bzw. sehr schwierig wahr. Viele haben hierdurch die Antragstellung sogar abgebrochen. Die Verfahren sollten daher deutlich vereinfacht werden.

- Ein großer Teil der neu gegründeten Initiativen möchte unabhängig bleiben. Die Geldgeber sollten formale Auflagen von Fördererichtungen bis zum umfangreichen Berichtswesen und damit verbundene Einschränkungen überarbeiten und vereinfachen, um auch klei-

ne Initiativen mit geringen Kapazitäten zu erreichen.

- Viele Förderrichtlinien sehen vor, dass Mittel ausschließlich für noch nicht begonnene Projekte vergeben werden. Damit werden all jene ausgeschlossen, die angesichts der Dringlichkeit der Problemlage spontan eingesprungen sind und kreativ neue Lösungen ausprobiert haben. Förderungsrichtlinien sollten dies berücksichtigen und nicht nur neue Aktivitäten, sondern auch bereits laufende fördern.

- Bisher spielen Freiwilligenagenturen eine marginale Rolle in der Organisation der Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten. Die lokalen Freiwilligenagenturen stellen aber als lokale Infrastruktureinrichtungen potenziell interessierten Bürger Informations-, Beratungs-, Vermittlungs- und Qualifizierungsangebote zur Verfügung. Um diese Strukturen zu stabilisieren wäre es sinnvoll, Freiwilligenagenturen mit einer besseren Grundfinanzierung auszustatten.

- Wenn sich die lokalen Initiativen und Vereine vernetzen und als gemeinsamer Akteur gegenüber öffentlichen und privaten Förderern auftreten, können sie ihren Forderungen nach finanzieller und ideeller Unterstützung besser Nachdruck verleihen.

- In der Finanzierung durch Privatspenden steckt bürgerschaftliches Potenzial: Spender, die keine Zeit haben, selbst aktiv zu werden, können über niederschwellige Angebote stärker in das Engagement und ein zivilgesellschaftliches Netzwerk eingebunden werden. Die Geldgeber agieren dann gemeinsam mit den freiwillig Engagierten, Hauptamtlichen und den Geflüchteten selbst als bürgerschaftliche Akteure. **DK**

Gegen das Vergessen und Verdrängen

„Welchen Sinn macht es, nach 85 Jahren durch eine öffentliche Lesung an die Bücherverbrennung von 1933 zu erinnern?“ fragten wir den Initiator der „Aktion Bücherlesung“ anlässlich der diesjährigen Veranstaltung auf dem Münchner Odeonsplatz zur Erinnerung an den 10. Mai 1933, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel.

Schmitt-Thiel: Bücher zu verbrennen gehört wohl zu den schändlichsten und schädlichsten Aktionen totalitärer Regime gegen die eigenen Künstler. Schon Heine hat gesagt: „Da, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.“ Die Geschichte des Nationalsozialismus zeigt, wie recht er hatte. In vielen Ländern Europas ist in jüngster Zeit ein starker Rechtsruck zu beobachten. Erinnern wir uns an die Warnung von Erich Kästner, dessen Bücher 1933 auch verbrannt wurden: „Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten – die Lawine hält keiner mehr auf.“

GZ: Was ist das besonders Verwerfliche daran, Bücher zu verbrennen?

Schmitt-Thiel: Wer Bücher verbrennt, zerstört nicht nur Freiheit und Meinung der Künstler; er trifft die gesamte Existenz des Menschen, macht ihn mundtot, vernichtet ihn.

GZ: Welche gesellschaftlichen Kreise waren 1933 die Initiatoren der Bücherverbrennung und war das, so kurz nach der Machtergreifung durch die Nazis, eine spontane Aktion?

Schmitt-Thiel: Es waren in erster Linie Akademiker, Professoren und Studenten. Die Aktion war von langer Hand vorbereitet, sonst hätte sie so kurz nach der Machtübernahme durch die Nazis nicht so perfekt über die Bühne gehen können.

GZ: Welchen Anteil hatte die Presse an gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen? Gibt es Parallelen zu heute?

Schmitt-Thiel: PEGIDA und AFD wurden anfangs als nicht ernst zu nehmende, verachtenswerte, zu bemitleidende Dampfböden in unseren Mainstreammedien dargestellt. Nun im Par-

lament überraschen die AFD-Mitglieder mehrheitlich als Akademiker im Nadelstreifen. Deshalb ist es uns immer wieder wichtig, mit den Lesungen darauf hinzuweisen, dass es auch damals Teile der Eliten waren, die die ersten symbolhaften, intellektuellen Verfolgungen/Verbrennungen initiiert haben – und nicht die Straße, nicht der Mob.

GZ: Die Aktion „Bücher aus dem Feuer“ führen Sie seit 2005 durch – und erfahren hierbei große Unterstützung. Zudem gibt es aber auch zahllose eigenständige Initiativen.

Schmitt-Thiel: Wolfram Kastners Aktion „Brandfleck – München liest aus verbrannten Büchern“ beispielsweise ist ein Kunstwerk, Bestandteil seiner Kunstaktionen, die er oft auch zusammen mit anderen politischen Aktionskünstlern vor allem in München macht. Die Lesungen, die ich seit vielen Jahren organisiere, ob nun im privaten Rahmen, in der Staatsbibliothek, in Bürgerhäusern, oder seit über 10 Jahren mit Unterstützung des Kulturreferats der Landeshauptstadt am Odeonsplatz, betrachte ich nicht als Kunst oder Kunstwerk, sondern als Erinnerungsarbeit, die an möglichst vielen Orten organisiert werden sollte.

Wie dies auch durch die Themen vom Verein „Gegen das Vergessen – für mehr Demokratie e.V.“ angeregt wurde. Siehe unsere Seite www.buecherlesung.de. Natürlich habe auch ich mehrmals am Königsplatz mitgelesen.

GZ: Welche besonderen Momente im Rahmen der Lesungen sind Ihnen in Erinnerung?

Schmitt-Thiel: Viele. Ein Auftritt von Dieter Hildebrandt ist mir in lebhafter Erinnerung. Extrem laut schallte seine markante Stimme mit provokanten Aufrufen weit über den Odeonsplatz. Damit zog er viele vorher

unbeteiligte Menschen an. Sehr bewegend sind für mich auch immer wieder die Beiträge von Studierenden, aber auch ganz besonders die Beiträge von sehr jungen Schülerinnen und Schülern, die sich ernsthaft und voller Empathie oft zum ersten Mal mit dem Thema auseinandersetzen.

Der emotionalsten Augenblick in den 10 Jahren hat mir aber Ricci Hohlt beschert. Von Anfang an ist sie an meinen Lesungen beteiligt. Als Ricci das Lied „Sag mir wo die Blumen sind“ anstimmte, sang das Publikum mit. Anlass dafür war damals das Russland bashing und sie hat damit Partei ergriffen gegen die aufkeimende Kriegstreiberei. Es war einfach ergreifend.

GZ: Was bewegte GST zu seinen Lesungen?

Schmitt-Thiel: Es gibt ein Gedicht von Eckart Hachfeld „Zwei Seelen“. Ich habe ihn noch persönlich kennengelernt. Er war ein wunderbarer Autor für die Nachkriegskabarettisten wie z.B. das Düsseldorf Kom(m)ödchen. Dieses Gedicht ist zwar nach der NS-Zeit entstanden; ich lese es aber auch immer wieder selbst am 10. Mai „gegen das Vergessen“, weil es die deutsche Situation so absolut treffend beschreibt.

GZ: Sie sind Präsident des Paul-Klinger-Künstlersozialwerks. Auch dieser Verein beteiligt sich an der Bücherlesungsaktion.

Schmitt-Thiel: Der Klingerverein ist eine Interessensvertretung von und für Kulturschaffende aus allen Bereichen. Mit der Bücherverbrennungsaktion der Nationalsozialisten und der anschließenden Verfolgung wurden nicht nur Kunstwerke zerstört und aus dem öffentlichen Bewusstsein entfernt; vielmehr wurde damit die persönliche Existenzgrundlage der Autorinnen und Autoren ruiniert. Unser besonderes Anliegen ist es, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen – es wurden Werke und Lebensexistenzen vernichtet. **□**

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK ÖFFNET TÜREN

Machen Sie mit uns die ersten Schritte

Kommunen, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen, sind Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger. Mit nachhaltigen Projekten bereichern sie die Menschen lokal um das Wissen der Einen Welt. Fachliche und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung erhalten Sie von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer
ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

Im Auftrag des
SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des
Bundesministeriums für
Wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

KOMMUNAL NACHHALTIG HANDELN
KOMMUNAL GLOBAL ENGAGIERT
GLOBAL VERANTWORTUNG TRAGEN

Zum Vorteil von Mittelstand und Kommunen:

LfA steigert Förderleistung

Die Spezialbank hat auch Hilfe bei Firmenübernahmen und bei der Steigerung der Energie-Effizienz im Programm

Auch 2017 hat die LfA Förderbank Bayern, eine Spezialbank für die mittelständische Wirtschaft und für Kommunen, wieder erfreulich abgeschnitten. Sie hat nicht nur wieder einen Jahresüberschuss von 45 Mio. Euro erwirtschaftet, sondern auch ihre Gesamtförderung trotz der widrigen Rahmenbedingungen etwa durch die Niedrigzinsphase mit 2,54 Mrd. Euro stabil halten können. Dass es im Vorjahr 2,74 Mrd. Euro waren, widerspricht dieser Aussage nicht, denn 2016 hatte ein Einmaleffekt zu Buche geschlagen, wie der LfA-Vorstandsvorsitzende Otto Beierl vor der Presse erläuterte.

Sie ist keine Bank wie alle anderen, sondern eine ganz besondere, denn der LfA Förderbank Bayern geht es in erster Linie nicht um die Maximierung des Gewinns, sondern sie will als staatliches Institut durch eine zinsgünstige Mittelstands- und Kommunalförderung nachhaltige Werte für den Wirtschaftsstandort Bayern schaffen. „Wir sind nicht wachstumsgetrieben, sondern fördern dort, wo wir gebraucht werden“, erläuterte der LfA-Vorstandsvorsitzende Otto Beierl die spezielle Unternehmensphilosophie in der Jahrespressekonferenz. „Wir sind nicht nur in konjunkturell schwierigen Zeiten, sondern auch in guten Zeiten gefragt.“ Dennoch legt dieses Institut nicht nur Wert auf hervorragende Förderleistungen, sondern gleichermaßen auf eine gesunde betriebswirtschaftliche Bilanz, an der es auch heuer nicht fehlt.

Bevor Beierl in die Einzelheiten ging, ergriff traditionell der Vertreter des bayerischen Wirtschaftsministeriums das Wort, also der neue bayerische Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer, der zugleich Verwaltungsratsvorsitzender der LfA ist. Ihm liege vor allem der ländliche Raum am Herzen, der genau wie die Zentren Lebens- und Arbeitsraum sein müsse. Bayern sei nicht nur München, wie es allzu oft im Ausland gesehen werde. Er trete deshalb dafür ein, Unternehmensverlagerungen von den Zent-

ren in den ländlichen Raum finanziell und organisatorisch zu unterstützen.

Neue Wirtschaftsagentur

Diesem Ziel diene nicht nur die bayerische Regionalförderung, sondern auch die neue Wirtschaftsagentur, die unter dem Slogan „Invest in Bavaria, Bayern International und Invest daheim“ alle Ansiedlungsaktivitäten bündelt. Dabei soll es keine Rolle spielen, ob es sich bei dem zu fördernden um ein bayerisches Unternehmen, ein Unternehmen aus einem anderen Bundesland oder ein internationales Unternehmen handelt – Hauptsache, das Vorhaben entspreche der bayerischen Interessenlage.

Pschierer versicherte, die Agentur mit Standorten in München, Nürnberg und Hof werde regional mit den Kommunen, den Industrie- und Handelskammern, der Wirtschaft vor Ort und den Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung eng zusammenarbeiten und dabei immer die LfA als wichtigen Begleiter zur Seite haben. „Wir wollen immer ein Stück weit besser sein als die Konkurrenzstandorte in anderen Bundesländern oder auch in der Welt. Dazu müssen wir in der Fläche präsent sein.“ Diesem Ziel dienen auch Beratungstage in allen bayerischen Regierungsbezirken. Bayern sei nicht nur 2017 beim Wirtschaftswachs-

tum Spitzenreiter unter den deutschen Flächenländern gewesen, sondern werde diesen Rang auch in Zukunft behaupten, versicherte Pschierer.

Die LfA Förderbank, die sich als Spezialbank für den Mittelstand und für die Kommunen versteht, hat im Berichtsjahr ihre Förderleistung erneut ausbauen können. Im Hauptgeschäft mit programmgebundenen Förderkrediten wurden Gründern, kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Kommunen 1,72 Mrd. Euro zugesagt und damit 6 % mehr als im Vorjahr. Dies sei bemerkenswert beim Blick auf die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Beierl anspruchsvoll nannte. Zu erwähnen ist nicht nur die Niedrigzinsphase, sondern auch, dass die Geschäftsbanken über hohe Einlagenüberschüsse verfügen und vermehrt Eigenkredite ausreichen. Es herrsche ein starker Wettbewerb um Mittelstandskunden. Aber auch die Unternehmen selbst und auch manche Kommunen verfügten dank der guten Konjunktur über erhebliche Eigenmittel, die sie zur Eigenfinanzierung einsetzen.

Ausgleich struktureller Nachteile

Trotz der niedrigen Zinsen sei das LfA-Finanzierungsangebot aber anhaltend gefragt gewesen, denn es gleiche für Klein- und Mittelbetriebe, die sich am Kapitalmarkt nicht finanzieren können, strukturelle Nachteile aus. Außerdem könne die LfA über Haftungs-freistellungen oder Bürgschaften den Kreditzugang bei der Hausbank erleichtern, wenn es bei Gründern oder auch etablierten Betrieben an Sicherheiten fehle. Das Markenzeichen der Förderbank sei Passgenauigkeit statt

Gießkannenprinzip. Hinzu kommt, dass 2017 die Förderangebote für Gründungs- und Wachstumsfinanzierungen weiter optimiert und dadurch bürokratisch sehr vereinfacht wurden. Allein in diesem Bereich wurden mit 800 Mio. Euro im Berichtsjahr 14 % mehr zugesagt als 2016.

Neben Gründungs- und Wachstumsfinanzierungen liegen der LfA Unternehmensübergaben am Herzen, „die wir wie Existenzgründungen fördern“. Allein in Bayern stehen bis zum Jahr 2021 knapp 30.000 Unternehmen vor einem Generationenwechsel. Neu eingeführt wurde Mitte Juli 2017 der Energiekredit Gebäude, der Investitionen in die Energieeffizienz von Firmengebäuden fördert. Das geschieht, seit die Zinsen fast bei Null liegen, statt durch Zins- durch Tilgungszuschüsse, die die LfA als ihre Antwort auf das anhaltende Zinstief versteht. Seit dem 23. April dieses Jahres gibt es eine aktuelle Energie-Effizienzförderung. Wer mindestens 10 % Energie einspart, wird mit einem Tilgungszuschuss von 1 % des Darlehensbetrages gefördert, wer mindestens 30 % einspart, bekommt einen Zuschuss von 2 %. Außerdem beträgt der maximale Kreditbetrag jetzt 10 Mio. statt bisher 2 Mio. Euro.

Nachhaltige Effekte

Das Förderangebot sei auch 2017 in allen Landesteilen und branchenübergreifend beim Handwerk, bei der Industrie, dem Handels- und Dienstleistungssektor sowie den Kommunen und freien Berufen gefragt gewesen. Als nachhaltige Effekte nannte Beierl, dass die LfA im Berichtsjahr fast 4.500 Unternehmen und Kommunen Förderkredite zugesagt hat, mit denen Investitionen von rund 2,46 Mrd. Euro angestoßen wurden. Dadurch seien fast 138.000 bestehende Arbeitsplätze gesichert und mehr als 5.500 neue Stellen geschaffen worden. Im kommunalen Bereich konnten 144 geförderte Städte und Gemeinden Infrastrukturprojekte in Höhe von 195 Mio. Euro umsetzen. Investiert wurde überwiegend in den Bereichen Ver- und Entsorgung, Verkehrsinfrastruktur sowie Breitbandausbau. Das ist etwas weniger als im Jahr zuvor, einmal wegen der guten Haushaltslage der Kommunen, zum anderen weil es z.B. beim Breitbandausbau an Tiefbauunternehmen fehlt. Eine generelle Förderung von Umweltprojekten gibt es nicht.

Ergänzt werden die programmgebundenen Förderkredite durch Konsortial- und Globaldarlehen. Konsortialdarlehen dienen der Finanzierung größerer Vorhaben, sei es bei Unternehmen oder Kommunen. Hier steht die LfA Hausbanken auf deren Einladung zur Verfügung. Die Konsortialdarlehen sind allerdings von 825 Mio. Euro im Vorjahr auf 500 Mio. Euro geschrumpft, zu einem, weil es 2016 den erwähnten Einmaleffekt gab, zum anderen, weil größere Mittelständler sich stärker am Kapitalmarkt bedient haben. Im Bereich der Globaldarlehen vergibt die LfA große Kreditkontingente an Geschäftsbanken, die daraus Finanzierungsprodukte für ihre Firmenkunden nach Maß schneiden. Das geht aber nur, wenn für solche Projekte

keine Programmkredite bereitstehen. 2017 gab es Globaldarlehen über 110 (Vorjahr 45) Mio. Euro.

Zählt man Programmkredite, Konsortial- und Globalkredite zusammen, hat die LfA bayerischen Unternehmen und Kommunen im Berichtsjahr 2,33 (2,49) Mrd. Euro an Darlehen gewährt. Das sind 6,5 % weniger als im Jahr zuvor. Ohne den Einmaleffekt wären es aber 3,9 % mehr gewesen. Zu den Leistungen der LfA gehören außerdem Risikoprüfungen durch Haftungs-freistellungen, Bürgschaften und Garantien, was im Berichtsjahr 208 Mio. Euro nach 248 Mio. Euro im Jahr zuvor ausgemacht hat. Addiert man die Risikoprüfungen, die übrigens 2017 wegen der guten Konjunktur auf einen Tiefstand gesunken sind, zu den erwähnten Krediten, ergibt sich eine Gesamtförderung von 2,54 (2,74) Mrd. Euro.

Zu den Aktivitäten der LfA gehört aber auch die Bereitstellung von Eigenkapital und von Risiko- oder Wagniskapital (Venture Capital). Diesem Zweck dienen die Töchter BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH, die aktuell 310 Mio. Euro als Stiller Gesellschafter in den bayerischen Mittelstand investiert hat, und die Bayern Kapital GmbH mit einem Beteiligungsvolumen von rund 340 Mio. Euro. Außerdem gibt es zwei bayerisch-europäische Kooperationen mit dem europäischen Investitionsfonds (EIF), die sich um Mezzanine Kapital (Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital ohne Stimm- und Einflussrechte) und Venture Capital kümmern. Des Weiteren gibt es die Tochter Bayern Innovativ, die sich, unabhängig von Finanzierungsfragen, um Informationen rund um das Thema Innovation und die Vermittlung möglicher Kooperationspartner kümmert.

Exportschlager LfA

Inzwischen gilt die LfA Förderbank Bayern mit ihrer sehr erfolgreichen Unternehmensphilosophie nach Beierls Worten sogar als Exportschlager, weil meist im Ausland solche Förderbanken unbekannt sind. Das hat aber auch zur Folge, dass die LfA wie jede Geschäftsbank von der EU zur Bankenabgabe herangezogen wird, was etwa 3,5 Mio. Euro gekostet hat. Dennoch weist Bayerns Förderbank, die sich über den Kapitalmarkt, die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und zu einem geringeren Teil auch über

den Europäischen Investmentfonds (EIF) refinanziert, trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen unverändert einen Jahresüberschuss von 45 Mio. Euro aus.

Das zu erreichen, war kein Selbstläufer, denn die LfA mit ihrer Bilanzsumme von 21,475 (Vorjahr: 22,097) Mrd. Euro litt, genau so wie alle Sparer, unter dem beschränkten Angebot an attraktiven Anlagemöglichkeiten am Markt. Deshalb ging der Zins- und Provisionsüberschuss auf 121 (133) Mio. Euro zurück. Das Minus wurde dadurch ausgeglichen, dass die Risikoprüfung für Ausfallrisiken im Kreditbereich aufgrund der guten Geschäftslage der mittelständischen Kreditnehmer per Saldo um 53 (Vorjahr: 39) Mio. Euro aufgelöst werden konnte. Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken wurden abermals 70 Mio. Euro zugeführt. Dieses Sicherheitspolster beträgt nun 610 Mio. Euro. Dadurch stieg das Kernkapital der Bank weiter auf rund 1,6 Mrd. Euro, was einer Kernkapitalquote (nach Bankenrating) von 19,9 (17,3) % entspricht. „Damit übertreffen wir deutlich die aufsichtsrechtlichen Anforderungen und sind für die Zukunft gut gewappnet, auch wenn wir an unserer konservativen Anlagestrategie unverändert festhalten“, stellte Beierl zufrieden fest.

Vom Jahresüberschuss von 45 Mio. Euro wandern 25 %, also gut 11 Mio. Euro, in die gesetzliche Rücklage. Die verbleibenden 75 %, also etwa 34 Mio. Euro, werden abzüglich einer finanziellen Unterstützung von 8,2 Mio. Euro zugunsten verschiedener Förderinstitutionen, an den Freistaat abgeführt. Bayern erhält folglich etwa 26 Mio. Euro, von denen der Freistaat die Hälfte der Bank wieder für Aufgaben der Wirtschaftsförderung zu Verfügung stellt. Die restlichen 13 Mio. Euro wandern in den Staatshaushalt.

Die LfA fühlt sich mit ihrer hohen Risikotragfähigkeit gut aufgestellt. Als Zukunftsaufgaben sieht sie nach wie vor die Förderung von Unternehmensgründern sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen, auch die Hilfe bei Unternehmensübergaben, die Förderung der Digitalisierung im Mittelstand und bei den Kommunen sowie die Steigerung der Energieeffizienz als Beitrag zur Energiewende. Der Vorstand geht im laufenden Jahr von einem moderaten Wachstum aus, auch wenn eine Zinswende noch auf sich warten lasse und allenfalls langsam kommen werde. **dhg.**

Ein Tag Schadensregulierung im Straubinger Rathaus

Eine Flamme frisst sich durch Holz und Vorhänge, die Stühle und Tische brennen und schließlich kracht der Kronleuchter zu Boden. In der Ferne schrillt eine Sirene, kurze Zeit später rollen Feuerwehrlöcher ihre Schläuche aus: Sie pumpen tausende Liter Wasser in das historische Rathaus – doch das Feuer ist zu mächtig. So kann die Feuerwehr nicht mehr tun, als zuzusehen, wie eine Flammensäule durch das Dach schießt und den Straubinger Nachthimmel erleuchtet.

Günther Handke, der Sachverständige der Versicherungskammer Bayern in Straubing, hat am Tag nach dem Brand erste Notmaßnahmen veranlasst und sitzt ein paar Tage später zusammen mit 26 anderen Personen in einem großen Raum und erklärt, wie die Regulierung ablaufen soll. Unter seinen Zuhörern sind neben zahlreichen Vertretern der Stadt auch Günter Selentin, Wolfgang Fux und Simone Aberle. Die wiederum haben Spezialisten für Großschäden mitgebracht, darunter einen Chemiker, der die Schadstoffbelastung im Rathaus misst, und einen Restaurator, der auch schon im Kloster Maria Medingen dabei war. Sie alle nicken als Handke sagt: „Das Wichtigste ist, dass wir das Wasser aus der Decke kriegen. Sonst schimmelt die durch.“ Das wäre schade, denn unter mehreren Schichten verbirgt sich eine historische Decke mit einem Putz aus Schilfrohmatten, die die Stadt unbedingt erhalten möchte.

Verheerendes Ausmaß

Nach dem Treffen brechen Aberle, Handke, Selentin und Fux auf, um sich selbst ein Bild von den Schäden zu machen. Von außen ist das Rathaus nicht wiederzuerkennen. „Als erste Maßnahme haben wir den Giebel stabilisiert“, sagt Handke. Ein Gerüst stärkt die

Mauer und sorgt dafür, dass der Schaden nicht noch größer wird. Im Rathaus wird das ganze Ausmaß deutlich – das Feuer hat zwar nur im vorderen Teil des Gebäudes gewütet, aber noch fünfzig Meter weiter hinten sind dunkle Flecken an den Wänden zu sehen. Das Löschwasser ist tief ins Mauerwerk eingedrungen und schält Tapeten und Putz von den Wänden.

Massive Löschwasserschäden

Die Wiederherstellung wird voraussichtlich einen niedrigen zweistelligen Millionenbetrag kosten. Die Mitarbeiter der Stadt müssen ihrer Arbeit in Ausweichbüros nachgehen und die Läden im Erdgeschoss sind ebenfalls geschlossen – zu massiv sind die Löschwasserschäden. Akribisch begutachten die Kollegen aus dem Großschaden jeden Raum und kämpfen sich vom Erdgeschoss bis auf den Dachboden.

„Hier war einmal der große Saal, zwei Stockwerke ohne Decke. Das war schon beeindruckend.“ Handke deutet auf das riesige Loch, wo früher einmal das alte Rathaus stand. Jetzt sind nur noch Holzreste übrig, die Außenmauern und ein halber Meter Schutt.

Im ehemaligen Saal sägen zwei Bauarbeiter verbrannte Balken in handliche Stücke und versta-

en diese in einem Container. Die Räumung hat längst begonnen und auch die Regulierung läuft schon seit Tagen. Handke trifft sich regelmäßig mit Ansprechpartnern der Stadt und des Denkmalschutzes. Sie kommen gut voran und hatten zudem Glück, denn es hat seit dem Brand nicht geregnet. „Jetzt muss aber dringend ein Dach über das Gebäude gespannt werden, sonst wird's unschön“, erklärt er. „Dann können wir mit der Wiederherstellung beginnen.“ Eine Arbeit, die ihn viele Monate lang beschäftigen wird.

Hintergrund: Am 25.11.2016 brannte das Rathaus in Straubing. Die Stadt ist, wie viele andere bayerische Kommunen auch, bei der VKB versichert. Daher kümmern sich deren Experten um die Regulierung. Wir begleiten sie dabei und geben Ihnen immer wieder Einblicke in die Welt der Großschäden. □



Ein Bild des Jammers: Das Straubinger Rathaus verbrannt und überschwemmt. □

Gesetzesänderung erleichtert Bezahlung über Zahlungsdienste

Vielen Verbrauchern begehen beim Online-Shopping Dienste wie Sofortüberweisung/Klarna oder Paydirekt. Über diese sogenannten Zahlungsauslösedienste kann der Käufer Waren bezahlen, die er im Internet bestellt hat. Dazu gibt er auf der Plattform des Dienstes seine Login-Daten für das Online-Banking bei seiner Bank an. Der Zahlungsauslösedienst veranlasst die Bezahlung und informiert den Verkäufer, dass diese unwiderruflich erfolgt ist. Daraufhin kann der Händler die Ware ohne Zeitverzögerung liefern oder die Dienstleistung in die Wege leiten.

Was für viele Nutzer praktisch ist, führte in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen. „Mit der Nutzung dieser Zahlungsauslösedienste verstießen viele Verbraucher unwissentlich gegen eine vertragliche Vereinbarung mit ihrer Bank. Häufig war es ihnen nicht erlaubt, PIN und TAN an Dritte herauszugeben“, sagt Sibylle Miller-Trach, Finanzjuristin bei der Verbraucherzentrale Bayern. Es konnte passieren, dass eine Bank die Bezahlung über einen Zahlungsauslösedienst blockierte.

Inzwischen müssen Nutzer aber keine Probleme mehr ihrer Bank befürchten. Seit dem 13. Januar dieses Jahres gilt eine neue gesetzliche Regelung, zu finden in Paragraf 675 f Absatz 3 BGB. Diese Gesetzesänderung besagt, dass Kontoinhaber beim Online-Banking ab sofort solche Dienste nutzen dürfen. Außerdem müssen Banken diesen

Diensten Zugriff auf das Konto ihres Kunden erlauben.

Verbraucherzentrale berät

Diese neue Regelung gilt auch für Kontoinformationsdienste, wie beispielsweise die Finanzzapps „Fymio“ oder „Finanzblick“. Diese Dienste ermöglichen Verbrauchern einen Überblick über ihre Finanzen, indem sie Informationen über mehrere Konten zusammenfassen. Auch hier muss der Kunde dem Anbieter Zugang zu seinen Konten verschaffen. Wer Probleme mit einem dieser Dienste hat, findet Hilfe bei der Verbraucherzentrale Bayern. Auch Verbraucher, deren Hausbank das Nutzen solcher Dienste weiterhin unterbindet, können sich beraten lassen. Eine Terminvereinbarung ist möglich online auf www.verbraucherzentrale-bayern.de □

MünchenerHyp:

Neues Rekordergebnis in der Immobilienfinanzierung

Neugeschäft steigt um 2,5 Prozent auf 5,1 Mrd. Euro

Die Münchener Hypothekendarlehenbank eG hat im Geschäftsjahr 2017 ein neues Rekordergebnis in der Immobilienfinanzierung erzielt. Das Neugeschäft in der Hypothekendarlehenfinanzierung sprang über die Schwelle von 5 Mrd. Euro auf insgesamt 5,1 Mrd. Euro. „Die anhaltend positive Immobilienkonjunktur kam unserem Neugeschäft erneut zugute. Wir haben damit unsere Marktposition wie geplant weiter stärken können“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp.

Mit der positiven Entwicklung des Neugeschäfts stiegen auch die Erträge der MünchenerHyp. Der Zinsüberschuss verbesserte sich um rund 10 Prozent auf 256,6 Mio. Euro. Die Provisionsaufwendungen bewegten sich auf Vorjahresniveau. Somit erhöhte sich der Zins- und Provisionsüberschuss um 14 Prozent auf 182,1 Mio. Euro.

Da die Bank im Neugeschäft weiterhin risikobewusst agierte, befand sich die Risikoversorge im Kreditgeschäft erneut auf niedrigem Niveau. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit stieg um 26 Prozent auf 85,1 Mio. Euro. Nach Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 5 Mio. Euro und einem Steuereufwand in Höhe von 33,8 Mio. Euro fällt der Jahresüberschuss mit 46,3 Mio. Euro um 45 Prozent höher als im Vorjahr aus.

Anhaltend positive Entwicklung des Neugeschäfts

Das gute Neugeschäft der MünchenerHyp beruht zu einem wesentlichen Teil auf dem seit 2014 konstant hohen Niveau der ver-

mittelten Volumina in der privaten Wohnimmobilienfinanzierung. In diesem Geschäftsfeld sagte die Bank im Jahr 2017 Darlehen in einem Volumen von 3,2 Mrd. Euro zu, nach 3,3 Mrd. Euro im Vorjahr. Darunter hielt sich das Vermittlungsgeschäft mit den Banken der Genossenschaftlichen Finanzgruppe mit 2,4 Mrd. Euro nahezu auf dem Vorjahresniveau. Die Zusammenarbeit mit freien Finanzdienstleistern wurde um 8 Prozent auf 419 Mio. Euro ausgebaut, wogegen das von der Schweizer PostFinance vermittelte Volumen aufgrund des zunehmend härter geführten Preiswettbewerbs in der Schweiz um rund 50 Mio. Euro auf 373 Mio. Euro zurückging.

Immobilienfinanzierung

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung stieg das Neugeschäft um 13 Prozent auf 1,9 Mrd. Euro. Zuwächse erzielte die Bank dabei sowohl in Deutschland als auch in den anderen europäischen Märkten. Darüber hinaus wurde das Neugeschäft in den USA wieder aufgenommen.

men. Ausgebaut hat die Bank auch ihre Syndizierungsaktivitäten und hierin verstärkt die Institute aus der Genossenschaftlichen Finanzgruppe einbezogen.

Große Nachfrage nach Pfandbriefemissionen

Die Pfandbriefe der MünchenerHyp wurden auch im vergangenen Jahr von den Investoren sehr gut nachgefragt. Zwei Benchmarkemissionen von Hypothekendarlehenpfandbriefen ragten dabei besonders heraus. So wurde ein Benchmark-Hypothekendarlehenpfandbrief mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Volumen von 500 Mio. Euro wenige Monate nach der Emission um 250 Mio. Euro aufgestockt. Bei der anderen Benchmarkemission mit einer Laufzeit von neun Jahren und zwei Monaten war die Nachfrage so groß, dass die MünchenerHyp kurzfristig ein Volumen von 750 Mio. Euro emittierte.

Unter den Fremdwährungsemissionen der MünchenerHyp sorgte ein Benchmark-Hypothekendarlehenpfandbrief über 100 Mio. Schweizer Franken und 15 Jahren Laufzeit für Furore. Der Zinsabschlag von minus 8 Basispunkten gegenüber der inländischen Schweizer Pfandbriefkurve war der höchste, den jemals ein ausländischer Covered-Bond-Emittent am Schweizer Kapitalmarkt erzielen konnte.

Die Bilanzsumme wuchs um 0,4 Mrd. Euro auf 38,9 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2017. Der Bestand an Hypothekendarlehen erhöhte sich um 1,4 Mrd. Euro auf 29,2 Mrd. Euro. Der Großteil des Zuwachses entfiel mit 1,0 Mrd. Euro auf die private Wohnimmobilienfinanzierung.

Der Bestand im Kreditgeschäft mit Staaten und Banken reduzierte sich entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie der MünchenerHyp weiter auf 5,7 Mrd. Euro (Vorjahr 6,8 Mrd. Euro).

Die solide Eigenkapitalausstattung der MünchenerHyp hat sich im Geschäftsjahr 2017 weiter verbessert. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder der MünchenerHyp sind erstmals in der Geschichte der Bank auf über 1 Mrd. Euro gestiegen. Die Geschäftsguthaben bilden zudem einen wesentlichen Teil des harten Kernkapitals der Bank. Die harte Kernkapitalquote erhöhte sich im Jahr 2017 um 0,9 Prozentpunkte auf 23,8 Prozent zum 31. Dezember 2017. Die Kernkapitalquote belief sich zum selben Datum auf ebenfalls 23,8 Prozent (Vorjahr 22,9 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 25,2 Prozent (Vorjahr 24,5 Prozent). Die Leverage Ratio belief sich zum Jahresende 2017 auf 3,4 Prozent.

Ausblick

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet die MünchenerHyp, dass die gute Nachfrage nach Immobilien und Immobilienfinanzierungen anhält, da die Zinsen weiterhin attraktiv sein werden. Vor diesem Hintergrund geht die Bank aber auch von einer weiteren Intensivierung des Wettbewerbs in der Immobilienfinanzierung aus, insbesondere bei den Konditionen.

GVB zur Europäischen Einlagensicherung:

Debatte ist nicht zielführend

Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken halten die Debatte über eine gemeinschaftliche EU-Einlagensicherung für nicht zielführend. „Es ist falsch, jetzt in Europa über das Vergemeinschaften von Risiken zu sprechen“, erklärt Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). „Vielmehr müssen die immensen, in den Bankbilanzen liegenden Risiken abgebaut werden. Das ist eine Herkulesaufgabe, die in einigen Staaten einen langen Atem und konsequentes Handeln erfordert.“

Von der Bundesregierung erwartet der Verband, dass sie die Forderung nach einem Risikoabbau beim heutigen Treffen mit EU-Kommissar Valdis Dombrovskis bekräftigt. Bei der Zusammenkunft in Berlin, an der Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier teilnehmen sollen, soll über die umstrittenen Pläne der Brüsseler Behörde für eine Vergemeinschaftung des Sparer-schutzes gesprochen werden. Die im GVB zusammengeschlossenen 244 Volksbanken und Raiffeisenbanken lehnen das Vorhaben ab und setzen sich für den Erhalt der bewährten Sicherungssysteme in Deutschland ein.

Staatsfinanzierung angemessen regulieren

„Ein europäisches Haftungssystem ist gleichbedeutend mit dem Abwälzen hausgemachter Probleme einzelner Länder auf die Banken und Sparer in anderen Staaten“, begründet Gros diese Position. Er verweist auf die nach wie vor enormen Bestände an ausfallgefährdeten Kreditfinanzierungen, deren Volumen sich in der Eurozone auf mehr als 900 Mrd. Euro beläuft – und die unterschiedlich verteilt sind: Während in Südeuropa viele Banken mit zweistelligen Ausfallquoten kämpfen, liegt der Anteil notleidender Darlehen in Deutschland bei unterdurchschnittlichen zwei Prozent.

Um für mehr Stabilität am europäischen Bankenmarkt zu sorgen, fordern die bayerischen Genossenschaftsbanken nicht nur einen Abbau der bestehenden Risiken sowie Maßnahmen, die das Entstehen neuer Risiken vermeiden sollen. Dazu gehöre es auch, die Staatsfinanzierung angemessen zu regulieren. Europäische Staatsanleihen sollten ab dem ersten Euro risikoorientiert mit Eigenkapital unterlegt werden, fordert der GVB in einem kürzlich veröffentlichten Sieben-Punkte-Programm (www.gv-bayern.de/Sieben-Punkte-Programm).

Waren- und Dienstleistungsunternehmen ziehen Bilanz:

Milchpreis hat den Genossen Wachstum beschert

Die Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in Bayern haben auch 2017 recht gut abgeschnitten und „ihren Stellenwert für den Freistaat bewiesen“, wie Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), vor der Presse erläuterte. Besondere Bedeutung kam dabei dem Milchbereich zu, denn das Berichtsjahr war für die Milchbauern und damit auch die 152 Milchgenossenschaften „ein sehr gutes Jahr“. Mit einem addierten Umsatz aller 1067 Waren- und Dienstleistungsbetriebe von 12,5 Mrd. Euro (+ 5,3 %) wurde eine Bestmarke erzielt. Und auch das Gesamtergebnis aller Genossenschaftsbetriebe von 247,8 Mio. Euro (- 1,7 %) erreichte fast das Rekordergebnis des Vorjahres.

Bevor Gros auf Einzelheiten einging, erinnerte er an den Vordenker Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der am 30. März dieses Jahres 200 Jahre alt geworden wäre. Er hat entscheidend die Idee der Hilfe durch Selbsthilfe erdacht und weiter entwickelt. Auf ihn und seinen kongenialen sächsischen Kollegen Hermann Schulze-Delitzsch geht letztlich die Existenz der genossenschaftlichen Banken sowie der Waren- und Dienstleistungsunternehmen zurück. Längst hat dieser Gedanke der Selbsthilfe weltweit Fuß gefasst, denn heute gibt es in aller Welt etwa 1 Milliarde Menschen, die einer Genossenschaft angehören, in Deutschland sind es etwa 22 Millionen, in Bayern etwa 2,9 Mio., zählt man die Mitglieder der Genossenschaftsbanken und der (eigenständig organisierten) Wohnungsbaugenossenschaften hinzu.

Der GVB vertritt in Bayern die Interessen von 1260 genossenschaftlichen Unternehmen. Dazu zählen 244 Volks- und Raiffeisenbanken sowie 1067 Waren- und Dienstleistungsunternehmen. Letztere – um die ging es beim Jahrespressegespräch, denn über die Genossenschaftsbanken wurde schon gesondert berichtet – beschäftigen im Freistaat etwa 18 800 Mitarbeiter. Zu ihnen zählen neben den erwähnten Milchgenossenschaften 49 Handels-, 261 Energie-, 43 Handwerks-, 141 gewerbliche und 279 ländliche Genossenschaften sowie 100 Raiffeisen-Warengeschäfte, davon 47 ei-

genständige Unternehmen und 53 Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft, und schließlich noch 42 weitere Mitglieder. Zu den weiteren zählen z.B. eine Genossenschaft in den Landkreisen Roth und Weißenburg-Gunzenhausen, die sich um die Palliativversorgung zu Hause kümmert, eine Genossenschaft im Landkreis Rottal-Inn, die gemeinschaftlich Immobilien erwirbt, um für Senioren Betreuung- und Pflegedienstleistungen anzubieten, eine Brauerei-Genossenschaft in Ismaning, „die ein Bier für alle Ismaninger“ braut, aber auch ein als Genossenschaft geführtes Gasthaus in München, das sich als Ort der Begegnung für die Anwohner im Viertel versteht.

Qualität der unternehmerischen Leistung

Insgesamt sind 19 Genossenschaftsunternehmen hinzugekommen, 12 weggefallen, zum Teil durch Fusionen, etwa im Molkebereich, aber auch durch Betriebsaufgabe wegen Auslaufen des Geschäftsmodells, etwa durch Wegfall des Brandweinmonopols. Gros: „Es kommt nicht auf die Zahl der Unternehmen an, sondern auf die Qualität der unternehmerischen Leistung.“ Zu Insolvenzen ist es 2017 nicht gekommen.

Bürger organisieren sich in Genossenschaften, so Gros, um vor Ort gesellschaftliche und wirtschaftliche Versorgungslücken zu schließen. Sie kümmern sich

um ihre Lebensverhältnisse und sorgen damit für eine attraktive Heimat. Genossenschaften leisten einen wesentlichen Beitrag zu Entwicklung der regionalen Wirtschaft im Freistaat. Dieser Gestaltungswille verdiente Anerkennung und Respekt.

Kräftig beim Umsatz zugelegt haben mit 4,6 % die Handels- und mit 3,3 % die Milchgenossenschaften, die sich einer verbesserten Marktlage erfreuten. Die Steigerung bei Milch ist eher preis- denn mengenbedingt, denn der Milchpreis stieg um 29 % auf 37 Cent je Liter, für Biomilch, die 7 % des Aufkommens ausmacht, erreicht der Preis gar 50 Cent je Liter. Für die Zukunft sieht es nicht ganz so gut aus, denn der Milchpreis dürfte kaum zu halten sein, zum einen, weil hohe Magermilchpulverberge drücken, zum anderen, weil Polen, Irland und Neuseeland ihre Milchkuh-Bestände aufgestockt haben.

Es ist fraglich, ob Genossenschaftsbetriebe für den Bereich der Altenpflege von ihrer juristischen Form her taugen. Dazu Gros: „Es mag sein, dass pro Jahr ein bis zwei derartige Unternehmen dazu kommen, aber generell gesehen sind in diesem schwierigen Bereich doch sehr unterschiedliche Interessen zu beachten.“

Wertschätzung durch die neue Bundesregierung für den Genossenschaftsbereich verspricht sich Gros von einer Passage im Koalitionsvertrag, „in dem eine Stärkung der nachhaltigen und krisenfesten Unternehmensform in unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen“ angekündigt wird. Raiffeisen Genossenschaftsidee, auf Eigenverantwortung zu setzen statt auf staatliche Hilfe, habe auch heute nichts von ihrer Attraktivität eingebüßt. Eigenverantwortung zähle zu den konstituierenden Merkmalen der Sozialen Marktwirtschaft, stellte der GDV-Präsident fest.

dhg.



MünchenerHyp



Ihr Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. International. Zuverlässig. Langfristig.

- Attraktive Konditionen
- Große Produktvielfalt
- Schnelle und verlässliche Entscheidungen



Genossenschaftliche Finanzgruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



www.muenchenerhyp.de

200 Jahre Raiffeisen:

„Sein Rezept war einfach und fand Nachahmer“

Friedrich Wilhelm Raiffeisen wurde am 30. März 1818 im Westertal geboren. Sein Konterfei schmückt Briefmarken und Sondermünzen. Mehrere 100 Straßen und Plätze im Freistaat tragen seinen Namen. Nahezu jeder vierte Bayer ist Mitglied in einer der 1.260 genossenschaftlichen Unternehmen. Damit bilden die bayerischen Genossenschaften eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat. Aber wer ist der Genossenschaftspionier Raiffeisen eigentlich – und was hat er uns heute noch zu sagen? Ein Interview mit Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB).

GZ: Herr Dr. Gros, in diesen Tagen jährt sich zum 200sten Mal der Geburtstag von Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Feiern das die bayerischen Genossenschaften?

Jürgen Gros: Friedrich Wilhelm Raiffeisen ist neben Hermann Schulze-Delitzsch der Gründungsvater der genossenschaftlichen Organisation. Da ist es doch klar, dass wir dieses Jahr immer wieder innehalten und an sein Lebenswerk erinnern. Mit vielen dezentralen Veranstaltungen in Bayern, mit zentralen Veranstaltungen auf Bundesebene wie kürzlich in Mainz, bei Vertreterversammlungen, unserem GVB-Verbandstag im Sommer oder auch in Gesprächen, wie wir es gerade führen.

GZ: Was würde Raiffeisen heute auf seiner Geburtstagsfeier sagen?

Gros: Raiffeisen war ein bodenständiger Mensch. Von ihm stammt der herrlich pragmatische Satz: „Eine richtige Idee ist auch stets die beste Grundlage für die Praxis.“ Dass seine Idee richtig war, beweisen 2,9 Millionen Genossenschaftsmitglieder in Bayern, 22 Millionen genossenschaftliche Anteilseigner in Deutschland und rund eine Milliarde Menschen weltweit durch ihre Beteiligung an einer Genossenschaft. Genossenschaften sind Netzwerke von Menschen mit ähnlichen Bedürfnissen, Interessen und Ideen. So gesehen hat Raiffeisen auf analoger Basis etwas geschaffen, was sich vom Ansatz her dann auch die

Begründer der digitalen und sozialen Medien des 21. Jahrhunderts zu eigen gemacht haben, nämlich Menschen zu vernetzen.

GZ: Was zeichnet die Idee Raiffeisens noch aus?

Gros: Dazu könnte man einen abendfüllenden Vortrag halten. Gut auf den Punkt brachte es aber mal ein Biograf Raiffeisens. Er hat seinem Buch den Titel „Ein Mann bezwingt die Not“ gegeben. Und in der Tat, Raiffeisen war davon beseelt, in einer Zeit wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche die Existenz von Landbevölkerung, Handwerkern und Gewerbetreibenden zu sichern. Sein Rezept war einfach und fand Nachahmer. Die Menschen nahmen ihr Schicksal in eigene Hände, schlossen sich zusammen, gründeten Genossenschaften, sorgten selbst für ihr Dasein. Genossenschaften trugen dazu bei, die Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten, dass Bauern und Handwerker Kredite be-

kamen, dass sie eine Grundlage zum Produzieren hatten. Raiffeisens Genossenschaftsidee wurde zum Schwungrad der regionalen Wirtschaft.

GZ: Schön und gut, aber Raiffeisen lebte im 19. Jahrhundert. Die Zeit vor 200 Jahren ist kaum mit der heutigen vergleichbar....

Gros: ... vielleicht nicht materiell. Aber Umbrüche erleben doch auch wir fortwährend. Manche augenscheinlicher, andere schleicher. Als vor zehn Jahren die Finanzkrise ausbrach und viele große Banken in Not kamen, drohte der Wirtschaft eine Kreditklemme. Damals waren es ganz maßgeblich die Volksbanken und Raiffeisenbanken, die zum Mittelstand hielten und die notwendige Liquidität sicherstellten. Sie sorgten für Stabilität, wo andere wankten. Sie hielten den Kreditkreislauf am Leben.

Als 2011 nach dem Atomunglück im japanischen Fukushima die Energiewende in Deutschland ausgerufen wurde, gründeten sich in Bayern in kurzer Zeit Dutzende Energiegenossenschaften. Sie etablierten die regionale Versorgung mit regenerativen Energien. Im letzten Jahr wurden 20 Genossenschaften im Freistaat gegründet – alle mit einem Zweck, nämlich durch privatwirtschaftliche Initiative eine gesellschaftliche oder wirt-

schaftliche Lücke zu schließen. Raiffeisen ist zwar vor 130 Jahren gestorben. Sein Lebenswerk aber ist aktuell und trifft den Nerv der Zeit.

GZ: Inwiefern?

Gros: Unsere Gesellschaft erlebt seit geraumer Zeit eine Renaissance des Regionalen. Produkte regionaler Herkunft haben Konjunktur, die Verbindung zur Heimat wird zum Wert. Die Heimat lebenswert zu erhalten und zu gestalten, treibt die Menschen an. Und sie wertschätzen es, wenn sich Unternehmen für ihre Heimat engagieren. Die Genossenschaften in Bayern tun das. Sie sind Heimatunternehmen. Die 244 Volksbanken und Raiffeisenbanken genauso wie die 1.016 ländlichen und gewerblichen Genossenschaften. Erstere geben 6,5 Millionen Kunden im Freistaat eine Finanzheimat. Letztere setzen zum Beispiel Waren und Dienstleistungen von mehr als 10 Milliarden Euro in der Heimat um. Genossenschaften stellen im Freistaat über 50.000 Arbeitsplätze und werden auch 2018 wohl wieder mehr als 450 Millionen Euro an Steuern zahlen.

GZ: Das freut den Finanzminister.

Gros: Davon gehe ich aus. Aber hoffentlich nicht nur ihn und nicht nur, weil die Genossenschaften seit vielen Jahren zu den konstanten und fleißigsten Steuerzahlern im Freistaat zählen....

GZ: ... was meinen Sie damit?

Gros: Genossenschaften erfahren zunehmend mehr an politischer Wertschätzung. Der politische Ritterschlag erfolgte quasi mit dem Koalitionsvertrag der Berliner Regierungsparteien. Im Kapitel „Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen“ haben die Koalitionäre nämlich festgehalten, dass sie „Genossenschaften als nachhaltige und krisenfesteste Unternehmensform in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen stärken“ wollen. Ein schönes politisches Geschenk zum Geburtstagfest für Raiffeisen, an das man sich aber hoffentlich auch nach dem Jubiläumsjahr noch erinnert.

GZ: Welche Erwartung haben Sie konkret?

Gros: Wer Genossenschaften stärken will, der muss auch dafür sorgen, dass die politischen Rahmenbedingungen richtig gesetzt sind. Wir sehen zum Beispiel mit großer Sorge die Diskussion um eine europäische Einlagensicherung. Sie hat zum Ziel, alle Banken Europas, die guten wie die schlechten, in eine Haftungsgemeinschaft zu zwingen. Angesichts von über 900 Milliarden Euro an faulen Krediten in den Bilanzen vor allem süd-europäischer Banken halte ich das für unverantwortlich. Warum sollen für die Risiken anderer künftig auch die Volksbanken und Raiffeisenbanken haften?

Mit Skepsis blicke ich zudem auf Bestrebungen, politisch in bewährte Liefer- und Abnahmestrukturen von Milchbauern und Molkereigenossenschaften einzugreifen. Dort, wo Wirtschaft funktioniert, sollten sich Politik und Staat raushalten. Und dort, wo Wirtschaft nicht funktioniert, sollen sie die Rahmenbedingungen so setzen, dass Anreize für private Initiative und selbstverantwortliches Handeln entstehen.

GZ: Ist das das Vermächtnis von Raiffeisen?

Gros: Raiffeisen war ja selbst lange Zeit Politiker. Sein Staatsverständnis war sehr pragmatisch. Ja, der Staat sollte „der Bevölkerung behilflich sein, jedoch nur insoweit, als dadurch das Selbstdenken und die Selbsttätigkeit nicht gehemmt werden.“ So hat er es einst formuliert. Ich finde, das ist ein Politik-, Staats- und Gesellschaftsverständnis, an das man aktuell wieder stärker anknüpfen sollte.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch, Herr Dr. Gros!

BayernLB:

Verbessertes Konzernergebnis um mehr als 24 Prozent

Die BayernLB hat im Geschäftsjahr 2017 ihr Konzernergebnis (nach Steuern) um 24,4 Prozent auf 677 Mio. Euro verbessert (Vj.: 545 Mio. Euro). Mit 652 Mio. Euro blieb das Vorsteuerergebnis, trotz des im Vorjahr enthaltenen Sonderertrags aus dem Verkauf von Beteiligungen (Visa Europe Ltd. und Deutsche Factoring Bank) in Höhe von 178 Mio. Euro, weitgehend stabil (Vj.: 708 Mio. Euro).

Die operativen Erträge konnte der BayernLB-Konzern im Jahr 2017 deutlich steigern, wobei insbesondere der Zinsüberschuss um 12,5 Prozent auf 1.659 Mio. Euro (Vj.: 1.475 Mio. Euro) zulegte. Gleichzeitig trugen die Anstrengungen der Bank zur Begrenzung der Kosten Früchte. So konnte die BayernLB ihren Verwaltungsaufwand trotz weiterhin hoher Aufwendungen für Regulatorik und Investitionen in Digitalisierungsprojekte leicht um 1,8 Prozent auf 1.258 Mio. Euro (Vj.: 1.280 Mio. Euro) senken. Einen großen Fortschritt erzielte die BayernLB bei der Steigerung ihrer Kapitalquote. Die CET1-Quote (fully loaded) erhöhte sich auf 15,3 Prozent (Vj.: 13,2 Prozent).

Strategische Initiativen

„Wir haben auch im Jahr 2017 trotz des anhaltend herausfordernden Marktumfelds wieder ein sehr gutes Ergebnis erwirtschaftet. Darüber hinaus haben wir mit der Rückzahlung der letzten Milliarde an den Freistaat Bayern und der Beendigung des EU-Beihilfeverfahrens den Pflichtteil bei der Neuaufstellung der Bank mehr als zwei Jahre vor der Zeit endgültig abgeschlossen“, so der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Johannes-Jörg Riegler. „Jetzt kommt die Kür, dazu arbeiten wir – parallel zur stetigen Verbesserung unserer operativen Effizienz und der kontinuierlichen Weiterentwicklung unserer digitalen Plattformen – am Feinschliff auf der Ertragsseite. Dazu haben wir ein Paket an strategischen Initiativen erarbeitet, um die BayernLB in den nächsten Jahren noch profitabler zu machen und unsere Position als eine der stärksten Regionalbanken in Europa weiter zu festigen.“

Riegler weiter: „Vom wirtschaftlichen Erfolg der BayernLB sollen auch unsere Anteilseigner, der Freistaat Bayern und die bayerischen Sparkassen profitieren. Wir planen dazu eine Ausschüttung in Höhe von 50 Mio. Euro vorzunehmen.“

Für die Risikoversorge im Kreditgeschäft musste die BayernLB nur den niedrigen Wert von -94 Mio. Euro ausweisen (Vj.: -87 Mio. Euro). Dies spiegelt die hohe Qualität des Kreditportfolios der BayernLB wider und ist zudem das Ergebnis erfolgreicher Restrukturierungen. Die BayernLB arbeitet kontinuierlich an der weiteren Verbesserung ihres Portfolios und konnte den Anteil an Non-Performing Loans (NPL) weiter verringern. Die NPL-Quote erreichte zum Jahresende 2017 mit 1,5 Prozent einen neuen Bestwert (Vj.: 1,6 Prozent).

Der Provisionsüberschuss betrug 263 Mio. Euro (Vj.: 296 Mio. Euro). Der Rückgang resultierte primär aus geringeren Erträgen aus dem Kreditkartengeschäft der DKB infolge niedrigerer Interbankentgelte an die kartenausgebenden Institute. Niedrigere Provisionen im Kreditgeschäft konnten durch gestiegene Erträge im Effektengeschäft teilweise kompensiert werden.

Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung erhöhte sich auf 205 Mio. Euro (Vj.: 142 Mio. Euro). Das Ergebnis aus Finanzanlagen betrug 23 Mio. Euro (Vj.: 274 Mio. Euro). Das hohe Ergebnis des Vorjahres war maßgeblich durch Erträge aus Beteiligungsverkäufen geprägt. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung stieg auf insgesamt 98 Mio. Euro (Vj.: 88 Mio. Euro). Die Bankenabgabe hatte daran einen Anteil von 52 Mio. Euro (Vj.: 51 Mio. Euro), der Beitrag zum Sicherungssystem der Spar-

kassen-Finanzgruppe machte 46 Mio. Euro (Vj.: 37 Mio. Euro) aus.

Die Bilanzsumme der BayernLB hat sich leicht erhöht. Sie betrug zum Jahresende 214,5 Mrd. Euro (Vj.: 212,1 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) hat die BayernLB auch durch weitere Portfolioverbesserungen auf 61,4 Mrd. Euro verringert (Vj.: 65,2 Mrd. Euro).

Die Cost-Income-Ratio (CIR) der BayernLB lag mit 59,9 Prozent weiterhin im Zielkorridor (Vj.: 59,3 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity – RoE) lag bei 7,4 Prozent (Vj.: 8,1 Prozent).

Die nachhaltig positive Geschäftsentwicklung der BayernLB in den letzten Jahren und die Erfolge des am Kunden orientierten Geschäftsmodells wurden 2017 auch durch ein erneutes Rating-Upgrade bestätigt. Die Agentur Moody's hat im April das langfristige Emittentenrating der BayernLB um eine Stufe von A2 auf A1 angehoben. Es war bereits das dritte Upgrade durch Moody's seit dem Jahr 2014.

Vorzeitige Beendigung des EU-Verfahrens

Die BayernLB hat Ende Juni 2017 die letzte noch ausstehende 1 Mrd. Euro an stiller Einlage an den Freistaat Bayern zurückgezahlt und damit zweieinhalb Jahre vor der Zeit die EU-Beihilfeverpflichtung, insgesamt fünf Mrd. Euro Staatshilfen zurückzuführen, erfüllt. Rechnen man die Gebühren für die ehemalige Absicherung von Risiken durch den Freistaat für ABS-Papiere hinzu (sog. „Umbrella“), hat die BayernLB unter Strich seit 2012 fast 5,5 Mrd. Euro an den Freistaat Bayern geleistet. Möglich wurde die vorzeitige Rückzahlung durch die sehr positive geschäftliche Entwicklung der BayernLB in den letzten Jahren und die damit einhergehende solide Kapitalausstattung der Bank.

Neue strategische Initiativen zur weiteren Profitabilisierung der BayernLB

Ein geschäftspolitischer Schwerpunkt der BayernLB im Jahr 2018 und den Folgejahren ist die Umsetzung von verschiedenen strategischen Initiativen zur weiteren Steigerung der Ertragskraft der Bank. Dabei handelt es sich beispielsweise um Geschäft mit Kommunen außerhalb Bayerns und auch um eine maßvolle Ausweitung der internationalen Aktivitäten in ausgewählten Zielmärkten, ohne das konservative Risikoprofil der Bank zu verändern. Klar im Mittelpunkt des Auslandsgeschäfts der BayernLB steht auch künftig die Begleitung bayerischer und deutscher Firmenkunden bei deren Auslandsaktivitäten sowie die Betreuung der bayerischen Sparkassen im internationalen Geschäft für deren Kunden. Die BayernLB verspricht sich durch die Umsetzung der diversen Maßnahmen mittelfristig eine deutliche Steigerung der Ertragskraft.

Des Weiteren sieht die BayernLB Geschäftspotenziale im „Green Finance“ Bereich. Etwa bei der Finanzierung von Projekten zum Klimaschutz und der Emission von sogenannten grünen Schuldscheinen und Unternehmensanleihen. Die BayernLB verfügt hier über hohe und langjährige Expertise, wurde Anfang 2018 von der unabhängigen Nachhaltigkeits-Ratingagentur oekom research für ihren Umgang mit sozialen und umweltbezogenen Herausforderungen ausgezeichnet und zählt damit im oekom-Ranking zu den Top-10-Banken weltweit. □

Aktionstage für Schulen:

Die Kreissparkasse macht's möglich

Ganz besondere Erlebnistage ermöglicht die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg diesen Sommer Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen in den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg: Im Rahmen der Aktion „Kreissparkasse“ hat das regionale Kreditinstitut mit engagierten Partnern 13 einzigartige Aktionstage konzipiert.

Jeweils eine ganze Klasse kann sich für einen spannenden Vormittag on tour mit dem Kreissparkassen-Bus anmelden. Für jede Altersgruppe, jeden weiterführenden Schultyp und jede Fachrichtung ist etwas dabei: Sportliche Aktivitäten ebenso wie Einblicke in die Arbeit unserer Rettungskräfte oder Mitmach-Führungen in Natur und Kunst.

Der Kreissparkasse-Tourbus startet im Juni und Juli durch die Landkreise München, Starnberg und Ebersberg. Für die Schulen sowie die Schülerinnen und Schüler sind alle Angebote inklusive des Bustransfers kostenlos. Anmeldeabschluss ist der 9. Mai 2018. Sollten sich mehr Schulklassen für ein Angebot entscheiden als verfügbar, werden die Plätze verlost.

Alle weiterführenden Schulen im Geschäftsgebiet der Kreissparkasse wurden zur Teilnahme eingeladen. Termine und alle Infos finden interessierte Lehrer und Schüler unter www.kskmsse.blog/kreissparkasse.

Wer schon immer einmal wissen wollte, welchen Herausforderungen sich Pilot und Arzt eines Rettungshubschraubers gegenübersehen, der kann sich mit seiner Klasse auf einen Besuch des



Friedrich Wilhelm Raiffeisen. □



Dr. Jürgen Gros. □

Luftrettungszentrums am Harlachinger Klinikum freuen. Die Crew des bekannten Christoph 1 gibt interessierten Schülern im Juli Einblicke in die tägliche Arbeit.

Für die Klasse, die den Ausflugstag zur Spielvereinigung Unterhaching ergattert, startet der Tag schon aufregend mit der Abholung durch den Original-Mannschaftsbus der Unterhachinger. Im Stadion angekommen werden die Schüler von einem Vorstandsmitglied des erfolgreichen Drittliga-Vereins begrüßt, bevor es zur Stadionführung geht. Dann wird es sportlich: Ein Trainer der Spielvereinigung bietet ein exklusives Training an.

Bundesligaluft schnuppern

Einmal Bundesligaluft schnuppern und selber ein kleiner Profi sein. Dazu lädt der GCDW Herrsching eine Klasse ein. Die Schüler verbringen einen halben Tag am Ammersee beim „Geilsten Club der Welt“ und erleben Volleyball-Bundesliga hautnah. Unter der Anleitung eines professionellen Trainers dürfen die Schüler in den Volleyballsport schnuppern.

Sensationell wurden die Rock'n Roller vom SV Anzing 2017 Weltmeister in eigener Halle. Eine

Kreissparkasse kann zumindest ein bisschen in diese Fußstapfen treten: In einem Workshop zeigen Jugendtrainer des Vereins den Schülern die Grundlagen des Rock'n'Roll und studieren eine erste Choreographie ein. Je nach Lust und Können werden auch kleine Akrobatikübungen eingebaut.

Und noch mehr Erlebnisse stehen zur Wahl:

- Der Golfclub Starnberg bietet ein Golf-Schnuppertraining an.
- In der Kletterhalle Grafing kann das Bouldern und Klettern geübt werden.
- Bei der Feuerwehr Parsdorf können Schüler einen Blick hinter die Kulissen werfen und auch ganz praktisch Brandbekämpfung üben.
- Ein Guide des Museums Wald und Umwelt geht mit den Schülern auf Geocaching-Schatzsuche.
- Interessante Einblicke in die Erdwärmegewinnung gibt es bei einer Führung in der Geothermieanlage Pullach.
- Eine Führung rund ums Brucker Moos zeigt die Lebendigkeit der heimischen Natur.
- Im Kallmann-Museum Ismaning können Schüler selbst kreativ werden nachdem sie sich in der aktuellen Ausstellung „Ein gemachter Mensch“ haben inspirieren lassen.
- Das Museum Starnberger See bietet einen vergnüglichen Blick ins Museum bei einer Hausrallye.
- Wie wird aus Abwasser Trinkwasser? Das erfahren Schüler bei einer Führung in der Kläranlage Starnberg. □

Sparkassen-Experten zum Wohnungsmarkt in Bayern:

Die Lage bleibt angespannt

Die Situation auf den Wohnungsmärkten hat sich weiter zugespitzt, gerade auch in Bayern. Die Nachfrage nach Wohnimmobilien, ob nach Miet- oder Eigentumsobjekten, ob nach Wohnungen oder Häusern, ist unvermindert groß und das Angebot nach wie vor viel zu klein. Vor diesem Hintergrund werden die Immobilienpreise weiter steigen, wenn vielleicht auch etwas moderater als bisher, denn bei den Bauzinsen zeichnet sich eine leichte Trendwende hin zu einem mäßigen Anstieg ab, was wiederum leicht dämpfend auf die Preise wirken könnte. Zu diesem Fazit kamen die Immobilienfachleute von der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH („Sparkassen-Immo“), von der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS) und vom Sparkassenverband Bayern in einer gemeinsamen Pressekonferenz. Trotz der Preissteigerungen hält Immo-Chef Paul Fraunholz den Immobilienerwerb für viele Menschen nach wie vor für erschwinglich, wie er in einer Modellrechnung zeigt.

In Deutschland, darin waren sich die Experten einig, könne man in einigen Regionen durchaus von einer Überhitzung sprechen, aber keinesfalls von einer drohenden Immobilienblase. Eine Blase entstehe, so Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, wenn über den Bedarf hinaus und mit variablen Finanzierungen gebaut werde. Davon könne in Deutschland aber keine Rede sein, weil hier ein Festzinsmarkt vorherrsche mit überwiegend langfristigen Finanzierungen. Die durchschnittliche Zinsbindung betrage hierzulande 13 Jahre, was für stabile Verhältnisse sorge.

Überhitzungserscheinungen durch das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zeigen sich besonders drastisch in Großstädten wie etwa München, Nürnberg und Regensburg, aber nicht nur dort, sondern auch in Städten wie Passau, Kaufbeuren, Bamberg oder Schwandorf. Die große Nachfrage hat mehrere Ursachen, so den Zuzug nach Bayern, aber auch die Tatsache, dass pro Haushalt immer weniger Menschen zusammenleben und dadurch die Zahl der Haushalte noch stärker steigt als die Bevölkerungszahl. Selbst wo die Bevölkerungszahl nicht steigt, ist Neubau erforderlich, auch weil Bestandsgebäude nicht immer die Ansprüche heutiger Interessenten erfüllen. Besonders in Ballungsgebieten mit ihren guten Arbeitsangeboten übt der Bevölkerungszug, auch durch Immigranten und Flüchtlinge, einen starken Druck auf den Wohnungsmarkt aus.

Schiefelage

Schon vor Jahren hatte Bayerns Innen- und damaliger Bauminister Joachim Herrmann das Ziel ausgegeben, dass im Freistaat jährlich 70.000 neue Häuser und Wohnungen gebaut werden müssten. Zwar hat die Bautätigkeit in den vergangenen Jahren Schwung bekommen, doch das notwendige Niveau wird nicht erreicht. Dadurch hat sich, wie LBS-Chef Erwin Bumberger feststellte, ein erheblicher Nachholbedarf aufgestaut. Laut dem Forschungsinstitut Empirica liegt das Defizit, das zusätzlich zum künftigen Neubaubedarf befriedigt werden muss, bayernweit bei rund 390.000 Wohneinheiten. 2017 haben die Baugenehmigungszahlen aber keinen Zuwachs mehr erreicht. Bumberger: „Es bleibt dabei, in Bayern entstehen zu wenige Häuser und Wohnungen. Dies hat zu einer Schiefelage auf den Wohnungsmärkten und zu deutlich gestiegenen Mieten und Kaufpreisen geführt. Angesichts dieser Situation muss die Politik handeln.“

Bumberger sieht ermutigende Signale für die Absicht der Politik zu handeln. Die große Koalition wolle den Wohnungsbau nicht nur durch steuerliche Anreize bei frei finanzierten Mietwohnungen und mehr Ausgaben für Sozialwohnungen voranbringen, sondern auch durch eine Stärkung der Wohneigentumsbildung. Das sei sehr zu begrüßen, denn in Deutschland verfüge nicht einmal die Hälfte der Haushalte über ein Eigenheim.

Deutschland rangiere unter vergleichbaren Ländern auf dem vorletzten Platz. Das müsse sich un-

bedingt ändern, zum Wohneigentum ein ganz wichtiger Baustein der Altersvorsorge sei. Außerdem verbessere ein neues Eigenheim wegen des so genannten Sickerreffekts für mehr als drei Haushalte die Wohnsituation.

Was also kann der Staat tun, um mehr Menschen ins Eigenheim zu bringen? Zwar erleichterten die niedrigen Zinsen die Finanzierung und milderten die deutlichen Preisanstiege ab, aber oft fehle es an ausreichendem Eigenkapital. Dieses Problem sei letztlich durch die anhaltende Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) entstanden. Deshalb will die Regierung den Aufbau von Eigenkapital unterstützen, indem sie die Wohnungsbauprämie attraktiver gestaltet durch die Anpassung der Einkommensgrenzen an die allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung und einen erhöhten Prämiensatz. Dies sei ein zielführender Ansatz. Vorgesehen ist auch ein Baukindergeld von 1.200 Euro pro Kind und Jahr über zehn Jahre. Zudem garantiere Bausparen einen Anspruch auf ein zinsicheres Darlehen.

Bauland mobilisieren

Um mehr Immobilien-Angebot zu schaffen, müssten mehr Grundstücke zur Verfügung gestellt werden, forderte Bumberger. Deshalb solle die Bundesregierung über den Handlungsschwerpunkt Baulandmobilisierung den Kommunen die Möglichkeit geben, baureife Grundstücke mit einer höheren Grundsteuer zu belegen, um sie für eine Bebauung zu aktivieren. Grundsätzlich aber gehen die Sparkassenexperten davon aus, dass die Änderung der Berechnung der Grundsteuer, wie sie das Bundesverfassungsgericht jetzt gefordert hat, keine nennenswerte Auswirkung auf den Wohnungsmarkt haben wird. Wohl aber eine Änderung der Grunderwerbsteuer, die beim Grunderwerb einen wesentlichen Teil der Nebenkosten darstellt, besonders auch angesichts der starken Preisanstiege. Hier wären spürbare Entlastungen für Immobilienkäufer möglich. Bumberger fasste alle Forderungen und Überlegungen unter dem Kerngedanken „Wohnen ist ein Grundbedürfnis“ zusammen.

Für die bayerischen Sparkassen war 2017 wieder ein Erfolgswort in der Wohnimmobilienfinanzierung. Der Gesamtbestand an Wohnungsbaukrediten legte um 5 % auf 70,2 Mrd. Euro zu. Zwar lag die Bewilligung neuer Kredite über 13,8 Mrd. Euro um 0,6 % unter dem Vorjahresniveau, doch vor zwei Jahren hatte es eine außergewöhnliche Rekordsteigerungsrate von 30 % gegeben. Zwei Dritte aller Darlehenszusagen zielten auf private Finanzierungen. Der Markt für den privaten Wohnungsbau wächst langsamer als bei Bauträgern und anderen Unternehmen. Insgesamt haben Bayerns Sparkassen bei der privaten Wohnungsbaufinanzierung einen Marktanteil von rund 35 %, womit sie Marktführer sind. „Am Horizont erkennen wir, dass das Zinsniveau wieder steigen wird. Am langen Ende werde der Zinsanstieg infolge des reduzierten EZB-Anleihekaufprogramms bereits jetzt sehr deutlich, sagte Schmautz. Da-

mit rückten die Themen Zinsänderungs-Risiko und Anschlussfinanzierung stärker in den Fokus. Bayerns Sparkassen seien aber in der Lage, langfristige Zinsbindungen von 25 und 30 Jahren abzudecken.

Unterschiedliche Entwicklung der Immobilienumsätze

Bei der „Sparkassen-Immo“ hat man festgestellt, dass seit Jahren verstärkt Kapitalanleger in Wohnimmobilien investieren. Im Trend, so Fraunholz, lägen Betreiberimmobilien wie Studenten- und Pflegeappartements. Die Investoren kämen aus dem In- und Ausland, wie z.B. Versicherungen, Pensionskassen und Fondsgesellschaften. Während das Transaktionsvolumen in Bayern fast unverändert geblieben ist, entwickelten sich die Immobilienumsätze in den Regierungsbezirken durchaus unterschiedlich. In Oberbayern, Mittelfranken und der Oberpfalz lagen sie nahezu auf Vorjahresniveau, in Schwaben legten sie um 3 % zu, in Oberfranken um 7 % und in Niederbayern sogar um 12 %. Nur in Unterfranken gab es einen Rückgang um 9 %. Mit 29 Mrd. Euro entfielen 56 % der bayerischen Gesamtumsätze auf Oberbayern. Allein der Anteil der Stadt München beträgt 28 % am gesamten bayerischen Marktvolumen.

Die Immobilienpreise haben sich 2017 im Durchschnitt um 9,4 % nach oben bewegt nach 11,8 % im Jahr 2016. Während im Neubau das Preisniveau offensichtlich an Grenzen stoße, sorgten vor allem die Gebrauchtimobilien für Preissteigerungen. Der bayernweit durchschnittlich erzielte Preis für ein gebrauchtes Haus ist im vergangenen Jahr auf 299.000 Euro angestiegen. In Stadtgebieten wie Regensburg, im Großraum München, am Tegernsee oder in Garmisch-Partenkirchen wurden in der Regel durchschnittlich mehr als 900.000 Euro fällig. In der Stadt München ist ein solches Objekt kaum unter 1 Mio. Euro zu haben.

Modellrechnung

Angesichts solcher Zahlen stellt sich die Frage, wer sich derartige Preise leisten kann. Die „Sparkassen-Immo“ hat dazu untersucht, wie sich die Durchschnittspreise der von ihren Maklern vermittelten Häuser und Wohnungen seit dem Jahr 2000 entwickelt haben. Danach sind nach rund zehn Jahren mit konstanten bis sogar leicht sinkenden Preisen diese seit 2009 insgesamt um 50 bis 57 % gestiegen. Daneben haben sich die Immo-Experten die Entwicklung des Zinsniveaus und der verfügbaren Einkommen angesehen. Im Jahr 2000 lag der Effektivzins für typische Wohnbaukredite mit zehnjähriger Zinsbindung noch bei durchschnittlich 6,7 %, aber 2017 nur noch bei 1,7 %. Damit ist das Zinsniveau seit dem Jahr 2000 um 75 % gesunken. Gleichzeitig hat sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Menschen in Bayern von 17.404 Euro im Jahr 2000 bis 2015 schon um 26 % auf 23.658 Euro erhöht.

In einer „vereinfachten Modellrechnung“ haben die Experten die Kaufpreisentwicklung und die Zinsentwicklung in Beziehung zu einander gesetzt mit folgendem Ergebnis: Würde 2000 ein Wohnbaudarlehen über 200.000 Euro mit 2 % Tilgung bei einem Zinssatz von 6,7 % abgeschlossen, führte das zu einer monatlichen Rate von 1.450 Euro. Nach 20 Jahren ergäben sich neben dem Kaufpreis Zinszahlungen von 147.050 Euro, so dass insgesamt ein Gesamtbeitrag von knapp 347.050 Euro für die Finanzierung aufgewendet werden müssten.

Zum Vergleich die Rechnung im

Jahr 2017: Jetzt sind wegen der gestiegenen Immobilienpreise 300.000 Euro zu finanzieren zu einem Zinssatz von 1,7 %. Die monatliche Rate soll wieder 1.450 Euro ausmachen. Nach 20 Jahren beträgt der Zinsaufwand für diese Wohnbaudarlehen lediglich 61.595 Euro. Der deutlich niedrigere Zinssatz ermöglicht eine höhere Tilgung, so dass der Gesamtaufwand nach 20 Jahren nur leicht höher als beim Kauf im Jahr 2000 wäre.

Immobilien bleiben erschwinglich

Fazit: Das historisch niedrige Zinsniveau bewirkt zusammen mit den höheren Einkommen, dass Immobilien auch im Jahr 2017 für viele Menschen noch erschwinglich sind. Fraunholz: „Dies gilt auch für Regionen, in denen die Immobilienpreise in letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen sind.“

Welche Entwicklungen sind in den kommenden Monaten zu erwarten? „Wenn die Rahmenbedingungen stabil bleiben, wird die Nachfrage von Eigennutzern und Kapitalanlegern hoch bleiben. Andererseits ist mit keinem spürbar höheren Angebot an Wohnimmobilien zu rechnen, denn die Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude stagniert bereits wieder. Auch das Angebot an Bestandsgebäuden bleibt seit vielen Jahren weitgehend konstant. Also bleibt die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiterhin angespannt“, resümiert Fraunholz. Es gibt aber Hinweise, dass sich der Anstieg der Immobilienpreise verlangsamt. Fraunholz erwartet heuer etwa 3 bis 5 %. Wegen dieser Zinsentwicklung steigen die Mieten seit einigen Jahren weniger dynamisch als die Kaufpreise. **dhg.**

Steigende Zinsen:

Mit dem richtigen Finanzierungsmix abgesichert

Die aktuelle Zinssituation ist für Bauherren und Immobilienkäufer günstig. Nachdem sich die Zinsen in den vergangenen Jahren auf einem historisch niedrigen Niveau bewegt haben, sind sie zuletzt wieder angestiegen – für Baudarlehen um 11 Prozent.

Wer zeitnah ein Eigenheim bauen oder kaufen möchte, sollte sich die derzeit noch günstigen Konditionen langfristig für seine Finanzierung sichern. Immerhin kletterten die Zinsen für Immobiliendarlehen mit zehnjähriger Laufzeit seit Jahresende 2017 von durchschnittlich 1,34 Prozent auf 1,50 Prozent jährlich.

Tragbare finanzielle Belastung realistisch einschätzen

Damit die Finanzierung der eigenen vier Wände auf einem sicheren Fundament steht, ist eine realistische Einschätzung der tragbaren finanziellen Belastung wesentlich. „Entscheidend ist eine gute Beratung, deren Ergebnis ein ausgewogener Finanzierungsmix ist. Dieser setzt sich in der Regel aus Eigenkapital, Bausparvertrag und klassischem Annuitätendarlehen zusammen“, sagt Thomas Thiet von der LBS.

Doch zunächst ist ein Überblick über die Gesamtfinanzierungssumme wichtig, denn neben dem Kaufpreis fallen sogenannte Kaufnebenkosten an. Dazu zählen die Grunderwerbsteuer, Notar-, Grundbuch und Maklerkosten. Sie können sich auf bis zu zwölf Prozent des Kauf- oder Baupreises summieren und sollten aus Eigenmitteln bezahlt werden können.

Als solide Basis sollten zusätzlich 20 Prozent der gesamten Finanzierungssumme als Eigenkapital vorhanden sein. Es empfiehlt sich außerdem, weitere 20 bis 30 Prozent mit einem Bausparvertrag abzudecken. Bei diesem steht der Darlehenszinssatz bereits bei Vertragsabschluss für die gesamte Laufzeit fest.

Darüber hinaus sind Sonderregelungen auf das Bauspardarlehen jederzeit und in beliebiger Höhe kostenfrei möglich. Die restlichen 50 bis 60 Prozent der Baufinanzierungssumme lassen sich beispielsweise über ein Annuitätendarlehen finanzieren.

Planungssicherheit

Eine individuelle Immobilienfinanzierung, die langfristig tragbar ist, sorgt für Planungssicherheit. Das ist gerade im derzeitigen Niedrigzinsumfeld wichtig. „Bereits ein Zinsanstieg um nur ein Prozent verteuert ein Darlehen um mehrere tausend Euro“, so Thiet. „Mit einem Bausparvertrag bauen künftige Eigentümer nicht nur gezielt das notwendige Eigenkapital für den Sprung in die eigenen vier Wände auf, sondern sichern sich auch die aktuell günstigen Konditionen für das spätere Bauspardarlehen.“ □



Morgen ist einfach.



sparkasse.de/morgen

Wenn man sich mit der richtigen Anlagestrategie auch bei niedrigen Zinsen Wünsche erfüllen kann.

Sprechen Sie uns an.

Wenn's um Geld geht



Handelsblatt Jahrestagung in Berlin:

Zukunftsstrategien für Sparkassen

In Zeiten turbulenter Finanzmärkte stellen Niedrigzins und Regulierung weiterhin die wichtigsten Herausforderungen für Sparkassen und Landesbanken dar. Neben der Analyse stand im Rahmen der Handelsblatt Jahrestagung in Berlin vor allem die Diskussion von Lösungsansätzen im Vordergrund. Motto der Konferenz: „Zukunftsstrategien für Sparkassen“.

In seiner Eröffnungs-Keynote wies Helmut Schlehweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) darauf hin, dass sich die Sparkassen-Finanzgruppe als Marktführer in Deutschland durch einen großen Anteil der Sparkassenkunden an der Gesamtbevölkerung und ihre hohen Bindungskräfte auszeichnet. Zu dieser Stärke gehöre aber auch ein hohes Maß an Verantwortung und die Aufgabe, die aktuelle Marktverankerung zu pflegen. Um besser zu sein als die Wettbewerber oder potenzielle Newcomer, sollten Sparkassen dabei weiterhin auf ihre Kundennähe als bedeutende Kernkompetenz setzen. Der größte Wunsch der Kunden dabei sei die Sicherheit.

Vermögensaufbau für alle

Hieraus lassen sich Schlehweis zufolge vier grundlegende Kundenwünsche ableiten, die als Anforderungen den Ausgangspunkt aller strategischen Überlegungen darstellen sollten. Konkret gehe es um zeitgemäßes, sicheres Bezahlen, zuverlässigen Vermögensaufbau und Vermögensschutz, um stabile Firmenkundenbeziehungen mit Fähigkeit zur Begleitung internationaler Geschäfte sowie um wirtschaftliche Dynamik in allen Teilen Deutschlands.

Als wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Sparkassen bezeichnete der DSGV-Präsident den „Vermögensaufbau für alle“, der insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Geldpolitik auch sozial politisch im-

mer wichtiger werde. Über das Privatkundengeschäft hinaus seien Sparkassen auch für den deutschen Mittelstand von entscheidender Bedeutung. Nachdem diese im Kreditneugeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen 2017 einen Rekord eingefahren haben, seien in diesem Bereich weiterhin starke Wachstumspotenziale zu erkennen.

Zusätzlich sei es das Ziel, die vorhandenen Angebote auszubauen und besser zu bündeln, um verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Grundlage der deutschen Wirtschaft sei dabei der sichere Kreislauf aus Einlagen und Krediten, der insbesondere in den Sparkassen erkennbar ist.

Vertrauen auf sichere Einlagen

„Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass die Sparer weiterhin auf die Sicherheit ihrer Einlagen vertrauen können. Da diese Sicherheit für Sparkassen vor allem durch die Institutssicherung gegeben ist, stehen Sparkassen einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung skeptisch gegenüber“, betonte Schlehweis.

Aus seiner Sicht können Sparkassen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes leisten. Die Wanderungsbewegung in die Ballungsräume treffe zuletzt auch die Finanzindustrie, die auf wirtschaftlich attraktive Regionen angewiesen ist. Einerseits könnten Sparkassen durch flächendeckende Beratung, eine umfassende Finanzinfrastruktur, digitale Angebote und starke Mittelstandsfinan-

zierungen die Attraktivität ländlicher Regionen stärken. Andererseits sei insbesondere für kleinere Institute Regulierung mit Augenmaß unerlässlich.

„Insgesamt zeigt sich die Stärke des Sparkassenverbandes in seiner einzigartigen Marktverankerung sowie den aktuellen Geschäftsergebnissen für das Jahr 2017 und diese Entwicklung soll auch für die kommenden Jahre weitergeführt werden“, stellte Schlehweis abschließend fest.

Laut Norbert Baumgärtner, Sprecher der Geschäftsführung DSGF Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH, stellen Standardisierung, Automatisierung und Industrialisierung die entscheidenden Meilensteine für einen erfolgreichen Digitalisierungsprozess dar. Während Standardisierung in diesem Zusammenhang Grundvoraussetzung für Digitalisierung ist, lägen aktuell für ungefähr die Hälfte der Abläufe einer Sparkasse Standardprozesse vor.

Effizienz- und Kostenvorteile

Gemeinsam mit den beiden Servicepartnern der Sparkassen-Finanzgruppe, der DSGF und dem S-Servicepartner, könnten diese Prozesse entwickelt, bereitgestellt und umgesetzt werden. In einem zweiten Schritt gehe es um die Automation dieser Prozesse, die im Verbund auch in Zusammenarbeit mit der Finanzinformatik effizient durchgeführt werden kann. Essentiell für den Erfolg sei hierbei auch, dass die Sparkassen den Mut haben, die zur Verfügung gestellten Applikationen als Standard einzusetzen. Darüber hinaus könnten durch zusätzliche Investitionen in die Technik über Skaleneffekte weitere Effizienz- und Kostenvorteile erzielt werden.

Über das Thema „Flexibili-

tät und Chancen durch das neue Produktionsmodell im Kreditmanagement der Sparkasse München“ referierte Dr. Bernd Hochberger, Vorstandsmitglied der Stadtparkasse München. Nach seinen Ausführungen wurde das Kreditgeschäft der Stadtparkasse München noch 2015 an drei verschiedenen Standorten und mit mehr als drei unterschiedlichen Kreditphilosophien und ohne zentrales Archiv abgewickelt. Mit der neuen prozessorientierten Organisationsstruktur seien die Mitarbeiterkapazitäten bis heute bereits um mehr als 10 % reduziert worden, während die Summe der Darlehenszusagen gleichzeitig von 3,35 Milliarden auf 4,1 Milliarden Euro gestiegen ist.

Entscheidend bei dem neuen Prozessdesign von Markt und Marktfolge nach industriellem Vorbild ist für Hochberger der große Anteil von standardisierten Aufgaben und der Anspruch, eine kontinuierliche Verbesserung in allen Teilbereichen zu etablieren. Zentrale Kennzahlen, die nicht nur Transparenz gewährleisten, sondern die Mitarbeiter darüber hinaus zu weiteren Verbesserungsvorschlägen motivieren, seien Produktivität, die Qualität der eingereichten Unterlagen und die Durchlaufzeit. Durch die Einführung der kennzahlenbasierten Steuerung könnten die Kosten mit diesem neuen Produktionsmodell nachhaltig gesenkt werden.

Sparkassenfusion

Werner Frieß, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Ansbach, informierte darüber, dass mit der Fusion der drei Sparkassen Ansbach, Dinkelsbühl und Rothenburg eine neue Sparkasse mit 45 Geschäftsstellen und 661 Mitarbeiterkapazitäten entstanden sei. Die Fusion könne helfen mit den Vorurteilen aufzuräumen, dass Fusionen sehr hohe Kosten verursachen und der Erfolg sich erst mittelfristig einstellt.

Zusätzlich zu den aktuellen Herausforderungen Niedrigzinsumfeld, Regulierung, Digitalisierung und dem veränderten Kundenverhalten sei die Fusion nach ersten Gesprächen und dem Abschluss des Fusionsvertrages im Juli 2016 bis zum Abschluss im Dezember 2017 erfolgreich umgesetzt worden. Die größte Schwierigkeit sei wider Erwarten gewesen, die unterschiedlichen Unternehmenskulturen der drei Häuser zu einer Einheit zusammenzubringen. Die wichtigsten Erfolgsfaktoren für die Fusion waren dabei eine intensive Kommunikation, nicht nur mit dem Personalrat, sondern mit jedem einzelnen Mitarbeiter und zudem die Vereinheitlichung der Prozesse, in einem ersten Schritt vor allem aus praktischer Sicht.

Neue Einheit

Darüber hinaus wurden laut Frieß alle Mitarbeiter in unterschiedlichen Arbeitsgruppen und in gemeinsamen Treffen so integriert, dass eine neue Einheit entstehen kann. Dazu gehöre auch die Förderung des kulturellen Wandels, indem eine gemeinschaftliche Leitkultur mit neuen Schwerpunkten etabliert wird. Auch wurden Einheiten sinnvoll gebündelt, beispielsweise in einer Abteilung mit der Verantwortung für alle digitalen Kanäle, die die Digitalkompetenz für die Gesamtparkasse vereint. Frieß: „Als Lessons learned für eine mögliche weitere Fusion sollten Mitarbeiter in jedem Fall frühzeitig und umfassend eingebunden und dabei Übergangslösungen vermieden werden. Neben einer stringenten Umsetzung des Zeitplans sollten zukünftig vor allem kulturelle Unterschiede noch stärker berücksichtigt werden.“

Mit dem Thema „Konkurrenz wartet nicht – Wettbewerbsfä-

higkeit und Regulierung zusammen denken“ befasste sich Iris Bethge, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB). Als die vier Herausforderungen des „New Normal“ nach Ausbruch der Finanzkrise nannte sie weiterhin den zunehmenden Druck auf Erträge, die Regulierung, die geforderte, erhöhte Flexibilität und die Digitalisierung. Die wichtigsten Antworten auf diese Herausforderungen seien Fokussierung, Stabilität, Effizienz und die Fähigkeit, vom Kunden aus zu denken.

Funktionierende Aufsicht

Mit Blick auf die regulatorischen Anforderungen, deren Umsetzung sowohl Budget als auch Personal bindet, seien Zusammenarbeit und eine Konzentration auf wesentliche Aspekte von entscheidender Bedeutung. Eine funktionierende Aufsicht sollte darüber hinaus genauso ökonomisch agieren, wie die Institute selbst, hob Bethge hervor.

Bilanzpressekonferenz der Stadtparkasse Augsburg

Stabil auf Wachstumskurs

Die Stadtparkasse Augsburg konnte den Herausforderungen in 2017, trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen, sportlich begegnen und ein gutes Ergebnis erzielen. Eine stabile Entwicklung im Kredit- und Einlagengeschäft stellt die Basis dar, um sich weiterhin erfolgreich im Markt zu behaupten.

„Wir stellen uns mit unserem Geschäftsmodell jeden Tag auf Neue auf die Gegebenheiten ein, gleichzeitig haben wir die Zukunft fest im Blick“, erklärt Rolf Sattelmeyer, Vorstandsvorsitzender. „Für unsere Kunden möchten wir am Puls der Zeit sein, unsere Multikanalangebote optimieren wir ständig. Wir sind z. B. die ersten, die Instant Payment real anbieten. Seit Dezember letzten Jahres können Sparkassenkunden mit „Kwitt“ Geld von Handy zu Handy in Echtzeit senden. Das ist jetzt so einfach wie eine SMS schicken. Im Sommer starten wir unser Voicebanking, hier ist die Stadtparkasse Augsburg heute bereits in der Pilotierung und damit bundes- und bayernweit Vorreiter.“

Vor dem Hintergrund der insgesamt guten konjunkturellen Entwicklung in Deutschland stellen Niedrigzinspolitik, Regulierung und Digitalisierung weiterhin große Herausforderungen dar. Darauf hat sich die Stadtparkasse schon seit längerem eingestellt und nicht unerhebliche Investitionen getätigt. Das Kundengeschäftsvolumen - Kundeneinlagen und -ausleihungen sowie Wertpapieranlagen - konnte auf über 9 Milliarden Euro gesteigert werden.

Geschäfts- und Ertragsituation

Erfreulich ist, dass trotz des herausfordernden Umfeldes die Bilanzsumme um 1,7 Prozent auf 5.791 Mio. Euro angewachsen ist.

Der Zinsüberschuss gab weiterhin, auch ein leicht gestiegener Provisionsüberschuss konnte nicht ausgleichend wirken. Während der Personalaufwand konstant blieb, erhöhte sich der Verwaltungsaufwand gegenüber dem Vorjahr, u.a. aufgrund von Investitionen in eigene Gebäude und höheren Kosten für die Instandhaltung und Wartung von SB-Geräten. Der Einbau modernster Antiskimming Module war eine Investition in die Sicherheit unserer Geldautomaten. Wir bieten unseren Kunden einen hohen Sicherheitsstandard.

Die Stadtparkasse weist ein Betriebsergebnis nach Bewertung von über 55 Mio. Euro aus. Die gewinnabhängigen Steuern betragen 18,4 Mio. Euro - die Kämmerer von Augsburg und Friedberg können zufrieden sein.

Die SSKA steigerte in 2017 ihr bilanzielles Kernkapital wiederum und ist mit einer Kernkapitalquote von 18,4 % gut auf die wachsen-

Vor dem Hintergrund der internationalen Wettbewerbssituation sollte bei der Umsetzung von Basel IV sichergestellt werden, dass keine Wettbewerbsnachteile für europäische Banken entstehen.

Erstarkte Landesbanken

Während grundsätzlich auf eine weltweit einheitliche Umsetzung diese Anforderungen hingearbeitet werden sollte, könne dies auch bedeuten, angemessen auf sinkende Regulierungsstandards zu reagieren, um ein faires regulatorisches Umfeld sicherzustellen, so Bethge. Für die fünf Landesbanken gelte, dass diese zu alter Stärke zurückgefunden haben und damit elementarer Bestandteil des Finanzplatzes Deutschland sind. Mit einem globalen Level-Playing-Field und ohne weitere Zusatzbelastungen durch die Bankenregulierung als Basis sollten Banken auf die Herausforderungen ihrer Branche aktiv reagieren und langfristig ertragreich agieren können. DK

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Die 11 schwäbischen Sparkassen ziehen Bilanz:

Solide gewirtschaftet

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung des Sparkassen-Bezirksverbandes Schwaben präsentierte der Vorsitzende Leo Schrell (Landrat Dillingen) zusammen mit Bezirksobmann Walter Pache (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Günzburg-Krumbach) die vorläufigen Bilanzzahlen für das Geschäftsjahr 2017. „Die 11 schwäbischen Sparkassen haben mit ihrem nachhaltigen, auf die Region ausgerichteten Geschäftsmodell ihre Marktposition gestärkt und gefestigt“, resümierte der Bezirksvorsitzende Leo Schrell.

Die Sparkassen haben sich trotz wirtschaftlich schwierigen Bedingungen wie Niedrigst- und Negativzinspolitik, nach wie vor hohem Regulierungsdruck und der beschleunigten Digitalisierung gut geschlagen.

Sie haben ein überzeugendes Ergebnis erwirtschaftet und schlossen das Geschäftsjahr 2017 erfolgreicher ab als erwartet. Sie bewiesen Anpassungsfähigkeit und sind erneut schlanker und effizienter geworden. „Wir sind im Hinblick auf die weiterhin bestehenden Herausforderungen zuversichtlich“, erläuterte der Bezirksobmann Walter Pache. Dabei profitierten die Sparkassen auch von einer positiven Grundstimmung in der lokalen Wirtschaft und dem guten Konjunkturverlauf in der Region.

Markterfolg gibt Geschäftsmodell Recht

Die Geschäftsvolumina bei Einlagen und Kredite sind weiter gewachsen. „Dieser Markterfolg gibt unserem Geschäftsmodell Recht“, so Pache. Das ist das Ergebnis umsichtiger und professioneller Arbeit von 5.163 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Sparkassen sind in ihrer Geschäftspolitik auf Geschäftsfelder ausgerichtet, die einen örtlichen Bezug haben, insbesondere auf den Mittelstand, das Handwerk, die Landwirtschaft, die Kommunen und das breite Privatkundengeschäft. Mit ihren Leistungen unterstützen und sichern sie die ausgezeichnete Wirtschaftslage in der Region ab.

Die 11 Sparkassen im Regierungsbezirk Schwaben konnten ihre Bilanzsumme erneut steigern. Mit nunmehr 27,5 Mrd. Euro liegt die Bilanzsumme um 422 Mio. Euro (+1,6 %) über dem Vorjahreswert.

Kreditgeschäft

Das Kreditgeschäft erreichte im abgelaufenen Jahr mit 318 Mio. Euro ein Plus von 1,8 % und damit ein Kreditvolumen von 18,2 Mrd. Euro. Dabei konnte allein das Kreditvolumen von Unternehmen und Selbständigen um 2,8 % (259 Mio. Euro) auf 9,5 Mrd. Euro gesteigert werden. Die Entwicklung geht auf die insgesamt gute Konjunkturlage zurück, die das anhaltend niedrige Zinsniveau begünstigte und auch 2017 die Investitionstätigkeit der Unternehmen in der Region unterstützte. Dies ist sehr erfreulich und zeigt die tiefe und weiter zunehmende Verwurzelung der schwäbischen Sparkassen im mittelständischen Firmenkundengeschäft.

Die Darlehenszusagen 2017 betragen insgesamt 3,4 Mrd. Euro. Davon wurden an Unternehmen und Selbständige knapp 2 Mrd. Euro (Vorjahr 1,9 Mrd. Euro) zugesagt. Das entspricht einer Steigerung von 1,7 %. Damit zeigten die schwäbischen Sparkassen in besonderer Weise Verantwortung für die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft und der Menschen in der Region.

Das Kreditvolumen im Privatkundenbereich erhöhte sich um 1,2 % (87 Mio. Euro) auf 7,3 Mrd. Euro. Die Darlehenszusagen im Privatkundenbereich lagen bei 1,38 Mrd. Euro (Vorjahr 1,43

Mrd. Euro). Hier wirken sich erste Bremspuren bei den privaten Wohnungsbaukrediten aus. Dennoch wird Wohneigentum nach wie vor als wertstabile und inflationssichere Investition angesehen und zählt zu den bevorzugten Möglichkeiten der Altersvorsorge.

Einlagen

Trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus sind die Kundeneinlagen nochmals kräftig auf 21,2 Mrd. Euro angestiegen, das ist eine Steigerung von 2,3 % gegenüber dem Vorjahr. Der Zuwachs resultiert in erster Linie aus Sichteinlagen von Privatkunden. Bei diesen jederzeit verfügbaren Einlagen konnte mit rund 14,5 Mrd. Euro ein Plus von 5,1 % erreicht werden. Die klassische Spareinlage erreichte ein Volumen von rund 6,1 Mrd. Euro, das sind 0,8 % weniger als im Vorjahr.

2017 haben die Kunden erneut mehr Wertpapiergeschäft bei den schwäbischen Sparkassen abgewickelt. Die Wertpapierumsätze lagen bei 3,2 Mrd. Euro (Vorjahr 2,4 Mrd. Euro). Das ist eine sehr erfreuliche Steigerung von 29,7 %. Es konnte ein Wertpapier-Nettoabsatz von 238 Mio. Euro (Vorjahr 169 Mio. Euro) erreicht werden.

Die Sparkassen raten nach wie vor zum regelmäßigen Wertpapiersparen. Schon die kleinsten monatlichen Anlagebeträge tragen dazu bei, Renditen zu erzielen, die die Kunden dringend für ihre Altersvorsorge benötigen.

Versicherungen

Im Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern deckt die Versicherungskammer Bayern den gesamten Bedarf der Kunden an Versicherungen ab. Insgesamt wurde im Bereich Lebensversicherung eine Beitragssumme von 234 Mio. Euro vermittelt. Das entspricht einem Rückgang im Neugeschäft von 9,7 %. Die Lebensversicherungen sind allerdings nach wie vor gefragt. Sie stellen eine optimale Lösung im Spannungsfeld zwischen Risikoabsicherung und Kapitalbildung für das Alter dar. Der Bestand der Sachversicherungsverträge erhöhte sich dagegen um 12,5 %.

Bausparen

Mit der Bayerischen Landesbausparkasse LBS verfügen die Sparkassen in Schwaben über einen erfahrenen und kompetenten Partner bei der Immobilienfinanzierung. „Bausparen macht gerade jetzt Sinn“, so Walter Pache. Bei den regelmäßigen Sparleistungen gilt es als feste Größe und ist bei der Inanspruchnahme des Bauspardarlehens eine Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit – in der jetzigen Phase gute Argumente auf dem Weg zu privatem Wohneigentum. Die Summe der neu vermittelten Bausparverträge in Schwaben beträgt 888 Mio. Euro (Vorjahr 837 Mio. Euro). Dahinter stehen 16.823 neue Verträge.

Rentabilität

Die Geschäftsentwicklung zeigt, dass die schwäbischen Sparkassen weiter wachsen. Allerdings bleibt der Zinsüberschuss in Fol-

ge der Niedrigst- und Nullzinsen weiter rückläufig und hat sich 2017 um 25 Mio. Euro auf 485 Mio. Euro reduziert. Die Zinsspanne ging von 1,91 % auf 1,80 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) zurück.

Als Hauptertragsquelle der Sparkasse ist der Zinsüberschuss die zentrale Größe, die über den Erfolg des Geschäftsjahres bestimmt. Während das operative Geschäft weiter wächst, belastet in diesen Jahren der Rückgang des Zinsüberschusses den wirtschaftlichen Erfolg empfindlich.

Diese Entwicklung dürfte sich in den kommenden Jahren noch verschärfen, so dass es auf Dauer schwierig sein wird, das über andere Ertragsquellen und Kostensenkungen vollständig aufzufangen.

2017 erzielten die schwäbischen Sparkassen ein Betriebsergebnis vor Bewertung mit 244 Mio. Euro (Vorjahr 248 Mio. Euro) oder 0,90 % der DBS. Damit liegen sie leicht unter dem Wert des Vorjahres (0,93 %). Schwaben ist aber noch über dem Durchschnitt der bayerischen Sparkassen (0,88 %). Das Betriebsergebnis nach Bewertung (ohne Vorsorgereserven) verbesserte sich von 0,96 % auf 1,00 % der DBS (Vergleichswert bayernweit: 0,95 %).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft bleibt auf dem Vorjahreswert von +0,06 % der DBS. Die Risikovorsorge bei Beteiligungen verbesserte sich auf +0,06 % der DBS (Vorjahr -0,03 %). Der Vergleichswert bayernweit liegt bei +0,07 %.

2018 wird ein Jahr sein, in dem

die Sparkassen wesentliche Innovationen einführen werden. „Derzeit und auch künftig ist die Digitalisierung der alles bestimmende Treiber. Das betrifft nicht nur Apps und andere Möglichkeiten des Modern Banking. Die Digitalisierung bedeutet für uns alle einen tiefgreifenden Kulturwandel, bei dem es nicht nur darum geht, Prozesse zu optimieren. Die Innovationskraft ist hier entscheidend. Trotzdem müssen wir nicht alles machen, was technisch möglich ist“, so Pache.

Ausblick

„Mit einem insgesamt soliden Ergebnis 2017 blicken die schwäbischen Sparkassen zuversichtlich in die Zukunft. Sie sind gut gewappnet und nehmen die weiteren Herausforderungen an“, so Leo Schrell. Dennoch ist es weiterhin notwendig, den Fokus auf Kostendisziplin und die Weiterentwicklung der digitalen Services zu richten. Die Tendenz zu erhöhten aufsichtlichen Kapitalanforderungen wird sich fortsetzen. „Wichtig ist, dass Eigenmittel aufgebaut werden. Damit sichern wir uns unsere künftige Leistungsfähigkeit für den Mittelstand“, so Walter Pache.

Obwohl die Regularien von Basel III den Wettbewerb nicht einfacher machen, können sich die Kunden weiterhin auf das umfassende und hochwertige Leistungsangebot der Sparkassen verlassen. „Die Kunden vertrauen uns heute und sie können sich darauf verlassen, dass wir als ihre Sparkasse auch in Zukunft der richtige Finanzdienstleister für sie sind“, betonte Pache. Zusammen mit unseren Kunden sind wir „Gemeinsam allem gewachsen“!

Fachtagung der Sparkassenstiftungen in Berlin:

Stiftungen bewegen die Gesellschaft

Zum gemeinsamen Austausch trafen sich Vertreter der Sparkassenstiftungen zur Stiftungsfachtagung 2018 in Berlin. Die Sparkassen und ihre Verbundpartner förderten im vergangenen Jahr gemeinwohlorientierte Projekte mit 448 Mio. Euro. Dieses Engagement kommt den Menschen in allen Regionen in Deutschland zugute.

„Den Sparkassen und ihren Verbundpartnern ist es gelungen, ihr Förderengagement über die letzten Jahre auf einem sehr stabilen und hohen Niveau zu halten. Das gemeinwohlorientierte Engagement zeichnet sich durch Verlässlichkeit und Stabilität aus“, erklärte Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Die Anzahl der Sparkassen-Stiftungen erhöhte sich im vergangenen Jahr auf nunmehr 748, die ein Stiftungskapital von 2,6 Mrd. Euro aufweisen und fast 76 Mio. Euro ausschütteten.

Drei Projekte von Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe wurden bei der Fachtagung durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband mit dem DAVID ausgezeichnet. Dieser Preis ist kleineren Stiftungsprojekten gewidmet, die mit begrenzten Budget einen vorbildlichen Beitrag für das Gemeinwohl ihrer Region leisten.

In der Kategorie „Operatives Projekt“ wurde die Gemeinnützige Sparkassenstiftung zu Lübeck gewürdigt. Mit ihrem Projekt „Bienenführungen im Lübecker Stadtgarten“ reagiert die Stiftung auf eine drängende Problematik unserer Gegenwart: das Sterben der Bienen.

Mit ihrer „Ferienfreizeit Kiez Friedrichsee 2017“ wurde die Stiftung der Sparkasse Wittenberg in der Kategorie „Gefördertes Pro-

jekt“ geehrt. Mit diesem Projekt ermöglichte die Stiftung Kindern aus sozial benachteiligten Familien des Landkreises einen einwöchigen Aufenthalt in einem Ferienlager. Organisiert wurde dies durch den regionalen Verein Kinderland Sorglos e.V., der ein abwechslungsreiches Programm aus Erholung, Sport und Bildungsangeboten bietet.

Der Sonderpreis des DAVID-Wettbewerbs wurde in diesem Jahr der Sparkassenstiftung Starckenburg für ihr Projekt „Stadtgeschichte zum Anfassen: Altstadt-Quartett“ verliehen. Dabei geht es um Spiel, Spaß, Stadterkundung und Heimatverbundenheit. Kern des Projekts: Ein Kartenspiel, das sich auf ein bereits 2016 von der Stiftung gefördertes Bronzemodell in der Altstadt bezieht und Kindern und Erwachsenen ausgewählte Gebäude nahebringt.

In 16 Fachthemen-Sitzungen, die sich mit sämtlichen Bereichen der Stiftungsorganisation befassen (Recht, Steuern, Vermögensanlage, Kommunikation, etc.), hatten die Teilnehmer wieder die Möglichkeit, sich über spezielle Themen umfassend zu informieren und zu diskutieren. Außerdem gingen die Fachthemen-Sitzungen auch auf die spezifische Beziehung von Sparkassen und Stiftungen ein. **DK**

Besser gleich auf Synergien setzen!

Bürgerservice groß geschrieben.



Rollen Sie für Ihre Bürger den roten Teppich aus

Um alle gängigen Bürgeranliegen serviceorientiert und in einheitlicher Arbeitsumgebung abwickeln zu können, reichen Insellösungen einfach nicht mehr aus. Der SYNERGO®-Arbeitsplatz sorgt für digitale Synergien und bringt die vielen Vorteile einer neuen Generation von Fachverfahren dort zusammen, wo sie gebraucht werden: im Bürgerbüro.

www.akdb.de

Jetzt die neue SYNERGO®-Produktgeneration entdecken!

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Neubau und Sanierung von Schulen:

Vorgezogener Baubeginn ist möglich

Immer mehr Menschen wollen in Bayern leben. Das führt auch zu deutlich steigenden Schülerzahlen. „Der Freistaat Bayern ist ein starker Partner seiner Kommunen und unterstützt sie beim Aus- und Neubau von Schulen. Wir wollen, dass Kommunen mit ihren Baumaßnahmen für Schulen möglichst schnell beginnen können“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit.

Der Freistaat genehmigt in diesem Jahr kommunale Schulbaumaßnahmen im Kostenumfang von rund 1,5 Milliarden Euro. „Das Volumen für einen vorgezogenen Baubeginn wurde bayernweit um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich angehoben. Mit dem Neubauvolumen können die Kommunen damit bereits heuer mit Bauvorhaben beginnen, für die eine staatliche Förderung erst ab 2019 oder 2020 vorgesehen ist. Bayerns Kommunen haben gerade viele komplexe Herausforderungen zu bewältigen. Der Freistaat Bayern unterstützt sie dabei bestmöglich“, betonte Füracker.

Mit dem freigegebenen Volumen wird der vorzeitige Baubeginn für Schulneubauten, Generalsanierungen, Erweiterungen und energetische Sanierungen möglich. Davon profitieren sowohl Schüler und Schülerinnen als auch die Bauwirtschaft.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen:

CSU und SPD fordern Konzept für bedarfsgerechte Ganztagsbildung

In einem gemeinsamen Stadtratsantrag beauftragen CSU- und SPD-Fraktion im Münchner Rathaus das Referat für Bildung und Sport, gemeinsam mit dem Freistaat Bayern Strukturen und Konzepte für eine hochwertige und bedarfsgerechte Ganztagsbildung im Grundschulbereich zu entwickeln. Da die Bundespolitik die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder plant, ist die Landeshauptstadt frühzeitig aufgefordert, ihr Betreuungssystem dahingehend anzupassen.

Die bewährten schulischen Betreuungsangebote, wie gebundene Ganztagschule, offene Ganztagschule, Mittagsbetreuung, Hort und Tagesheim, sollen deshalb mit Angeboten der Jugendhilfe kombiniert werden. In Modellversuchen sollen Schulen und Jugendhilfeakteure als Ganztagskooperationspartner gemeinsam hochwertige Ganztagsbildung ausprobieren.

Für verlässliche Angebote

CSU-Stadträtin Beatrix Burkhardt, bildungspolitische Sprecherin der CSU-Fraktion, sagt: „Die Zusammenarbeit aller Akteure – Kultusministerium, Sozialministerium, Referat für Bildung und Sport sowie Sozialreferat – ist notwendig, um die sehr unterschiedlichen Ansprüche von Eltern und Kindern umzusetzen. Die Eltern brauchen verlässliche und flexible Angebote für eine tägliche Betreuung ihrer Kinder bis 18 Uhr, auch an Freitagen und in den Ferien. Wir wollen in München keine reine Nachmittagsverwahrung, sondern eine pädagogisch wertvolle und abwechslungsreiche Betreuung anzubieten. Wir haben bereits eine stark ausdifferenzierte Infrastruktur an etablierten Ganztagsangeboten, die wir zu diesem Zweck ausbauen und mit Angeboten der Jugendhilfe kombinieren wollen. Dieses

Kommunen können nun bei Bedarf von den zuständigen Bezirksregierungen die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn für kommunale Schulbaumaßnahmen erhalten.

Kommunalfreundlicher Staatshaushalt

Die Fördermittel für den kommunalen Hochbau sind Bestandteil des unverändert kommunalfreundlichen bayerischen Staatshaushalts, in dem jeder vierte Euro für Gemeinden, Landkreise und Bezirke vorgesehen ist. Der kommunale Finanzausgleich weist 2018 mit über 9,5 Milliarden Euro erneut ein Rekordvolumen auf. Ein Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Für die Förderung des kommunalen Hochbaus stehen 2018 insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Projekt ist notwendig, um weitere Aspekte durch praktische Umsetzung zu erkennen und alle Bildungsakteure beim Entstehungsprozess mit ihren Erfahrungen zu beteiligen.“

Leistungsfähige Stadt

SPD-Stadträtin Birgit Volk, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, betont: „Die Stadt leistet sehr viel, damit Münchens Kinder und Jugendliche die bestmögliche Bildung mit individueller Förderung erhalten. Wir wollen das auch im Bereich der Ganztagsbildung erreichen.“

Das ist eine Herausforderung, weil es zwar viele verschiedene Angebote wie gebundene oder offene Ganztagschule, Mittagsbetreuung oder Hort und Tagesheim gibt, aber gemeinsame Strukturen und Konzepte fehlen. Diese sollen das Referat für Bildung und Sport und der Freistaat nun gemeinsam entwickeln. Mit Modellversuchen wollen wir die besten Wege zur Zusammenarbeit von Schulen und Akteuren der Jugendhilfe finden. Wir nehmen die Stärken der bisherigen Angebote und führen sie zusammen. Ganztagsbildung fördert Chancengleichheit, darum sind ein entsprechendes Angebot und hohe Qualität der SPD-Stadtratsfraktion so wichtig.“



Staatsministerin Ilse Aigner, MdL, bayerische Bauministerin und Stellvertretende Ministerpräsidentin, will zusammen mit der Bauindustrie neue Wege gehen.

Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie

BBIV-Präsident Josef Geiger: „Deutschland geht es gut. Wir sollten zufrieden sein.“

Mit einem Lob für die bayerische und die Bundespolitik begann BBIV-Präsident Dipl.-Ing. Josef Geiger seine Rede beim Unternehmertag 2018 in München. Das Wohl unseres Landes habe auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung im Sinn. „Dort steht viel Gutes für Deutschlands Zukunft drin“, so Geiger.

Dass es der Bauwirtschaft in Bayern so gut geht wie derzeit, sei auch ein Verdienst des früheren Bundesverkehrsministers Alexander Dobrindt. Der Investitionshochlauf von 10 auf 14 Mrd. Euro, der eingeleitete Übergang von der Haushalts- zur Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die damit erreichte Zweckbindung der Mittel aus der Lkw-, der künftigen Pkw-Maut sowie der öffentlichen Haushaltsmittel, seien große und dauerhafte Erfolge Dobrindts.

Probleme bestünden aber bei der Umsetzung der politisch beschlossenen und finanzierten Vorhaben auf der Ausführungsebene. Dort würde manchmal nur zögerlich gehandelt. Insbesondere müssten schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren angestrebt werden.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

In der Pflicht sei der Staat auch bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Wenn staatliche Auflagen, wie die energetischen Anforderungen, bei der Deponierung von Bauabfällen und beim Lärmschutz, das Bauen massiv verteuern, dann kann es kaum gelingen, Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zu schaffen, so Geiger. Vor allem müssen wir hier neue Wege gehen und moderne Vertragsformen sowie industrielle Baumethoden einsetzen, sagte der BBIV-Präsident: „Digitale Methoden, Planen und Bauen aus einer Hand – so sieht der Erfolgsweg in die Zukunft aus.“

Offen für neue Wege

Offen für neue Wege in die Zukunft zeigte sich auch Ilse Aigner, seit einigen Wochen erste Bayerische Bauministerin. „Wohnen, Bauen und Verkehr gestalten die Zukunft und sind entscheidend für den Erfolg Bayerns. Wir setzen jährlich ein Bauvolumen von insgesamt 9 Mrd. Euro um“, betonte Aigner: „Unser Ziel

ist die Verstärkung auf hohem Niveau.“ Sehr zufrieden zeigte sich die Staatsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin damit, dass bei der Neuordnung des Bundesfernstraßenbaus die bewährten bayerischen Strukturen erhalten bleiben.

Stolz auf die Bauindustrie

Auf die Bauindustrie könne Deutschland und Bayern stolz sein, so der Festredner des Unternehmertages, Alexander Dobrindt, Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. „Die Unternehmer dürfen von der Politik einfordern, dass sie die Rahmenbedingungen für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln schafft“, so Dobrindt. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft sei der beste Weg dazu.

Nachdem die öffentlichen Bau- und Verkehrshaushalte mittlerweile deutlich besser ausgestattet seien als vor einigen Jahren, sind die Planungsverfahren und ihre Dauer der limitierende Faktor. „Nach dem gelungenen Investitionshochlauf ist die nächste Herausforderung die Planungsbeschleunigung“, erklärte Dobrindt. „Wie in Bayern sollte es auch im Bund ein Ministerium für die Infrastruktur geben, „Die Infrastruktur ist die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs.“

Wohnungswirtschaft:

Geplante Grundgesetzänderung für den sozialen Wohnungsbau wird begrüßt

Die Bundesregierung plant laut Medienberichten, den sozialen Wohnungsbau mithilfe einer Grundgesetzänderung auch nach 2019 zu unterstützen. „Wir begrüßen dieses Vorhaben ausdrücklich. Damit würde eine zentrale Forderung der Wohnungswirtschaft umgesetzt“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

Preiswerter Wohnraum kann angesichts der angespannten Lage in vielen Großstädten nur gewährleistet werden, wenn der Bund nach dem Auslaufen der Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung auch weiterhin die Länder unterstützen kann. Dafür soll nach den Plänen des Bundesfinanzministeriums ein neuer Artikel 104d geschaffen werden. „Die Grundgesetzänderung wäre ein großer Erfolg für die Wohnungswirtschaft und für die Mieter in Deutschland. Der soziale Wohnungsbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb muss sich der Bund im Zusam-

Bauleitplanung in Kommunen verbessern

CSU-Politiker um Landtagsabgeordneten Florian Hölzl im Austausch mit Leipfinger-Bader

Vatersdorf. Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Florian Hölzl haben sich rund 30 CSU-Kommunalpolitiker aus der Region am Hauptsitz der Leipfinger-Bader Ziegelwerke (LB) in Vatersdorf bei einem wirtschaftspolitischen Gespräch über die aktuelle Lage des heimischen Mittelstands in der Baubranche informiert. Die Bürgermeister, Kreis- und Gemeinderäte tauschten sich mit LB-Inhaber Thomas Bader unter anderem darüber aus, wie die Bauleitplanung in Kommunen verbessert werden könnte, damit wichtige Wohnungsbauprojekte zügig umgesetzt werden können.

In der Theorie sollte eine Bauleitplanung in Städten und Gemeinden etwa sechs Monate dauern, erklärte Bader. In der Praxis ziehe sich ein solches Verfahren oft mehrere Jahre hin. „Das kann man den Menschen in unserer Region, wo bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird, nicht mehr zumuten. Hier muss die Bauverwaltung eingreifen.“

Unternehmen der Bauwirtschaft bleiben bei Investitionen zurückhaltend

Weil trotz eines vielbeschworbenen Baubooms ein Großteil der Genehmigungsverfahren nur mühsam abgeschlossen werden könne, bleiben laut Bader viele Unternehmen der Bauwirtschaft zurückhaltend bei Investitionen in mehr Kapazität: „Darum liegt die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft im Landkreis Landshut aktuell mit rund 5.000 Menschen auch nur auf dem Niveau von 2013 – nach einem zwischenzeitlichen Rückgang auf rund 4.000 Personen.“

Darum hoffe die Baubranche nun auf positive Signale aus dem neu geschaffenen bayerischen Bauministerium, sagte Bader. Mehr Stabilität für die Bauwirtschaft brächten zum Beispiel steuerliche Regelungen, die den Verkauf von Baugrund für Landwirte attraktiver machen. Außerdem solle den Bauherren die Ent-

scheidung überlassen werden, mit welchen Technologien und Baustoffen die Energieeinsparvorgaben erreicht werden. „Das würde Genehmigungsverfahren beschleunigen, das Bauen günstiger machen und damit den angespannten Wohnungsmarkt zügiger entlasten.“

Landtagsabgeordneter Florian Hölzl ging auf die Fachkräftegewinnung und Ausbildung im Mittelstand ein. Mit dem Pakt für Berufliche Bildung habe der Freistaat kürzlich ein wichtiges Zeichen für die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung gesetzt. „Der Meisterbonus wurde auf 1.500 Euro pro Jahr erhöht und zusätzliche Gelder für Investitionen in Berufsbildungseinrichtungen wurden zur Verfügung gestellt“, führte Hölzl weiter aus.

Kreishandwerksmeister Alfred Kuttelochner betonte die Notwendigkeit, dass das Handwerk aktiv für sich werbe. „Wir wollen Mint-Werkstätten in die Fläche bringen und somit den Kindern spielerisch das Handwerk näher bringen. Dafür brauchen wir politische Unterstützung.“

CSU-Kreistagsfraktionsvorsitzender Josef Haselbeck und sein Stellvertreter Florian Hölzl sagten in diesem Zusammenhang zu, dass die CSU-Kreistagsfraktion dieses wichtige Thema aufgreifen und politisch forcieren werde.



LB-Inhaber Thomas Bader (Mitte) führte die CSU-Kommunalpolitiker um MdL Florian Hölzl (Dritter von links) über das Werksgelände und diskutierte mit ihnen Möglichkeiten, das Bauen in Städten und Gemeinden günstiger und schneller zu machen.

Spaltung verhindern

Jährlich brauchen wir eine Neubauleistung von 80.000 Sozialwohnungen. Dafür müssen mindestens 3 Mrd. Euro aufgewendet werden, je zur Hälfte von Bund und Ländern. Insbesondere ist hier neben Darlehen dringend auch eine Zuschussvariante notwendig. Wenn der Bund nun die Möglichkeit erhält, sich weiter für den sozialen Wohnungsbau zu engagieren, müssen auch die Länder nach 2019 der ihnen

übertragenen Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung nachkommen und weiterhin für diesen Zweck Finanzmittel in ausreichender Höhe bereitstellen. Die geplante Zweckbindung der Mittel ist deshalb unabdingbar und ebenfalls sehr zu begrüßen.

„Die Grundgesetzänderung könnte eine drohende Wohnungspolitische Spaltung zwischen armen und reichen Ländern verhindern“, so Gedaschko. Denn aufgrund der Schuldenbremse wäre es den Ländern allein kaum möglich, genügend Mittel für den sozialen Wohnungsbau aufzubringen. Sehr positiv bewertet die Wohnungswirtschaft auch das zügige Anstoßen dieser notwendigen Regelung durch die neue Bundesregierung. „Nun kommt es darauf an, dass die Grundgesetzänderung rasch beschlossene Sache wird“, so der GdW-Präsident.

Hydraulische Hebevorrichtung zum Aufstellen des Mal-Baums

- ➔ Einzigartig sicher und gefahrlos
- ➔ Einfache, sichere, und leicht bedienbare Technik.
- ➔ Leichtes Aufstellen/Umliegen
- ➔ Statischer Nachweis für Vorrichtung und Fundament
- ➔ Gefertigt nach DIN EN 1090 EXC 2 für tragende Stahlbauteile
- ➔ Die Hydraulik kann auch für mehrere Hebevorrichtungen genutzt werden.

Zu sehen ist ein Video auch auf Youtube: »Einzigartiges Maibaumaufstellen Wollbach 2014«

Weitere Hinweise finden Sie auf unserer Homepage

Stöckle GmbH
Ihr Technik-Spezialist

Land-, Forst- und Kommunaltechnik, Reparaturen – Ersatzteile
Metallbau und Blechbearbeitung in Stahl, Edelstahl und Alu
Gates Hydraulikschläuche-Sofortservice – Individuelle Problemlösungen
Zertifiziert nach DIN 1090 bis EXC 2 für tragende Stahlbauwerke



Gollenhoferstraße 30
86441 Zusmarshausen · OT Wollbach
Telefon 0 82 91 / 12 29 · Telefax 0 82 91 / 83 10
b.stoeckle@freenet.de
www.stoeckle-landtechnik-metallbau.de



Erste Wohnungsbautagung Niederbayern/Oberpfalz:

Soziales Klima im Blick

Die überaus große Nachfrage nach Wohnraum ist nicht nur in den Metropolregionen angekommen. Auch in kleinen und mittelgroßen Städten und Gemeinden besteht Bedarf an modernen Wohnungen für Haushalte mit kleinem Geldbeutel. Im Rahmen der ersten gemeinsamen Wohnungsbautagung der Regierungen von Niederbayern und der Oberpfalz in Regensburg wurden u. a. Best-Practice-Beispiele vorgestellt, die die vorhandenen Bedingungen optimal nutzen und vielfältige Lösungswege aufzeigen.

Rund 200 Gäste, darunter kommunale Mandatsträger, Vertreter von Wohnungsunternehmen und der Bauindustrie, Architekten und Ingenieure sowie Mitarbeiter aus den Verwaltungen, nahmen an der Tagung teil und nutzten das Forum, um Kontakte zu knüpfen und intensive Gespräche zu führen.

Wohnraum ist Lebensqualität

„Raum zum Wohnen ist ein Grundbedarf des Menschen und ganz entscheidend für die Lebensqualität. In vielen Städten und Gemeinden in Niederbayern und der Oberpfalz ist bezahlbarer Wohnraum knapp geworden. Es besteht dringender Handlungsbedarf und zwar nicht nur in den großen Universitäts- und Hochschulstädten wie Regensburg, Landshut und Passau, sondern vor allem auch im ländlichen Raum. Unser gemeinsames Ziel muss sein, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, betonte eingangs der oberpfälzische Regierungspräsident Axel Bartelt.

„Genügend und vor allem bezahlbarer Wohnraum hat eine überragende Bedeutung für das soziale Klima im Land. Die Be-

völkerungszahl in der Oberpfalz und in Niederbayern ist in den vergangenen Jahren angestiegen und damit auch die Nachfrage nach Wohnraum. Mit dem Wohnungspakt Bayern bietet der Freistaat dafür attraktive Förderungen an. Alle Akteure des Wohnungsbaus sind jetzt gefordert, anzupacken und noch mehr Wohnungen zu bauen. Dazu gehört auch die Ausweisung von Bauland durch die Kommunen“, ergänzte Bartelts niederbayerischer Amtskollege Rainer Haselbeck.

Gestiegene Förderzahlen

2017 stiegen die Förderzahlen in beiden Regierungsbezirken deutlich an. Für den Mietwohnungsbau wurden in Niederbayern 32,8 Millionen Euro, in der Oberpfalz 55 Millionen Euro von Bund, Land und Landesbodenkreditanstalt bereitgestellt. Durch die Regierungen konnten dadurch der Neubau, der Umbau bzw. die Modernisierung von 310 (Niederbayern) bzw. 420 (Oberpfalz) Mietwohnungen gefördert werden.

Darunter fallen auch die Wohnungen, die die Städte und Ge-

meinden mit Mitteln des kommunalen Förderprogramms in Angriff nehmen: In Niederbayern bewilligte die Regierung Darlehen und Zuschüsse in Höhe von insgesamt 4,2 Millionen Euro für den Neubau und Modernisierung von 83 Wohnungen in neun Kommunen im Rahmen von elf Projekten. In der Oberpfalz flossen durch die Regierung 6 Millionen Euro an Fördermittel für 35 Gemeindeförderungen an sechs Projektstandorten.

„Druck“ auf das Umland

Wie Prof. Dr. Sven Bienert, Geschäftsführer des Instituts für Immobilienwirtschaft, am Beispiel Regensburg anschaulich erläuterte, wird die Nachfrage nach Wohnraum auch in Zukunft wachsen. Konkret werde die Nachfrage nach kleineren Wohnungen zunehmen und adäquate Angebote für eine alternde Gesellschaft an Bedeutung gewinnen. Sozialer Wohnungsbau und Erschwinglichkeit seien eine wesentliche Herausforderung der Zukunft. Der „Druck“ auf das Umland werde weiter anhalten, so Bienerts Prognose.

Bis 2021 (respektive mittelfristig) ist aus seiner Sicht mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. „Immobilienpreise werden moderater steigen als in den vergangenen Jahren, Erschwinglichkeit schränkt sich weiter ein, der Immobilienerwerb wird erschwert. Der Soziale (Miet-)Wohnungsbau sollte ausgeweitet werden.“

Laut Bienert ist der Soziale Mietwohnungsbau im Landkreis Regensburg und weiten Teilen Bayerns bei moderater Rendite von 4 Prozent und hoher Belegungssicherheit ein attraktives Investment. Hohe Baukostensteigerungen könnten durch innovative Lösungen im Wohnungsbau (Modulbauweise, Standardisierung etc.) entschärft werden. Disruptive Entwicklungen (Automotive, Export) seien für die Region von besonderer Relevanz. Der Professor plädierte für eine intensivere Kooperation von Stadt und Landkreis und als Beispiel für „gezielt mehr Geschosswohnungsbau in stadtnaher Lage mit guter Anbindung“. Ferner schafften Wohnraumförderungsprogramme zusätzlichen Anreiz für Investoren.

KommWFP

Dieses Stichwort griff Manfred Ahles, Regierung der Oberpfalz, auf. Mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm unterstützt der Freistaat Bayern nach seinen Worten die Gemeinden dabei, selbst Wohnraum zu planen und zu bauen. Mit dem Vierjahresprogramm soll der Neubau von jährlich mindestens 1.500 Wohnungen gefördert werden. Für das Programm werden seit 2016 jährlich 150 Millionen Euro bereitgestellt. Gefördert werden Wohngebäude, die langfristig nutzbar sind und dem Ziel einer geordneten städtebaulichen Entwicklung entsprechen. Projekte mit deutlich abgesenkten Standards werden nicht angestrebt.

Die Förderung setzt sich zusammen aus einem Zuschuss in Höhe von 30 Prozent der förderfähigen Kosten sowie einem zinsverbilligten Darlehen, für das ein ergänzendes Programm der

BayernLabo angeboten wird. Einen zehnjährigen Eigenanteil müssen die Gemeinden selbst leisten, dieser kann auch in einem bereits im Eigentum der Gemeinde befindlichen Grundstück bestehen. Gefördert werden auch vorbereitende Maßnahmen wie Planungen und Gutachten (zum Beispiel Wohnraumkonzepte, Fachgutachten und Wettbewerbe). Für diese Maßnahmen kann ein Zuschuss in Höhe von 60 Prozent der förderfähigen Kosten gewährt werden.

Profiteure Lappersdorf und Neumarkt

Markus Roth von der Regierung der Oberpfalz verwies auf ein Lappersdorfer und ein Neumarkter Projekt, das vom kommunalen Wohnraumförderungsprogramm des Wohnungspakts Bayern profitiert. Der Markt Lappersdorf mit seinen 13.000 Einwohnern, der unmittelbar nordwestlich an die Stadt Regensburg grenzt, wächst dynamisch. Auf 2.370 Quadratmetern entwickelt die Gemeinde im Ortsteil Oppersdorf ein Areal mit 18 barrierefreien, geförderten Wohnungen, die 2019 fertiggestellt werden. Neumarkt mit seinen 39.000 Einwohnern baut wiederum im Stadtsüden auf einer 2.700 Quadratmeter großen Fläche 27 geförderte Wohnungen.

Wie der Tegernheimer Bürgermeister Max Kollmannsberger berichtete, plant die 5.500 Einwohner zählende Gemeinde am Regensburger Stadtrand ihren ersten sozialen Wohnungsbau mit 46 Appartements. 26 realisiert die Kommune selbst, die übrigen ein Bauträger. Grund hierfür ist die Wohnungsnot in der Gemeinde. Fast wöchentlich kämen Anfragen nach bezahlbarem

Wohnraum. Insbesondere wirtschaftlich Schwächere suchten ein Dach über dem Kopf. Baubeginn ist im Frühjahr 2019, ein Jahr später sollen die ersten Tegernheimer Bürger mit Wohnberechtigungsschein einziehen.

Ludwig Waas, Bürgermeister im 2.700-Einwohner-Dorf Niederwinkling im Landkreis Straubing-Bogen, ermittelte mit dem Gemeinderat einen Bedarf an sozialem Wohnraum. Auf dem ehemaligen Molkereigelände entstand seinen Ausführungen zufolge ein neues Bürgerzentrum mit Ärzten, Apotheken, einem Einkaufszentrum und einem Theatersaal - alles auf Gemeindekosten. Außerdem werden ein Mehrgenerationenhaus und günstige Wohnungen errichtet. Am 1. Dezember 2017 waren die ersten sieben Wohnungen bezugsfertig - alle barrierefrei. Waas unterstrich, dass das Projekt von der Bezirksregierung mit höchstem Engagement begleitet worden sei.

Kommunales Strickmuster

„Eine bunte Mischung ist das Strickmuster unserer Gemeinde“, unterstrich Waas. Er plädierte dafür, Sozialpolitik bis in die kleinen Kommunen hinein zu leben und nicht nur darüber zu reden. „Nur dann arbeiten wir nachhaltig und nehmen alle Mitbürgerinnen und Mitbürger mit.“ Nachdem die konkrete Situation analysiert worden sei, gelte es, eine Prioritätenliste der Handlungs- bzw. Entscheidungsschritte festzulegen und den Zeit- und Umsetzungsrahmen zu optimieren. Wichtig sei schließlich auch das ständige Bemühen um Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit bei der Durchführung von Maßnahmen. **DK**

Bau- und Ausbaugewerbe in Hochstimmung

Fachkräftebedarf und bezahlbares Bauen sind größte Herausforderungen

„Es herrscht Hochstimmung im bayerischen Bau- und Ausbaugewerbe. In unserer Branche hat sich die Konjunkturschätzung gegenüber dem Frühjahr 2017 nochmals deutlich verbessert.“ Wolfgang Schubert-Raab, der Sprecher der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern (LVB) freute sich bei der Vorstellung des Frühjahrs-Konjunkturbarometers über die gute Baukonjunktur, von der die Branche profitiert.

Die Zahl der Unternehmen, die ihre Geschäftslage mit gut bis sehr gut bewerten, hat sich im Vorjahresvergleich von 66 Prozent auf 73 Prozent erhöht. Das ist der höchste Geschäftslageindex in einem Frühjahr seit 2004. Der Auftragsbestand liegt deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Er beträgt im Ausbaugewerbe durchschnittlich 12 Wochen und im Bauhauptgewerbe mehr als 15 Wochen. Auch die Ertragslage der Unternehmen und damit ihre Eigenkapitalausstattung verbesserten sich aufgrund der guten Auftragslage.

Die Beschäftigung im bayerischen Bauhauptgewerbe lag 2017 mit durchschnittlich rund 150.000 Personen um gut 8 Prozent und im Ausbaugewerbe mit 190.000 Mitarbeitern um etwa 4 Prozent über dem Vorjahr. Der Arbeitskräftebedarf der Branche ist aber deutlich höher. Für

zehntausende freie Stellen vor allem im gewerblichen Bereich fehlen qualifizierte Bewerber. Die Jobaussichten für Fachkräfte sind in ganz Bayern in allen kaufmännischen und gewerblichen Bau- und Ausbauberufen hervorragend.

Gesetzgeber in der Pflicht

Es gibt aber auch Schattenseiten. So sind im Vergleich zu den allgemeinen Lebenshaltungskosten (+28 Prozent) die Bauwerkskosten gegenüber dem Jahr 2000 mit rund 55 Prozent erheblich stärker angestiegen. Schubert-Raab machte deutlich, dass nicht die Bau- und Ausbauunternehmen die Verantwortung hierfür tragen: „Die Verantwortung für die erhöhten Kosten trägt der Gesetzgeber. Verschärfte energetische Anforderungen, gestiegene Brandschutzpflichten, steigende An-

forderungen an die Barrierefreiheit und allgemein steigende Qualitätsanforderungen haben vor allem den Wohnungsbau erheblich verteuert. Hinzu kommen stark steigende Kosten für die Bauabfallentsorgung, die alle Baumaßnahmen treffen – auch den Wohnungsbau.“

Der Sprecher der LVB wies auch auf den größten Kostentreiber hin. „Die stark steigenden Baulandpreise lassen bezahlbaren Wohnungsbau in den Ballungsräumen bereits heute nicht mehr zu.“ Die Baulandpreise haben sich seit 1995 in Deutschland um durchschnittlich 170 Prozent erhöht. Der durchschnittliche Kaufwert für baureifes Bauland hat in Bayern im 2. Quartal 2017 294 Euro pro Quadratmeter betragen. Bei bayerischen Städten mit 200.000 bis 500.000 Einwohnern betrug der durchschnittliche Kaufwert 928 Euro pro Quadratmeter und bei bayerischen Großstädten über 500.000 Einwohnern 2.573 Euro pro Quadratmeter. Ein akuter Baulandmangel verhindert gegenwärtig eine Ausweitung der Bautätigkeit in den bayerischen Ballungsräumen. Knappheit führt zu Preissteigerungen; dies gilt auch für Bauland.

Schubert-Raab sieht hier Handlungsbedarf: „Die notwendige Ausweisung von Bauland gerade in Ballungsräumen aber auch in vielen kleineren Gemeinden steht in einem Zielkonflikt mit dem umweltpolitisch ebenfalls gerechtfertigten Ziel, den Flächenverbrauch im Freistaat deutlich und dauerhaft zu senken. Hier müssen alle Beteiligten Kompromisse eingehen.“

Alle detaillierten Umfrageergebnisse mit regionaler Auswertung sind im Konjunkturbarometer auf www.lvb-bayern.de zu finden. **DK**

Rekordhohe Straßenbauinvestitionen in Bayern

Der Freistaat hat 2017 aus den Haushaltsmitteln des Bundes rund 1,85 Mrd. Euro für den Bau und Erhalt seiner Bundesfernstraßen erhalten. Das ist ein Anteil von 23 Prozent am Fernstraßenhaushalt. Der Anteil Bayerns am Bundesfernstraßenhaushalt ist von 19,9 Prozent im Jahr 2015 auf nunmehr 23 Prozent im Jahr 2017 gestiegen.

„Der Obersten Baubehörde und ihrer rechtzeitigen Vorarbeit ist es zu verdanken, dass Bayern diese Mittel auch in Bauprojekte umsetzen konnte“, erklärte hierzu bbiv-Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid. Erfreulich findet er auch, daß der Etat des Freistaats für Staatsstraßen von derzeit hohen 270 Mio. Euro auf 290 Mio. Euro im Jahr 2018 ansteigen soll. „Der Freistaat kommt damit seiner Verpflichtung, seine Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und zukunftsgerecht auszubauen, vorbildlich nach“, betonte Schmid. **DK**

www.erlus.com

ERLUS ^e

Qualität aus Deutschland

Die Lösung für flach geneigte Dächer



E58 RS®

Der neue Ergoldsbacher E58 RS® verbindet moderne Architektur mit den Vorzügen eines Steildaches.

Viele Bauherren wünschen sich ein Haus mit einer zeitgemäßen, klaren Form. Auf die Sicherheit, die das Steildach bietet, wollen sie trotzdem nicht verzichten. Aus gutem Grund: Ein Steildach mit Tondachziegeln hält sehr lange und ist einfach zu verarbeiten. Weil das Wasser gut ablaufen kann, ist das Dach regensicher und muss kaum gewartet werden. Der neue Ergoldsbacher E58 RS® vereint alle Vorteile. Dank seiner besonderen technischen Formgebung passt er auf flach geneigte Dächer ab 10° Dachneigung. Das erlaubt eine moderne Bauweise, ohne kosten- und wartungsintensive Abdichtarbeiten.



Preis für Baukultur 2018:

Innovative Vorbilder für zukünftige Projekte

Vor kurzem wurde zum zweiten Mal der „Preis für Baukultur der Metropolregion München - Wachstum mit Qualität“ durch den Verein Europäische Metropolregion München (EMM e. V.) verliehen. Josef Zellmeier, Staatssekretär im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, übergab im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung den Gewinnern ihre Auszeichnungen. Zusammen mit 200 Gästen wurden die zukunftsweisenden Projekte im Haus für Architektur München gefeiert. Den Preis für Baukultur erhielt das gemischt genutzte Quartier „Altes Garmisch neu gelebt“.

Bei der Verleihung des Preises für Baukultur 2018 wurden Projekte auserwählt, welche im Hinblick auf das Wachstum der Region als nachahmenswert sowie vorbildhaft hervorzuheben sind. In der Begrüßungsrede des Staatssekretärs sowie im Vortrag von Prof. Dr. Merk (Stadtbaurätin, Referat für Stadtplanung und Bauordnung) wurde auf die hohe Bedeutsamkeit der Baukultur für die wachsende Metropolregion München eingegangen. Christine Degenhart (Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer) verdeutlichte zudem, dass vorbildhafte Projekte dabei helfen, die Sensibilität und das Verantwortungsgefühl für die gebaute Umwelt in urbanen und ländlichen Räumen zu stärken.

Altes Garmisch neu gelebt

Für den Preis wurden „Gemischt genutzte Quartiere, Stadt- und Ortsteilzentren“ sowie für den Sonderpreis „Orte für gutes Zusammenleben“ gesucht. Gewinner des Preises für Baukultur ist das Projekt „Altes Garmisch neu gelebt“ im Markt Garmisch-Partenkirchen. Es gilt als Vorbild für größere und kleinere Kommunen und kann einen wichtigen Beitrag für die Überzeugungsarbeit für die Wohnraumschaffung

proHolz Bayern Geschäftsbericht 2017:

Digital und analog – gemeinsam für Wald und Holz

proHolz Bayern legte den Fokus im Jahr 2017 auf Aktivitäten in den einzelnen Regionen Bayerns. Mit Fachveranstaltungen, der Aktion Waldschilder und mit Auftritten auf Messen und Aktionstagen kommunizierte proHolz Bayern die Vorteile einer nachhaltigen Forstwirtschaft und Holzverwendung in allen bayerischen Regierungsbezirken Fachleuten und der Bevölkerung. Darüber hinaus erhielt die proHolz Bayern Website ein modernes, ansprechendes Design und der Ausbau der Social Media Kanäle stärkte die Online Kommunikation.

So verschieden wie die einzelnen Regierungsbezirke, so unterschiedlich waren die Auftritte, Aktivitäten und Zielgruppen von proHolz Bayern 2017. In Oberbayern präsentierte proHolz Bayern im Rahmen der Messe BAU in Zusammenarbeit mit der Messe München GmbH erstmals 13 Holzgebäude auf der Langen Nacht der Architektur und bot mit einem Branchenabend Gelegenheit zum Netzwerken.

Interaktives Forum

In Weilheim und Traunstein wurde mit dem Interaktiven Forum „Bauen mit Holz – klimagerecht, langlebig und schön“ gemeinsam mit den örtlichen Landratsämtern und den Zimmerer-Innungen Impulsvorträge und eine kostenfreie Holzbauberatung angeboten. In der Oberpfalz wurde der Holzbau-Tag des Holzforums Regensburg Land e.V. unterstützt und mit der WBV Waldmünchen ein Waldschild eingeweiht.

Aktion Waldschilder

Auch in Schwaben hat proHolz Bayern mit der FBG Günzburg-Krumbach ein Waldschild aufgestellt, bevor die Aktion Waldschilder in Oberfranken ihren erfolgreichen Abschluss

und die Innenentwicklung leisten.

Sonderpreise und Anerkennungen

Die Sonderpreise gingen an das „Gemeindezentrum Fraunberg“ in der gleichnamigen Gemeinde und das „Arzthaus auf dem Land“ in der Gemeinde Dietramszell/Ascholding.

Anerkennungen erhielten die Projekte „DAHOAM im INN-TAL – Mehrgenerationenwohnen am Wendelstein“ (Gemeinde Brannenburg), „Klosteranger Weyarn – Vielfalt und Lebendigkeit“ (Gemeinde Weyarn), „Ein neues Zentrum für die Parkstadt Donauwörth“ (Stadt Donauwörth), „Neue Mitte Karlsfeld“ (Gemeinde Karlsfeld), „Genossenschaftliche Wohnanlage wagnisART“ (Stadt München) sowie das Projekt „Festgemauerte Tanzfiguren – Schwabinger Tor“ (Stadt München).

Akteure vernetzen

Mit der Auslobung des Preises für Baukultur verfolgt der EMM e. V. sein Ziel, die Attraktivität der stetig wachsenden Metropolregion München zu stärken und deren Akteure zu vernetzen. Das Projekt – erneut unter der Schirmherrschaft von Joachim Herrmann, ehemali-

ger Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr – wurde in Kooperation mit der Bayerischen Architektenkammer, der Landeshauptstadt München, dem Bayerischen Städtetag, dem Bayerischen

Kommunale Wohnungsunternehmen:

Stabilitätsanker der Städte in Deutschland

Alle Jahre wieder - IW Köln fordert Verkauf kommunaler Wohnungsbestände

Die Forderung des IW Köln, die Städte sollen ihre kommunalen Wohnungsunternehmen verkaufen, entbehrt jeglicher sachlichen Grundlage“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft. „Das ist ein Vorschlag aus der Mottenkiste.“

Das IW Köln hatte in seiner Argumentation angeregt, die Städte könnten ihre Wohnungsbestände abgeben, um sich so zu entschulden. „Es ist völlig klar, dass bei der Entscheidung, ob eine Kommune ihr Wohnungsunternehmen verkaufen sollte, kurzfristige Renditegedanken kein guter Ratgeber sind“, erklärte Gedaschko. Solche Kauf Erlöse führten nur selten zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Haushalts, im Gegenteil: Auf lange Sicht gesehen würde der Verkauf kommunaler Wohnungsunternehmen sogar die Finanzierungsprobleme einer Stadt verschärfen, weil dadurch das strukturelle Defizit nicht beseitigt, sondern eher konserviert wird. In der Zukunft hat die Kommune dann weiterhin Finanzprobleme, aber hat kein strategisches Steuerungsinstrument mehr. Das können sich die Kommunen bei den aktuellen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt heute nicht mehr leisten.

Wichtiges Steuerungsinstrument

„Gerade angesichts sinkender Belegungsrechte an Sozialwohnungen sind die Wohnungsunternehmen ein wichtiges, noch verbleibendes Steuerungsinstrument auf den lokalen Wohnungsmärkten der Städte und Kommunen. Kommunaler Wohnraumversorgungsauftrag und Daseinsvorsorge müssen – neben der Stadtentwicklung – auch in Zukunft erfüllt bzw. gewährleistet werden“, so Gedaschko. Der Trend geht daher in vielen Regionen und Städten weg vom Verkauf und hin zur Neugründung von kommunalen Wohnungsunternehmen. Für viele Städte sind ihre Wohnungsunternehmen die letzte Möglichkeit, gefährdete Quartiere zu stabilisieren oder Maßnahmen der Stadtentwicklung aktiv anzupacken.

Schöner Schein

Um die Jahrtausendwende war es in Deutschland zur Veräußerung öffentlicher und kommunaler Wohnungsunternehmen gekommen. Schon damals war es nur ein schöner Schein, wenn man behauptet hat, man könne durch den Verkauf von Wohnungsgesellschaften die öffentlichen Haushalte sanieren. Der einmalige Geldzufluss konnte den dauerhaften Vermögensverlust und den Verzicht auf künftige Einnahmen nicht ausgleichen. Die einmaligen Einnahmen schmolzen dahin wie Schnee in der Sonne und der ursprüngliche Schuldenstand wurde meist sehr bald wieder erreicht.

Es führt kein Weg daran vor-

Gemeindetag sowie der Bundesstiftung Baukultur durchgeführt.

Um auch weiterhin in der Region mehr Aufmerksamkeit für Baukultur zu schaffen, kann über den EMM e. V. eine Wanderausstellung mit allen Gewinnerprojekten ausgeliehen werden. Ergänzend hierzu wird in Kooperation mit der Regionalen Wohnungsbaukonferenz ein kostenloses Veranstaltungsformat vor Ort zum Thema „Wachstum mit Qualität“ angeboten. □



Von links: Prof. Dr. Elisabeth Merk (Stadtbaurätin Landeshauptstadt München), Staatssekretär Josef Zellmeier (Staatssekretär im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr), Christine Degenhart (Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer), Reiner Nagel (Vorsitzender Bundesstiftung Baukultur) und Wolfgang Wittmann (Geschäftsführer Europäische Metropolregion München e. V.). □

Start des neuen Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrums

Das neue Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Planen und Bauen zur Digitalisierung der Bau- und Immobilienwirtschaft ist gestartet. Mittelständische und kleine Unternehmen, die die deutsche Bau- und Immobilienwirtschaft prägen, erhalten in den kommenden knapp drei Jahren vielfältige Unterstützung, um den digitalen Wandel aktiv anzugehen und ihn für ihre Geschäftsmodelle erfolgreich zu nutzen.

Fünf starke Partner bilden das Kern-Konsortium, das das neue Kompetenzzentrum trägt: das Fraunhofer-Institut für Bauphysik IBP in Holzkirchen, wo der offizielle Start erfolgte, das Institut für Mittelstandsforschung Mannheim, die Jade Hochschule Oldenburg, das Fraunhofer IFF Magdeburg sowie das eBusiness Kompetenzzentrum für Planen und Bauen in Kaiserslautern.

Weitere starke Partner ergänzen das Konsortium, das die Themenbereiche der gesamten Wertschöpfungskette Bau abdeckt.

Zugleich sichern alle Partner eine flächendeckende regionale Vertretung, damit der Mittelständler, der Handwerker und ebenso der Freiberufler aus der Bau- und Immobilienwirtschaft Ansprechpartner in seiner Nähe findet. □

Dorferneuerung:

6,4 Millionen Euro für private Bauvorhaben

Für ihre Bauprojekte im Rahmen der Dorferneuerung erhalten jetzt 800 private Bauherren in Bayern insgesamt 6,4 Mio. Euro Fördermittel. Das hat Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber in München mitgeteilt. „Unsere Dörfer leben vom Engagement der Bürger und von ihren Investitionen in lebendige Ortskerne“, sagte die Ministerin.

Die Sanierung, Modernisierung und Wiederbelebung leerstehender oder veralteter Gebäude sei ein unschätzbare Beitrag für dauerhaft attraktive und lebenswerte Dörfer. Laut Kaniber ist die Innenentwicklung der Ortschaften zudem ein wirksames Mittel, um den Flächenverbrauch zu bremsen: „Wer in die Herzen der Dörfer investiert, setzt ein wichtiges Signal gegen die Zersiedelung der Landschaft“, so die Ministerin. Nach ihren Worten sind die privaten Bauprojekte darüber hinaus ein echtes Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum: Die 800 privaten Bauherren haben in ihren Regionen insgesamt Investitionen von rund 45 Millionen Euro ausgelöst.

Vor diesem Hintergrund sieht Kaniber die Förderung durch den Freistaat als gut angelegtes Geld. Schließlich sei ein solches Engagement in alte Bausubstanz meist auch mit höheren Kosten und großem Aufwand verbunden.

Der Freistaat stehe den Kommunen und privaten Investoren aber auch beratend zur Seite: Die landesweit sieben Ämter für Ländliche Entwicklung betreuen derzeit 1.235 Dorferneuerungen in 2.161 Ortschaften. Schwerpunkte sind die Innenentwicklung, das Flächensparen, die Verbesserung der Grundversorgung und des sozialen Zusammenhalts sowie die Aktivierung der Eigenkräfte und Potenziale in den Dörfern. □

Hochwasserrückhaltebecken betriebsbereit ?!

Stauwärtkurs vom 3. bis 5. Juli für Betriebspersonal von Hochwasserrückhaltebecken

Wenig beachtet, selten gebraucht, bei Hochwasser unverzichtbar. In vielen Gemeinden gibt es Becken die bei starken Regenfällen Wasser zurückhalten. So schützen sie viele Bürger vor großen Schäden durch Überschwemmungen.

Erst Unterhaltung und Pflege garantieren einen reibungslosen Einsatz bei Hochwasser. Hier setzt der Stauwärtkurs von Bayerischem Landesamt für Umwelt und Deutscher Vereinigung für Wasser und Abwasser an. Der Fortbildungskurs findet vom 3. bis 5. Juli statt.

Weitere Informationen unter www.dwa-bayern.de/de/stauwaerter-fuer-hochwasserrueckhaltebecken.html. Es wird darum gebeten, dieses Angebot an die zuständige Fachabteilung der Gemeinde weiterzuleiten. □

Start der Kampagne „Schau auf die Rohre“

Rechtzeitig Leitungsnetze sanieren hilft Kosten sparen

Der Freistaat Bayern hat gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindeforum, dem Bayerischen Städtetag und den Fachverbänden der Wasserwirtschaft eine Informationskampagne für den Erhalt der Trinkwasser- und Abwassernetze gestartet. Hintergrund: 10 bis 15 Prozent aller Abwasserkanäle und Trinkwasserleitungen in Bayern müssen in den kommenden Jahren saniert oder erneuert werden. Positivbeispiele aus ganz Bayern zeigen, wie aus alten Rohren neue werden.

Rund 215.000 Kilometer öffentliche Kanal- und Trinkwassernetze wurden in den vergangenen Jahrzehnten unter Bayerns Städten und Gemeinden verlegt. Diese Länge entspricht etwa dem fünf-fachen Erdumfang. Leitungen auf Privatgrund, die nochmals etwa zwei bis drei Mal so lang sind, sind da noch gar nicht mitgerechnet.

Die öffentlichen Leitungsnetze stellen in der Regel das größte Anlagevermögen einer Kommune dar. Über 15.000 Fachkräfte kümmern sich in Bayern um die Wasserversorgung und die Ableitung sowie Behandlung der Abwässer.

Wert und Zustand der Leitungssysteme sind jedoch kaum in der öffentlichen Wahrnehmung präsent. Ein Schlagloch in der Straße oder bröckelnder Putz an der Schulfassade werden vom Bürger sofort kritisch wahrgenommen. Die Leitungen im Untergrund und besonders deren Zustand sind für die Bürgerinnen und Bürger dagegen nicht unmittelbar sichtbar.

13. Wasserforum Unterfranken:

Trinkwasser heute und morgen

Unter dem Motto „Wasserversorgungsbilanz 2.0 – unser Trinkwasser heute und in Zukunft“ fand das diesjährige unterfränkische Wasserforum im Würzburger Juliusspital statt. 2010 wurde die Wasserversorgungsbilanz Unterfrankens erstmals veröffentlicht und kontinuierlich fortgeschrieben. Seitdem hat sie sich als eine wertvolle Beratungs- und Entscheidungshilfe zur Steigerung der Versorgungssicherheit etabliert.

„Nach derzeitigem Stand müssen wir davon ausgehen, dass der Klimawandel auch bei uns die Wasserversorger zunehmend vor Herausforderungen stellt“, erklärte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. Systematische Auswertungen von Messstellen des Landesgrundwasserdienstes durch das Bayerische Landesamt für Umwelt hätten ergeben, dass 2017 und nicht das Trockenjahr 2015 oder das Trockenjahr 2003 das Jahr mit der höchsten Anzahl an jemals gemessenen Grundwasser-Niedrigständen in Bayern war.

Einer bei den unterfränkischen Wasserversorgern nach dem Trockenjahr 2015 durchgeführten Umfrage zufolge hielten 62 Prozent der Wasserversorger mit eigener Gewinnung Anpassungen der Wasserversorgung mit Blick auf den Klimawandel für dringend notwendig. Beispielhaft wurden genannt: Verluste senken, Wasser sparen, Neuerschließungen oder Verbundlösungen.

„Wir tun gut daran, all die Erkenntnisse und Signale ernst zu nehmen. Der Klimawandel ist eine Tatsache, der wir freilich nicht mit blindem Aktionismus begegnen dürfen. Vielmehr ist überlegtes und zügiges Handeln ein Gebot der Stunde“, betonte Beinhofer. Vor allem das Thema Grund- und Trinkwasserschutz sei in Unterfranken von besonderer Bedeutung – „eine Aufgabe, der wir uns in besonderer Maße auch mit unserer Aktion Grundwasserschutz widmen“. Denn die natürlichen hydrologischen, geologischen und klimatischen Rahmenbedingungen seien in Unterfranken nicht einfach und führten zu einem besonders achtsamen Umgang mit dem Grundwasser.

Dazu dienen laut Beinhofer die verschiedensten Maßnahmen: „So setzen wir uns für eine grundwasserschonende Landwirtschaft ein. Wir fördern Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kindergärten

Doch wie bei einem Straßenbelag oder einem Auto ist auch die Lebensdauer von Leitungen begrenzt. Rohre haben ein „Ablaufdatum“ und müssen regelmäßig untersucht und in der Regel spätestens nach 50 bis 80 Jahren – je nach Material und Betriebsbedingungen – erneuert werden. Geschieht das nicht, droht eine Häufung von Schäden und entsprechend steigen die Kosten.

Untersuchungen zufolge müssen 10 bis 15 Prozent der kommunalen Trinkwasser- und Abwassernetze in den kommenden Jahren saniert werden. Dazu kommt ein Sanierungsbedarf im Bereich der privaten Abwasserleitungen – denn ein neuer öffentlicher Kanal nutzt wenig, wenn die damit verbundenen Grundstücksentwässerungsanlagen undicht sind.

Im Rahmen der Informationskampagne „Schau auf die Rohre“ werden der bayerischen Bevölkerung mittels Broschüren, Videos, Websites und einer Vielzahl von Veranstaltungen die wichtigen

Aufgaben rund um den Erhalt des bayerischen Leitungsnetzes vor Augen geführt.

Hightech im Untergrund

Nach dem Motto „Wussten Sie, dass...“ erfahren die Menschen beispielsweise, dass Roboter im Kanalnetz unterwegs sind, um die Abwasserleitungen auf Schäden zu prüfen oder kleine Reparaturarbeiten durchzuführen. Oder, dass Wasserleitungen „abgehört“ werden, um Lecks zu finden.

Auch bei den technischen Möglichkeiten für die Leitungssanierung hat sich einiges getan. Zahlreiche Verfahren ermöglichen unter bestimmten Voraussetzungen eine „grabenlose“ Sanierung oder Erneuerung des Rohres. Beim „Inliner-Verfahren“ wird beispielsweise im Abwasserbereich ein harzgetränkter Schlauch in den alten Kanal eingezogen und mittels Druck am alten Rohr fixiert. Es entsteht ein neues „Rohr im Rohr“.

Von der Prüfung, über die Wartung, bis zur Sanierung und Erneuerung der Netze gibt es unter www.schaudrauf.bayern.de eine Vielzahl guter Beispiele von Kommunen aus allen Regionen des Freistaats. Beim Online-Wissensquiz können Besucherinnen und

faden für Wasserversorgungsunternehmen zur Reduzierung von Nitratbelastungen in Trinkwasser-einzugsgebieten leiste Hilfestellung bei der Zusammenarbeit mit den Landwirten. Ziel dabei sei es, einvernehmliche und langfristige Kooperationen zu etablieren, die zu einer Reduktion der Nitratbelastung im Grundwasser führen.

Ein zentrales Hilfsmittel zur Unterstützung der Arbeit der Wasserversorger ist die Wasserversorgungsbilanz Unterfrankens. Nach Prognosen des Beratungsbüros BGS Umwelt in Darmstadt wird die Quellschüttung ebenso wie die Wassermenge der Brunnen um durchschnittlich etwa 20 Prozent weiter abnehmen. Zwar könne die Versorgung durch neue Brunnen oder einen Anschluss an die Fernwasserversorgung verbessert werden; jedoch sei, wie Manfred Forst vom Beratungsbüro darlegte, die Versorgungssicherheit in der Region künftig nur mit Fremdbezug denkbar.

Nach den Worten von Reinhard Klumpp vom Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg ist gerade die Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten für den Grundwasserschutz von großer Bedeutung. Als Folge konnten Nitratreinträge in das Grundwasser stark reduziert werden. Auch kümmern sich der Wasserversorger beim Thema Mindererträge und Mehraufwand für die Landwirte um einen finanziellen Ausgleich.

Benchmarking

Neben Ergebnissen der neuen Wasserversorgungsbilanz wurden im Rahmen des Forums Einblicke in das sogenannte Benchmarking gegeben. Ein Begriff, der viele Versorger zunächst abschreckt. Doch Benchmarking ist, wie Hermann Löhner, Werkleiter Fernwasserversorgung Franken, Uffenheim und Alexander Faulhaber, Rödl & Partner, Nürnberg, darlegten, eine gute Sache. Denn wenn man sich, wie es das Benchmarking im Kern vorsieht, einmal mit anderen Versorgern vergleicht, kann man voneinander lernen, kann die Anlagen kosteneffizienter betreiben und sich fachlich sukzessive besser rüsten. DK

Besucher der Website zudem Fragen beantworten und an einem Gewinnspiel teilnehmen. Darüber hinaus finden sich auf der Website zahlreiche Zahlen, Daten und Fakten zum Leitungsnetz, Informationen zu Netzbetreibern sowie Möglichkeiten, Schäden zu minimieren.

Mit dem Wissen über Notwendigkeit und Aufwand für die Instandhaltung der Trinkwasser- und Abwassernetze soll in der Bevölkerung auch das Verständnis für den sinnvollen Einsatz der dafür eingenommenen Gebühren steigen. Und private Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer werden motiviert, sich dem Zustand ihrer Grundstücksentwässerungsanlagen anzunehmen.

Know-how-Schnittstelle für Netzbetreiber und Entscheidungsträger

Im Zuge der Kampagne wird den Kommunen und Anlagebetreibern vielfältige Unterstützung bei der Instandhaltung der Trinkwasser- und Abwassernetze geboten. In einem eigenen Web-Bereich gibt es Fachinformationen zur Planung und Umsetzung von Prüf- und Baumaßnahmen bis hin zur Kommunikation mit der Bevölkerung. Detailliert ausgearbeitete Praxisbeispiele – von großen Netzbetreibern bis zu kleinen Kommunen – präsentieren unterschiedliche Möglichkeiten und Maßnahmen zur Instandhaltung der Netze und forcieren den Austausch von vorhandenem Wissen und Erfahrungen. Gleichzeitig erhalten die Kommunen Broschüren und Kampagnen-Plakate zur Information ihrer Bürgerinnen und Bürger. Kampagnen-Plakate können auch mit dem Luftbild der jeweiligen Gemeinde versehen werden. Zudem werden Kommunen und



Unser Bild zeigt die Repräsentanten der an der Kampagne ‚Schau auf die Rohre‘ beteiligten Initiativen. Bild: Alexandra Koch

Anlagenbetreiber in allen bayerischen Regierungsbezirken zu eigenen Aktionstagen eingeladen.

Um eine unzumutbar hohe finanzielle Belastung aufgrund von Instandhaltungsmaßnahmen abzufedern, hat der Freistaat Bayern im Jahr 2016 – unabhängig von der Kampagne – eine eigene Härtefallförderung mit einem Gesamtvolumen von bis zu 70 Millionen Euro pro Jahr eingeführt.

Wie Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt erläuterte, „sind die Leitungsnetze der Wasserver- und Abwasserentsorgung oftmals der größte Vermögenswert einer Gemeinde. Ihre Instandhaltung ist enorm wichtig, damit diese wertvolle kommunale Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft zur Verfügung steht und bezahlbar bleibt.“

„Als Bayerischer Gemeindeforum begrüßen wir die Aktion ‚Schau auf die Rohre‘“, betonte Geschäftsführer Franz Dirnberger. „Schon der Claim sagt aus, dass da alle Kräfte der Gesellschaft gemeinsam aufgefordert sind, auf ein zentrales Element unserer Infrastruktur aufzupassen. Dazu be-

darf es vor allem der Anstrengung der Wasserversorger und Abwasserentsorger, sich der zunehmend in die Jahre kommenden Ortsnetze anzunehmen. Diese müssen mit Kameras befahren werden, für diese müssen nicht selten Sanierungskonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Dazu bedarf es aber auch eines Bürgers, der vor Augen hat, wie wichtig es ist, die Ortsnetze dicht zu halten und sie für die nächste Generation zukunftsweisend zu dimensionieren. Das kostet richtig viel Geld – und nur ein Bürger, dem anschaulich gemacht werden kann, wie wichtig diese Themen sind, wird bereit sein, diese Maßnahmen über Beiträge und Gebühren auch zu bezahlen.“

VKU-Geschäftsführer Gunnar Braun zufolge „ist es gerade zuhause vor Ort wichtig, dass jeder Bürger und jede Kommune sich bewusst macht, wie wertvoll dieser Schatz unter der Straße und die öffentliche Unterstützung zu ihrer Instandhaltung sind. In täglicher Arbeit sichern die kommunalen Unternehmen diesen Schatz und sind gerne Partner der Kampagne ‚Schau auf die Rohre!‘“ □

Testen Sie die Störk-Küfers-Filter drei Monate kostenlos!

Störk-Küfers

Stinkt es (bei) Ihnen?

Störk-Küfers weiß, wie man unangenehme Kanalgerüche beseitigen kann.

Fast jeder kennt das Problem mit übelriechenden Gasen, die aus dem Kanalnetz aufsteigen. Vor allem bei Wetterwechsel oder an heißen Sommertagen können einem diese unangenehmen „Düftchen“ die Laune verderben. Das in Emmingen angesiedelte Unternehmen Störk-Küfers hat genau für dieses Problem die passende Lösung.

Mit den neu entwickelten Belflor® Produkten lassen sich die unterschiedlichsten Gerüche abstellen. Die Kanalfilter sind einfach zu handhaben und dank eines biologischen Füllmaterials aus Kokosfaser-Torf gemischt oder Aktivkohle zudem umweltfreundlich. Wichtig zu wissen ist, dass die Filter hin und wieder überprüft und gegebenenfalls erneuert werden sollten.

Wer die Störk-Küfers-Filter noch nicht kennt, kann sie ab sofort für drei Monate kostenlos auf Qualität und Funktionalität testen. Das Umwelttechnik-Unternehmen bietet darüber hinaus eine kundenfreundliche Beratung vor Ort an, die man telefonisch vereinbaren kann.



Aktivkohlefilter AFIP370, eingebaut mit Korb und Füllung
Filtercassette der Biofilterpatrone FIP560 wird eingelegt (rechts oben)
Wasserstopp WS103 mit neuem Sandfang (rechts unten)



Detaillierte Informationen zu den Produkten unter:
www.stoerk-kuefers.de

Kontakt Störk-Küfers • Friedrich-Wöhler-Str. 21 • 78576 Emmingen

Ansprechpartnerinnen zur Terminvereinbarung: Monique Baumann und Irene Ramsperger

Telefon: 07465-9291-22 • Fax: 07465-9291-95 • info@stoerk-kuefers.de

www.stoerk-kuefers.de

26. Deutsche Baumpflegetage:

Kommunale Baumkontrolleure haften nicht persönlich

Ist das Gesetz zur Verwendung gebietseigener Gehölze praktikabel? Haben Frauen in der Baumpflegerie einen schlechteren Stand als Männer? Und sollten sich Baumkontrolleure privat Zusatzversicherern? Die Themen der Deutschen Baumpflegetage 2018 waren vielfältig und wurden in Podiumsdiskussionen angeregt diskutiert. Das bedeutendste europäische Baumpfleger-Event feierte in diesem Jahr zwei Jubiläen: Das Kletterforum wurde 20, und die Messe Augsburg war zum zehnten Mal Austragungsort der Veranstaltung.

Für Zündstoff bei der diesjährigen Fachtagung sorgte das Gesetz zur Verwendung gebietseigener Gehölze. Denn der Ablauf der zehnjährigen Übergangsfrist kommt näher. „Ab 1. 3. 2020 dürfen bei Pflanzungen in freier Natur ausschließlich gebiets-eigene Gehölze zum Einsatz kommen. Aus diesem Grund haben wir gleich zwei Vorträge und eine Diskussion dem aktuellen Stand der Dinge gewidmet“, sagte der Veranstalter der Deutschen Baumpflegetage, Prof. Dr. Dirk Dujesiefken.

Noch immer problematisch: Gesetz zur Verwendung gebietseigener Gehölze

Die praxisbezogene Position des Bundes Deutscher Baumschulen vertrat Christoph Dirksen: „Zwei Jahre vor Ablauf der Übergangsfrist gibt es nach wie vor ungelöste Probleme bei der Pflanzenverfügbarkeit, der Zertifizierung, den Beerntungsgebieten, Verwendungsorten und Ausschreibungen“, so Dirksens kritische Beschreibung des Status Quo.

Die Grundlage für die Produktion gebietseigener Gehölze läge in der Verfügbarkeit geeigneter Saatgutes. „In vielen Regionen gibt es aber sehr große Lücken in den Saatgutbeständen. Die unklare regionale Verfügbarkeit bestimmter Pflanzen führt zu Schwierigkeiten bei Bestellungen und öffentlichen Ausschreibungen. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, neue Pflanzenbestände in der freien Natur zu sichten und zu beernten“, so der Fachmann. Bezüglich des Begriffes „freie Natur“ gäbe es darüber hinaus auf Auftraggeberseite große Unsicherheiten. „Viele Kunden schreiben pauschal nur noch gebietseigene Gehölze aus“, sagte Dirksen und plädierte für eine genaue Auslegung des Gesetzes.

Einheitliches Zertifizierungssystem

Als Vertreter des zuständigen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) verwies Dr. Rudolf Specht auf die Komplexität des Themas und die zahlreichen beteiligten Akteure: „Wenn das System 2020 praxistauglich funktionieren soll, müssen enorm viele Rädchen ineinandergreifen. Wir müssen nun genau dort weiterarbeiten, wo es noch offene Baustellen gibt“. Ein wichtiger Schritt, so Specht weiter, sei die Schaffung eines einheitlichen Zertifizierungssys-

tem für die Produktion gebietseigener Gehölze. „Das BMU arbeitet zur Zeit gemeinsam mit der Deutschen Akkreditierungsstelle ein Fachmodul, das die Grundlage für eine zuverlässige Zertifizierung der Produzenten bilden wird“. Auf die Frage aus dem Auditorium, ob man sich angesichts des Klimawandels und der Verschuldung vieler Länder ein derart ideologisch motiviertes Gesetz leisten könne, entgegnete Specht: „Es geht um den Erhalt der genetischen Vielfalt, die auch international ein großes Thema ist. Das Gesetz kann dieses Ziel nicht allein erreichen, aber es leistet einen wichtigen Beitrag“.

Beamte im haftungsrechtlichen Sinn

Im Schadensfall läuft die gesamte Kommunikation über die Rechtsämter“, erläuterte Dujesiefken. Ängste und Unsicherheiten auf Seiten der Baumkontrolleure seien daher gang und gäbe. Umso beruhigender war für den Berufszweig die Aussage von Werner Liebeton, Justiziar beim ksa und beim hadg: „Sich als kommunaler Baumkontrolleur privat gegen Haftungsansprüche zu versichern, ist nicht nötig“, so der Rechtsexperte. „Kommunale Baumkontrolleure gelten als Beamte im haftungsrechtlichen Sinne und profitieren von der gesetzlichen Ausgestaltung der Amtshaftung. Das bedeutet, dass im Schadensfall die Haftung vom Baumkontrolleur unmittelbar auf den Dienstherren, also auf die Kommune übergeht“. Auf die Frage, ob dies auch bei Verletzung der Sorgfaltspflicht gelte, antwortete Liebeton: „Beamte im haftungsrechtlichen Sinn genießen einen sehr komfortablen Deckungsschutz, der selbst bei grober Fahrlässigkeit greift“. Nachträgliche Regressforderungen von Kommunen an ihre Mitarbeiter seien unüblich. „Das haben die Kommunen nicht nötig, da der kommunale Versicherungsträger für alle Schäden eintritt, auch wenn sie grob fahrlässig herbeigeführt wurden“, so Liebetons Fazit.

Frauen in der Baumpflegerie: Chance oder Minenfeld? Die Geschlechterdebatte fand in Augsburg erstmals offiziell Gehör und den Weg aufs Podium des

Kletterforums. Baumpflegerinnen und Baumpfleger diskutierten über Herausforderungen, Vorurteile und Stereotype. Es gab aber auch positive Beispiele, wie eine geschlechterübergreifende Zusammenarbeit in der Baumpflegerie ohne Diskriminierung funktionieren kann. „In Finnland arbeiten Frauen seit jeher selbstverständlich in der Baumpflegerie“, berichtete Marika Pykkänen, Baumpflegerin und Mitglied der Finnish Arborist Association. Die finnische Arbeitskulturlin in der Baumpflegerie sei Frauen gegenüber sehr aufgeschlossen. „Es ist egal, ob eine weibliche oder männliche Baumpfleger-Fachkraft den Job macht. Das Ergebnis zählt, nicht das Geschlecht“, so Pykkänen.

Anstrengend für Frauen und Männer

Anders sähe dies in Mittel- und Südeuropa aus, argumentierte Anja Ernis, die im schweizerischen Roggwil gemeinsam mit einem Kollegen das Baumpflegerunternehmen „Astwerk“ führt. „Hier liegt der prozentuale Anteil der Frauen in den Kletterkursen nach wie vor deutlich unter dem der Männer“. Ernis führte dies auf gesellschaftliche Stereotype zurück: „Unser individuelles Verhalten hängt stark von sozialen Normen ab. Das Problem ist nicht die Biologie. Es sind die festgefahrebenen Glaubenssätze in unseren Köpfen, die uns urteilen und verurteilen lassen und bestimmen, was wir uns zutrauen. Dies ist kein Frauenproblem, es ist ein Menschheitsproblem“, so das Statement der Schweizerin in ihrem als Rollenspiel inszenierten Vortrag. Sie würde oft gefragt, ob ihr Beruf nicht zu hart sei für Frauen, so Ernis weiter. „Meine Antwort darauf ist, dass es ein anstrengender Beruf ist – und zwar für Frauen und für Männer. Und dass es nicht allzu viele Menschen gibt, die dafür geeignet sind.“

Umrüstung kommunaler Fuhrparks:

VKU begrüßt erweiterte Förderung

Finanzielle Unterstützung für die Nachrüstung städtischer Dieselbusse sowie für besseren Nahverkehr hat Andreas Scheuer, neuer Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, in seiner Regierungserklärung angekündigt. Fahrerboten für Diesel-Autos erteilt Scheuer eine Absage.

Damit die Innenstädte sauberer werden, nehme das Ministerium 107 Millionen Euro in die Hand, so der Minister. Zwischenzeitlich sei der verpflichtende Rückruf von VW-Fahrzeugen mit nahezu 92 Prozent nahezu abgeschlossen. Bis Ende 2018 werden die NOx-Emissionen von insgesamt 5,3 Millionen Fahrzeugen um bis zu 30 Prozent reduziert.

Im nächsten Schritt will Scheuer die Förderung auf die Fahrzeuge der öffentlichen Infrastruktur, beispielsweise Müllwagen, Paketdienste und Krankenwagen, ausweiten. 28.000 Stadtbusse werden in Deutschland umgerüstet, kündigte der Verkehrsminister an. Nun können neben der ÖPNV-Flotte beispielsweise auch Abfallsammelfahrzeuge von der Förderung profitieren.

Nach Angaben von VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche begrüßt der Verband kommunaler Unternehmen die Ausweitung der Förderung auf weitere Bereiche des kommunalen Fuhrparks sehr. „Wir freuen uns, dass das zuständige Ministerium die Förderung konsequent ausweitet und beabsichtigt, die Erhöhung der Abgasstandards durch Nachbeziehungsweise Umrüstung insgesamt zu fördern. Wir hatten uns intensiv dafür eingesetzt, die Förderung des Bundes nicht nur auf den ÖPNV und alternative Antriebe wie Elektromobilität zu beschränken. Diese Umrüstungen können signifikant dazu beitragen, die Luft in unseren Städten sauberer zu machen.“ DK

Kirchheim bewirbt sich für Landesgartenschau

Bürgermeister Maximilian Böltl: „Historische Chance für ein blühendes Kirchheim!“

Natur, Wohlfühlen und Lebensqualität in einer Region des Wachstums, der Dynamik und des Zuzugs. Kirchheim bei München bewirbt sich für die Landesgartenschau im Jahr 2024 oder den folgenden Jahren. Mit ihrem Konzept will die Münchner Umlandkommune ein deutliches Zeichen setzen: Die Schaffung großzügiger grüner Freiflächen in Verbindung mit dem Bau von dringend benötigtem Wohnraum und der Entwicklung der notwendigen Infrastruktur ist kein Gegensatz, sondern stellt eine zukunftsweisende Kombination dar.

Die Gemeinde Kirchheim will die Planung ihres Zukunftskonzeptes „Kirchheim 2030“ mit der Landesgartenschau verbinden. Die Ortsentwicklungsmaßnahme umschreibt den schrittweisen Bau von öffentlichen Gebäuden wie Gymnasium, Rathaus, Bücherei und Bürgersaal sowie Mehr- und Einfamilienhäusern. Kernelement der Planung ist ein Ortspark mit einer Größe von 100.000 m², der ein innergemeindliches Nah- und Erholungsgebiet darstellt und so dauerhaft ein landschaftlich geprägtes Wohnumfeld für die Gemeinde im Münchner Umland erhält. Zusammen mit den Grün-schutzflächen schafft Kirchheim 2030 fast genauso viel Grün, wie Wohnbauland.

Als grüne Hauptschlagader verknüpft der Park die Gemeindeteile Kirchheim und Heimstetten, die im Rahmen der Gebietsreform 1978 zusammengelegt wurden. Jahrzehnte wurde um ein verbindendes Element gerungen. Bei einem Bürgerentscheid im September 2017 gab es dann mit 71,73 Prozent ein sehr klares Votum für das Projekt mit einem Ortspark, an dem sich öffentliche Einrichtungen sowie neue Wohnquartiere orientieren. In der Bewerbung für die Landesgartenschau sieht Erster Bürgermeister Maximilian Böltl eine historische Chance für ein blühendes Kirchheim: „Wir schaffen beides: Wachstum und Wohlfühlen. Der künftige Ortspark verbessert die Lebensqualität für heutige und künftige Bewohner gleichermaßen.“

Gartenschauen finden bisher jährlich statt und sind bis zum Jahr 2022 vergeben. Im Jahr 2023 entfällt die Gartenschau in Bayern. Für die Jahre 2024, 2025 und 2026 wurden die Austragungen als einheitliches Format „Bayerische Landesgartenschau“ ausgeschrieben. Ein Vorkonzept, mit dem man zur Bewerbung zugelassen wurde, ist bereits erarbeitet.

Der nächste Schritt ist nun eine detaillierte Planung, für die

von der Gemeindeverwaltung das bereits in Kirchheim 2030 involvierte Büro Keller, Damm & Kollegen beauftragt hat. Hierbei soll auch eine Finanzierungs-kalkulation erstellt werden, die sich grob aufgliedert in Kosten für Daueranlagen und Kosten für die Veranstaltung selbst.

Bürgermeister Böltl sieht viele Vorteile in einer Landesgartenschau in Kirchheim: „Der Ortspark entsteht in einem Zug und aus einem Guss, wir sichern höchste Qualität unserer Grünanlagen und es ergibt sich die Möglichkeit für Fördermittel von bis zu 3,6 Millionen Euro für Kosten, die ohnehin kommen“. Denn 5,4 Millionen Euro fallen als Sowiesokosten der Gemeinde für den Ortspark in jedem Fall an, mit der Landesgartenschau werden diese förderfähig. Bei den Schauplätzen, die nur zeitweise bepflanzt werden, sei man nach der neuen Ausrichtung der Landesgartenschau relativ flexibel, das gelte auch für Zeitraum und Rahmenprogramm. Diese Kosten sollen über Eintrittsgelder kompensiert werden.

Intensive Bürgerbeteiligung

Alle Details wolle man – wie bisher erfolgreich praktiziert – wiederum mittels Bürgerbeteiligung erarbeiten. „Dialog und Einbindung werden auch unsere Alleinstellungsmerkmale für die Bewerbung sein“, erläutert Böltl. Die Planung sei von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen, was nicht zuletzt durch das klare Ergebnis des Bürgerentscheids im Herbst 2017 deutlich werde. In seiner jüngsten Sitzung sprach sich der Kirchheimer Gemeinderat klar für die Bewerbung um eine Landesgartenschau aus. „Dass eine Münchner Umlandkommune in ihrer Mitte große, grüne Freiräume schafft, gleichzeitig den notwendigen Wohnraum entwickelt und neue Bildungsstätten schafft ist unser schlagkräftiges Argument, mit dem wir überzeugen wollen“, so der Bürgermeister.

Weiterentwicklung des Nördlichen Feilenforsts.

Gemeinsam für mehr Naturschutz

Bayer. Staatsforsten und Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm vereinbaren Zusammenarbeit zur ökologischen Weiterentwicklung des Nördlichen Feilenforsts

Vor allem Mittelspecht, Waldkauz und Heidelerche werden sich über die Kooperation der Bayerischen Staatsforsten mit dem Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm freuen, die der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Staatsforsten Martin Neumeyer und Landrat Martin Wolf heute unterzeichneten. Sie setzen damit ein bayernweit einmaliges Zeichen für den kooperativen Naturschutz in einem besonderen Waldgebiet.

Konkret handelt es sich um den Nördlichen Feilenforst bei Geisenfeld, der aufgrund seines charakteristischen engen Wechsels aus Wald, Gewässern und Offenlandflächen und dem Vorkommen von besonderen Arten wie Frauenschuh, Halsbandschnäpper und Waldschneepfe, ein ökologisches Kleinod darstellt. In seinem Charakter erhalten und fortentwickelt wird der Feilenforst durch die Bayerischen Staatsforsten, deren Vorstandsvorsitzender Martin Neumeyer in der gemeinsamen Vereinbarung den Wald und seine

Bewohner als große Gewinner sieht: „Nur wenn wir diese Kulturlandschaft bewahren und aktiv weiterentwickeln, können wir die Naturschönheiten auch erhalten. In einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm wollen wir zeigen, dass nachhaltiger Naturschutz in der Kooperation verschiedener Partner sehr gut funktioniert“, so der Staatsforstchef.

Hierfür haben die Partner Maßnahmen und Projekte definiert, die ab sofort schrittweise umgesetzt werden sollen. Bei-

spielsweise die Sicherung und Erhöhung des Alt- und Totholzanteiles, die Freistellung und Vitalisierung alter Eichen und besonderer Kiefern sowie die Umsetzung eines Beweidungskonzepts zur Pflege der Offenlandbereiche mit geeigneten Weidetieren. Zudem werden heimische Blühpflanzen als Nahrungsgrundlage für Insekten gefördert und eine Verbesserung der Besucherlenkung und des Bildungsangebots im Feilenforst, u.a. mit Schautafeln, Faltschildern und einem Informationspavillon realisiert.

Beispielhafte Kooperation

Landrat Wolf begrüßt die Zusammenarbeit mit den Staatsforsten. „Wir erhalten und verbessern nicht nur einen besonderen Lebensraum in unserem Landkreis, sondern beschreiben für die Umsetzung der Ziele auch einen beispielhaften Weg. In kooperativer Form und nicht in Naturschutzverordnungen werden wichtige Zielsetzungen umgesetzt. Die Menschen sind eingeladen, die Umsetzung der Ziele zu verfolgen. Das ist für mich das Besondere an dieser Kooperation“.

Der für den Feilenforst zuständige Forstbetrieb Freising der Bayerischen Staatsforsten hat in Absprache mit dem Landratsamt bereits wichtige Projektmaßnahmen umgesetzt, wie etwa die Verdopplung der Flächen der beiden Naturwaldreservate oder den Ausbau eines Besucherwegs.



Die Kooperation wird von vielen Fachleuten mitgetragen und umgesetzt. Vertreter der Bayer. Staatsforsten AÖR, der Landwirtschaftsverwaltung beim Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Pfaffenhofen, der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Pfaffenhofen, die Bürgermeister der Stadt Geisenfeld und der Gemeinde Ernsgaden, sowie Vertreter der Naturschutzverbände waren bei der Vertragsunterzeichnung durch Landrat Martin Wolf und den Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Staatsforsten Martin Neumeyer (Bildmitte) dabei.



Zum zweiten Mal fand der TechDay der Firma Beuthauser an der Talstation des Großen Arber statt. □

Beuthauser-„TechDay“ am Großen Arber:

Für alles eine Lösung!

Nach der gelungenen Premiere vor zwei Jahren lud Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik erneut die Mitarbeiter aus Kommunen und Bauhöfen, Lohnunternehmern und Dienstleistern zu einem Vorfahrtstag rund um die Kommunaltechnik an die Talstation des Großen Arber bei Bayerisch Eisenstein ein.

Betriebsleiter Claus Artmayer freute sich bei strahlendem Sonnenschein über das rege Interesse, schließlich kamen ca. 750 Besucher seiner Einladung nach. Präsentiert wurde der Unimog, in all seinen Facetten und mit Unterstützung diverser namhafter Anbaugerätehersteller. Aber auch Produzenten von kleineren Nutzfahrzeugen wie Kärcher, Lindner oder Hansa, die Arbeiten abdecken, für die der Uni-

mog zu groß ist, waren vor Ort. Als Ergänzung zum reinen Technikanbieter deckt Beuthauser inzwischen auch die Bereiche Safe Work und Smart Systems ab und hat für Kommunen interessante digitale Lösungen parat.

Komplettanbieter in der Kommunaltechnik

„Beuthauser versteht sich als Komplettanbieter in der Kom-

munaltechnik. Wir liefern für jeden Arbeitsbereich die passende Fahrzeuggröße und für jede Anwendung die optimale Technik“, fasste Vertriebsleiter Claus Artmayer den Anspruch der Firma an sich selbst zusammen.

Zunehmende Digitalisierung

Sebastian Dillinger, Produktmanager Flottenmanagement, Telematik und Software bei Beuthauser und Frank Töpfer vom Partner Novasib erläuterten den Ausbau dieser Sparte, denn „der digitale Bereich wird für den Kunden immer wichtiger“. Novasib ist ein Telematik-Anbieter für spezielle Prozessdatenerfassung.

Besonders im Winterdienst ist eine lückenlose Nachweisführung, obwohl gesetzlich nicht vorgeschrieben, inzwischen unabdingbar geworden. Wenn man Fragen wie „Wann wurde wo wieviel gestreut?“ und „Wo und wann war das Räumschild unten?“ einfach per Mausclick beantworten kann, erleichtert dies die Bearbeitung von Beschwerden. Aber auch für eine bessere Kalkulation des Streumittelumsatzes ist es hilfreich über den Mengenverbrauch von

schaft stellt unter dem Motto „Das Grab – der gute Ort“ Friedhofskonzepte vor, die an den Bedürfnissen der Hinterbliebenen orientiert sind, aber gleichermaßen ganz praktische Erfordernisse der Friedhofsentwicklung und -gestaltung erfüllen.

Nicht zuletzt stellt Bauingenieur Raphael Holzer die novelierte Richtlinie (6. Auflage) „Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen“ des Bundesverbandes Deutscher Steinmetze vor. Dabei werden insbesondere die Vorteile der Richtlinie für die Friedhofsverwaltungen, Kunden und Steinmetze erläutert. Die Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen auf Friedhöfen ist ein sensibles Thema und sollte fach- und handwerksgerecht von einem Steinmetz ausgeführt werden. Kernpunkte der Neufassung sind die anwenderfreundliche Darstellung der Verfahrensabläufe, die Verwendung aktuell gültiger Bemessungsverfahren sowie die Neuregelung der jährlichen Standsicherheitsüberprüfung (Infos unter www.grabmalrichtlinie.de).

Eingeladen zu diesem Fachforum sind insbesondere Friedhofsverwalter und kommunale Entscheidungsträger am Friedhof.

Die Teilnahme ist für diese Gäste kostenfrei. Eine Anmeldung ist jedoch erforderlich, um ein Freiticket für die Messe zu erhalten unter www.stone-tec.com/forum-friedhof. Das Programm gibt es unter www.bivsteinmetz.de □

Salz und Sole Bescheid zu wissen.

Ideale Partner

Erstmals konnten auch MIC-Modelle der Kärcher Kommunaltechnik bei der Nassreinigung oder Grünpflege genauer unter die Lupe genommen werden. Kärcher stellt selbst seit 2010 Nutzfahrzeuge her. „Die Zusammenarbeit mit Beuthauser als Vertriebs- und Servicepartner“, erläuterte Michael Schmutz, Verkaufsleiter Kommunaltechnik bei Kärcher, „ist strategisch ideal!“ Kärcher war auf der Suche nach einem Vertriebspartner und Beuthauser wollte eine Lücke im Angebot abdecken. So kam 2017 die Zusammenarbeit zustande.

Klassiker Unimog ...

Vor allem aber stand natürlich der Unimog als Klassiker unter den Mehrzweckgerätrträgern im Mittelpunkt und zusammengefasst unter den Themenreichen Winter- und Sommerdienst wurden alle erdenklichen Anbaugeräte rund um den Unimog gezeigt.

... mit noch mehr Flexibilität

Gerade wegen seiner Geländegängigkeit und Straßentauglichkeit ist der Unimog aber genauso als Transportmittel geeignet wie ein Lastwagen – aber eben mit zusätzlichen Features ausgestattet. Beispielsweise stellte die Firma Hen Fahrzeugtechnik ein Abrollsystem vor, das



Organisator Claus Artmayer, Vertriebsleiter Beuthauser, vor dem Unimog 411 der Familie Weinfurter. □

dem Unimog U 218 noch mehr Flexibilität eröffnet. Die Container sitzen während der Fahrt fest und sicher auf dem Fahrzeug. Beim Abrollen des Containers wird die Verriegelung einfach per Knopfdruck gelöst. Der Clou: Will man die Mulde kippen, beispielsweise um Streugut abzuladen, bleibt der hydraulische Riegel geschlossen und der Aufbau fest mit dem Abrollrahmen und dem Fahrzeug verbunden.

Historischer Unimog

Zwischen all den High-Tech-Geräten war für die Besucher aber auch ein besonderes Aus-

stellungsstück zu sehen: Ein Unimog 411 mit 34 PS, Baujahr 1966. Mit diesem Fahrzeug dreht Ludwig Weinfurter YouTube-Videoclips, die erfolgreich abgerufen werden. Hier wird deutlich: Bei all der Zweckmäßigkeit, die ein Unimog bietet, hat er aber auch nie seine besondere Faszination verloren und findet nach wie vor viele begeisterte Fans.

Das Universal-Motor-Gerät (Unimog) wurde nach dem 2. Weltkrieg ab 1945 als multifunktionales Fahrzeug entwickelt.

Das Team von Beuthauser ist 2018 auf folgenden Messen vertreten: IFAT, Interforst, Rottalschau in Karpfham und GaLa-Bau. **CVH**



Sebastian Dillinger und Frank Töpfer (v. l.). □

Forum Friedhof

Eine Veranstaltung für nachhaltige Friedhofsentwicklung und -verwaltung am 14. Juni 2018 in Nürnberg

Freien Eintritt haben Entscheidungsträger aus Kommunen und Mitarbeiter von Friedhofsverwaltungen während der Natursteinfachmesse Stone+tec auf dem Gelände der NürnbergMesse. Sie sind Gäste des Bundesverbandes Deutscher Steinmetze zum Besuch des Fachforums Friedhof.

Im Rahmen der Stone+tec in Nürnberg veranstaltet der Bundesverband Deutscher Steinmetze am Donnerstag, 14. Juni 2018 von 11:00-17:00 Uhr auf der Zentralbühne in Halle 9 des Nürnberger Messegeländes ein Fachforum für nachhaltige Friedhofsentwicklung und -verwaltung.

Hochkarätige Referenten greifen ganz unterschiedliche Themen auf: So referiert u.a. Ingrid Hannemann von der KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH München zur Finanzierung von gemeindlichen Friedhöfen und Fragen der sinnvollen Gebührenkalkulation. Johannes

Heger, Referent beim Hessischen Städte- und Gemeindebund öffnet die „sieben Siegel“ von Friedhofssatzungen und erläutert Mögliches und Unmögliches bei Satzungsregelungen. Preisträger aus dem Bundeswettbewerb „Neue Wege auf dem Friedhof!“ präsentieren ihre Projektideen ebenso wie Günter Czasny, Geschäftsführer der Strassacker Kunstgießerei Süßen, der Versäumnisse und Chancen bei der Friedhofsentwicklung aufgreift. Hermann Rudolph aus Obergünzburg im Allgäu, passionierter Steinmetz und Handwerker aus Leiden-



Bild: Wild/fotowild.de/BIV



Erntehelfer. Facharbeiter. Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmen mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit. Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk, schneller Gerätewechsel und

dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünlandeinsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen. Mehr unter www.mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/agrarindustrie



Der Unimog auf der IFAT 2018 München

vom 14. - 18. Mai 2018 finden Sie uns in Halle C6, Stand C341

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rückdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Sibler und Rößle sprechen vor schwäbischen Realschuldirektoren

Donauwörth – Der neue Staatsminister für Bildung und Kultus, Bernd Sibler, besuchte anlässlich der Direktorentagung der schwäbischen Realschulen das Landratsamt Donau-Ries.

Zur Eröffnung der Tagung begrüßte Landrat Stefan Rößle alle anwesenden Realschuldirektoren im Donauwörther Landratsamtsgebäude und stellte ihnen dabei den Landkreis Donau-Ries vor, der nicht nur durch seine gute wirtschaftliche Situation, sondern auch durch beständige Investitionen in seine Schullandschaft zu überzeugen weiß.

Der neue Staatsminister für Bildung und Kultus, Bernd Sibler, hob die Bedeutung der Realschulen für Bayern hervor: „Die Realschulen in Bayern bestechen durch ihre einmalige Ausrichtung: Die Schülerinnen und Schüler werden

hier in besonderer Weise auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet. Die Realschule legt aber auch ein solides Fundament für den Besuch einer weiteren Schule.“

Zuvor hatte er sich bereits im Rahmen eines Gesprächs mit Landrat Stefan Rößle in das goldene Buch des Landkreises Donau-Ries eingetragen.

Abschließend zollte Kultusminister Sibler den Realschuldirektoren seinen Respekt: „Die Direktorinnen und Direktoren tragen mit ihrem Engagement entscheidend zu einer modernen und zukunftsorientierten Realschule bei. Dafür danke ich Ihnen herzlich.“



Kultusminister Bernd Sibler (Mitte) mit Landrat Stefan Rößle (l.) und dem Ministerialbeauftragten Realschuldirektor Bernhard Buchhorn im Sitzungssaal des Landratsamtes in Donauwörth.

Bild: Simon Kapfer, LRA Donau-Ries

Limes-Therme und Kaiser-Therme:

Zweckverbände zogen Bilanz

Mehr Licht als Schatten weist die Entwicklung der Limes-Therme Bad Gögging und der Kaiser-Therme Bad Abbach auf, wie die Versammlungen der jeweiligen Zweckverbände zeigten.

Laut Bezirkstagspräsident und Zweckverbandsvorsitzendem Dr. Olaf Heinrich gingen in der Limes-Therme die Besucher- und Behandlungszahlen im Vergleich zu 2016 zwar um 4,18 Prozent zurück, im Hauptsatzbereich Thermal-Erholungsbereich im Vergleich zu 2016 um 31 Prozent und die Übernachtungszahlen von 476.566 in 2016 auf 474.775 in 2017. Jedoch wurden mit 109.363 Gästeankünften etwa 130 mehr als im Vorjahr verzeichnet.

Steigerungen bei Präventions- und Kursangeboten

Starke Steigerungen gab es zudem bei den Präventions- und Kursangeboten im Therapiebad, insbesondere beim Reha-Sport im Wasser. Der Grund hierfür ist, dass diese Leistungen von den Krankenkassen mitfinanziert werden. Damit schließt das Haushaltsjahr 2017 mit einem Minus von 2,05 Millionen Euro, was aber um 655.000 Euro geringer als erwartet ausfällt.

Hoffnung auf eine gute künftige Entwicklung geben die Vergleichszahlen von Januar 2017 und 2018, denn bereits in diesem Zeitraum konnte man 500 Übernachtungen mehr als im vergangenen Jahr verbuchen. Darüber hinaus investiert der Zweckverband auch heuer wieder in eine weitere Attraktivitätssteigerung der Limes-Therme. So sollen die Wohnmobilstellplätze aufgrund zunehmender Beliebtheit erweitert werden – Kostenpunkt: 579.000 Euro.

Darüber hinaus soll 2018 die Notbeleuchtung im Außenbereich sowie teilweise in den Bestandsgebäuden für rund 190.000 Euro erneuert werden. Die Sicherheitsstandards müssen im Zuge der baulichen Veränderungen bei der Römersauna angepasst werden und machen wegen Unterverteilungen in den Schaltanlagen auch Nachbesserungen in den Bestandsgebäuden erforderlich.

Anlass zur Freude gab die 100. Versammlung des Zweckverbandes Kaiser-Therme: 2017 wurde mit 2,58 Millionen Euro um rund 335.000 Euro mehr eingenom-

men als im Vorfeld angenommen. Gleichzeitig lagen die Ausgaben mit 3,93 Millionen Euro knapp 95.000 Euro unter dem Haushaltsansatz.

Damit schließt die Therme das Jahr 2017 zwar mit einem Minus von 1,35 Millionen Euro, allerdings fällt das Ergebnis wesentlich geringer aus als gedacht. Die Gästeankünfte stiegen im Vergleich zu 2016 um 31 Prozent und die Übernachtungszahlen um 22 Prozent.

Über verschiedene erfolgreiche Werbeaktionen wie etwa die Lade-wochen Geldwertkarte, die Beteiligung an der Semestertüte für Studienanfänger in Regensburg sowie die Globus-Bonuspunkte-Aktion an verschiedenen Standorten informierte Thermenleiterin Katrin Landes. Anstehende Investitionen seien u. a. ein neues Dampfbad in der Saunawelt, die Modernisierung der IT-Struktur sowie der Ausbau des Umkleidebereichs.

Zweckverbandsvorsitzender Dr. Olaf Heinrich sprach von einer sehr „positiven Entwicklung“. Er lobte Werkleiterin Landes für ihre exzellente Arbeit. „So ist es gelungen, während der Schließung des Westbades neue Kunden zu gewinnen und zu halten“, urteilte der Bezirkstagspräsident.

Die konkrete Entwurfsplanung samt Kostenberechnung für den Ausbau und die Sanierung der Sanitäräume im Untergeschoss präsentierte im Anschluss der Regensburger Architekt Uwe Simon. Seinen Ausführungen zufolge unterscheidet sich die Berechnung der Kosten nur unerheblich von den bisherigen Schätzungen. Im Juli 2017 war diese in Höhe von 600.000 Euro von der Zweckverbandsversammlung bereits genehmigt worden. Die nun berechneten Mehrkosten seien vor allem dem notwendigen Austausch von Kunststoffleitungen geschuldet, die sich als sehr schadensanfällig erweisen. Einstimmig segneten die Zweckverbandsräte die Entwurfsplanung und Kostenberechnung mit einer Gesamtsumme von 695.000 Euro ab. Für Juni ist der Baubeginn vorgesehen, im November soll die Maßnahme abgeschlossen sein. **DK**



Die Vorstandschaft des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Pfaffenhofen, gemeinsam mit Landrat Martin Wolf. V. l.: Reinhard Heinrich (Reichertshausen), Landrat Martin Wolf, Helmut Bergwinkel (Pörnbach), Dr. Franz Dirnberger (Geschäftsführender Direktor des Bayerischen Gemeindetags), Manfred Russer (Hohenwart, Kreisverbandsvorsitzender), Albert Vogler (Schweitenkirchen), Jens Machold (Wolnzach), Martin Schmid (Vohburg), Christian Staudter (Geisenfeld).

Bürgermeister warten auf den „großen Wurf“

Mit der Finanzierung von gemeindlichen Straßenbaumaßnahmen befasste sich die Kreisversammlung des Bayerischen Gemeindetags des Landkreises Pfaffenhofen bei seiner jüngsten Sitzung im Kulturstadl in Vohburg. Dabei ging es vor allem um die Frage, wer Straßensanierungen künftig bezahlen soll, wenn die Anliegerbeiträge wegfallen.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetags, Hohenworts Bürgermeister Manfred Russer betonte, sei durch den Gesetzesentwurf für die neue gesetzliche Regelung die Übergangszeit (Straßenbaumaßnahmen, die vor 2018 durchgeführt, aber noch nicht abgerechnet sind) aufgrund der vom Staat beabsichtigten „Spitzabrechnung“ mit einem finanziellen Ausgleich für die Gemeinden „relativ klar“. Mit wieviel Geld die Kommunen jedoch mittel- und langfristig für ihre Tiefbauinvestitionen rechnen können, ist noch nicht ab-

schließend geregelt. „Wir warten wir auf eine endgültige Regelung durch die Staatsregierung“, so Russer.

Flächenverbrauch im Fokus

Der bei der Tagung anwesende Geschäftsführende Direktor des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Franz Dirnberger, wies darauf hin, dass man eventuell erst im Herbst endgültig weiß, mit welchen staatlichen Finanzspritzen die Gemeinden künftig beim Straßenbau rechnen können. „Wir glauben, dass die bisher veran-

schlagten 60 Millionen Euro pro Jahr nicht ausreichen werden“, fürchtet Gemeindetags-Kreisvorsitzender Russer. „Das wird deutlich mehr werden.“

Ein weiteres, auch in der Öffentlichkeit heiß diskutiertes Thema war der Flächenverbrauch für Wohnbau- und Gewerbegebiete. „Hier sind die Gemeinden in der Zwickmühle“, so Manfred Russer. „Auf der einen Seite sollen wir Bauland ausweisen, um die große Nachfrage zu befriedigen und den Wohnraumangel beheben zu können. Auf der anderen Seite bekommen wir ständig Vorwürfe, dass zu viel Fläche verbraucht wird.“ Vor allem in den Boomregionen brauche man hier einen „gesellschaftlichen Konsens“. Mit einer „Verhinderungspolitik“ sei „niemandem geholfen“. Auf jeden Fall müssten auch künftig in den Gemeinden Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sein, Baugelände auszuweisen. „Von einer Quotenregelung halten wir überhaupt nichts“, so Russer. Jede Ge-

54 neue Genussorte

Künftig dürfen sich 54 weitere Städte, Gemeinden und regionale Zusammenschlüsse aus dem Freistaat Bayern ganz offiziell „Genussort“ nennen. Sie sind die Gewinner einer zweiten Auswahlrunde im Wettbewerb „100 Genussorte Bayern“, wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber in München mitteilte.

„Hier ergänzen sich regionale Spezialitäten, handwerkliche Herstellung und gelebter Genuss in besonders verbildlichter Art und Weise“, erklärte die Ministerin bei der Bekanntgabe der Sieger. Die neuen Genussorte seien damit wichtige Botschafter für die einzigartige Lebensart und Genussskultur in Bayern. Laut Kaniber gibt es in keinem anderen Bundesland eine ähnlich große Vielfalt an regionaltypischen Spezialitäten, kulinarischen Schätzen und Traditionen. Der Wettbewerb solle diesen Reichtum stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen.

Eine unabhängige Jury mit Vertretern aus Gastronomie, Tourismus, Landwirtschaft, Kultur, Kirche, Verbraucherschutz und Medien hatte die Gewinner zuvor aus über 140 Bewerbungen ausgewählt. Kaniber wird die neuen Genussorte im Mai bei einem Festakt in der Würzburger Residenz auszeichnen. Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte die Jury die ersten 46 Genussorte ausgewählt.

Einer von 100 Genussorten in Bayern und der einzige im Landkreis Schweinfurt ist der Markt Handthal. Bürgermeister Manfred Schötz ist begeistert und dankt allen Beteiligten für die tolle Zusammenarbeit bei der Antragstellung, aber auch der Jury und vielmehr denjenigen, die sich im Laufe der vergangenen Jahre und Jahrzehnte für Handthal auf seinem Weg zum „Genussort“ eingesetzt haben.

Beispiel Handthal

Mit einem Augenzwinkern schmunzelt der erste Bürgermeister in sich hinein: „Ich habe es nicht nur gehofft, sondern für mich war klar, dass Handthal einer der 100 Genussorte in Bayern werden wird.“ Am 11. Mai 2018 darf er die Urkunde und den Pokal für den Genussort Handthal in der Würzburger Residenz von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber entgegen nehmen.

Handthal steht wie kein anderer Ort in der Region für Genuss, vor allem Weingenuss. So-

fort taucht vor dem inneren Auge des Weinkenners das Bild des Handthaler Stollberges mit seinen Steillagen auf. In Handthal kann man Frankenwein aus dem Weinpanorama Steigerwald in Verbindung mit Fisch, Kräutern, Wild und anderen Köstlichkeiten wie an keinem anderen Ort der Region genießen.

Die örtlichen Winzer sind sich der langen Weinbautradition bewusst und gehen trotzdem immer wieder neue Wege. Die Weinerzeugung und -verarbeitung kann heutzutage aktiv miterlebt werden. Die örtliche Gastronomie, die besonders in Handthal eine außergewöhnliche Dichte erfährt, trägt mit überlieferten aber auch modern interpretierten Rezepten zu besonderen Gaumenfreuden bei.

Der Winzerort Handthal kann im wahrsten Sinne des Wortes mit allen Sinnen erlebt werden. Sei es bei einer Kräuterwanderung mit der Kräuterführerin. Bei einer kulturellen Veranstaltung oder bei einer wandernden Weinprobe durch die Weinberge bis hinauf zum terroir f Punkt am Handthaler Stollberg. Hier kann man sich über die Geschichte des Weinbaus weltweit informieren und einen wirklich spektakulären Blick auf das Steigerwaldvorland genießen. Die „Genuss-Palette“ reicht bis hin zu kulinarischen Genüssen in den sechs gastronomischen Betrieben.

Ganz besonders sind es aber die Menschen, die diesen Ort durch eine enge Verbundenheit ausmachen. Der Antrag wurde von der Gemeinde Oberschwarzach gestellt. Beate Glotzmann von der Tourist-Information Gerolzhofen hat ihn für die Gemeinde bearbeitet. Sie wurde aktiv unterstützt von den beteiligten Betrieben, insbesondere vom Tourismus Aktions Team Oberschwarzach, Monika Lindner, Familie Barbara und Manfred Baumann von Weingut Forellenhof und von Christoph Schmitz, Zweckverband Schweinfurt 360°. **DK**

meinde müsse im Rahmen ihrer Planungshoheit nach wie vor entscheiden können, in welchem Umfang sie Flächen ausweisen und damit wachsen will.

Thema Glyphosat

Immer wieder ein Thema für die Gemeinden des Landkreises ist die Thematik „Glyphosat“, meinte Russer. Eine Umfrage des Kreisverbands bei allen Gemeinden im Landkreis habe ergeben, dass keine Kommune mehr diese Pestizide anwendet. Auf öffentlichen gemeindlichen Grünflächen ist es also mittlerweile landkreisweit tabu. Dies gilt, so wurde in der Versammlung beschlossen, auch für die Zukunft. Keine Kommune werde eine gesetzlich mögliche Ausnahmeregelung für die Pestizidanwendung beantragen.

Was die verpachteten gemeindlichen Flächen betrifft, so gibt es eventuell Regelungen in den individuellen Pachtverträgen. Die meisten Grünflächen werden jedoch nach Ansicht Russers ohnehin „extensiv“ im Rahmen eines Naturschutzprogramms bewirtschaftet, so dass auch dafür keine Notwendigkeit eines Glyphosat-Einsatzes besteht. Für alle anderen Flächen, insbesondere die landwirtschaftlich bewirtschafteten, gibt es gesetzliche Vorschriften, an die sich alle halten müssen. „Hier dürfen und brauchen wir nichts zu regeln oder uns einzumischen“, so die Meinung des Gemeindetagsvorsitzenden. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Erlebnispfad Kirchensittenbach:

Aktive Begegnung mit der Natur

Einen ganz besonderen Spielplatz haben die Bürger im mittelfränkischen Kirchensittenbach geschaffen. Unter Mithilfe von kleinen und großen Helfern ist ein vom Bildungsfond Nürnberger Land mitfinanziertes einmaliges Projekt in Form eines Erlebnispfad entstanden. Auch viele weitere Spender haben sich in das Objekt eingebracht.

Bürgermeister Klaus Albrecht zeigte sich bei der offiziellen Einweihung im vergangenen Jahr begeistert von der Zusammenarbeit „seiner“ Bürger, die die Realisierung des Naturerlebnispfadens in nur wenigen Monaten ermöglicht hat. Das Gelände ist auf mehreren Ebenen angelegt, Klettermöglichkeiten in Form von Baumgerüsten, Erdwällen und einem kleinen Hügel sorgen dafür, dass der Spielplatz abwechslungsreich und optisch ansprechend gestaltet ist.

Natur mit allen Sinnen erleben

„Neues schaffen für den Landkreis“ lautete das Motto der Initiatoren. Der Erlebnispfad bietet die Möglichkeit, Natur im Jahreslauf mit allen Sinnen zu erleben, Tiere und Pflanzen in ihrer natürlichen Gemeinschaft zu beobachten, Wissenswertes und Ungewöhnliches über sie zu erfahren oder aus ungewöhnlichen Perspektiven zu betrachten. Der für jedermann frei zugängliche Erlebnispfad

richtet sich an Kindergärten, Schulen, Vereine und andere gemeinnützige Organisationen, sowie an interessierte Privatpersonen. Ziel ist es, Raum für Körper, Geist und Seele zu schaffen, Hektik und Stress zu verringern.

Pflanzentiergarten

Teil des Erlebnispfadens ist zum Beispiel der Pflanzentiergarten, d. h. Pflanzen mit Tiernamen wie Gänseblümchen, Löwenzahn, Fette Henne und andere Wildpflanzen. In einem anderen Teilbereich befinden sich die Duftpflanzen und entführen den Besucher in das Reich der Sinne. Das Reich der Erdzwerge befindet sich in der Matschzone, der Sandinsel, im veränderbaren Wasserbereich, der zum Spielen einladen soll. Ein Alpha-Bereich zeigt die Pflanzenwelt geordnet nach dem ABC.

In dem mit einer Bank und einer Wolkenschaukel gestalteten Bereich „Ich finde mich wieder“ darf der Besucher zur Ruhe

kommen und sich entspannen. Weiden und Kopfweiden, die später für die kreative Gestaltung verwendet werden dürfen, umranden den Erlebnispfad. Eine Besonderheit stellt die Verbindung von Kunst und heimischer Pflanzenwelt dar. Den Künstlern vor Ort wird die Möglichkeit gegeben, sich mit ihren Werken in die Themenbereiche einzubringen. So können im Pflanzentiergarten gemalte Pflanzentierbilder das Erkennen und Finden einfacher machen. Einige Skulpturen dürfen im Duftbereich entstehen und das ABC wird künstlerisch gestaltet.

Vernetzung zwischen Kindergarten und Schule

Darüber hinaus wird die Vernetzung zwischen Kindergarten und Schule vor Ort gefördert. Im Kindergarten werden die heimischen Pflanzen und der naturnahe Lebensraum erlebt, genossen und auf besondere Art und Weise verinnerlicht. Die Grundschule Kirchensittenbach ist eine Umweltschule und lebendiges Lernen mit Kopf, Herz und Hand von und mit der Natur stehen im Vordergrund. Der Erlebnispfad dient der Erforschung des heimischen Lebensraums und seiner vielfältigen Arten und bietet gleichzeitig die Möglichkeit, quasi als Verlängerung zum bereits naturnah gestalteten Pausenhof weitere Lebensräume für Pflanzen und Tiere kennenzulernen.

Die Natur im Erlebnispfad bietet Erfahrung mit den Elementen, die dafür entscheidend sind, dass Kinder sich gut entwickeln. Freiheit, Widerstandsfähigkeit, Verbundenheit und Unmittelbarkeit lauten die Zauberwörter. Das heißt, Kinder können dort selbst gestalten und experimentieren.

Sie erleben Abenteuer. Dabei lernen sie, mit dem Scheitern klarzukommen und Hindernisse zu überwinden. So können sie ihre fundamentalen Lebenskompetenzen aufbauen. Die Kinder können sich diese Welten selbst und ohne Vorgaben erobern. Wenn sie einen Baum hoch klettern, dann klettern sie immer so weit, wie sie es gerade schaffen. Sie bestimmen ihre Herausforderungen selbst. Dies ist auf alle Generationen übertragbar. DK

Der beste Energieträger ist die Sonne: an sonnenreichen Tagen läuft die Anlage energiefrei und trotzdem auf Hochtouren.

Der Fortschritt ist Programm

Der Fortschritt ist ein Premiumkennzeichen der Firma Kraus. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, den getrockneten Schlamm weiterhin in seine Bestandteile zu zerlegen und verwertbarer zu machen. So ist man gerade dabei herauszufinden, wie das sehr nützliche Phosphat vom Schlamm getrennt wird. Diese Technik wird in Kürze verfügbar sein und kann als entsprechendes Patent angemeldet werden. Einige Patente, wie eine vollautomatische Rechenanlage im Trocknungshaus, laufen bereits.

Kraus holt den Klärschlamm zahlreicher Kommunen aus den Landkreisen Neustadt/WN, Tirschenreuth, Schwandorf und Cham ab. Ein weiteres Doppel-Trocknungshaus ist geplant.

Die Kommunalvertreter zeigten sich ob des technischen Fortschritts sehr beeindruckt. Zum Abschluss dankte KPV-Kreisvorsitzender Kappl Unternehmer Martin Kraus mit einem kleinen Präsent für die äußerst interessante Besichtigung. sl



Der Erlebnispfad ist abwechslungsreich und optisch ansprechend gestaltet.

Neustadt/Waldnaab:

Kreis-KPV besichtigte Klärschlamm-trocknungsanlage

Leuchtenberg/Esarn. Im Rahmen des politischen März im CSU-Kreisverband Neustadt/Waldnaab trafen sich die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) mit Kreisvorsitzendem Anton Kappl, Bürgermeister der Marktgemeinde Leuchtenberg, zu einer Besichtigung der Klärschlamm-trocknungsanlage in Roßtränk bei Esarn. Der Leuchtenberger Marktrat Gerd Scharff, der die Anlage elektrotechnisch betreut, stellte dazu den Kontakt her.

Eine solche Klärschlamm-trocknungsanlage steht mittlerweile bei allen Kommunen immer mehr im Fokus, weil eine Entsorgung immer schwieriger wird. Der Vohenstraußer Entsorgungsunternehmer Martin Kraus hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine langfristige Lösung herbeizuführen.

Seit 30 Jahren beschäftigt sich Kraus mit der Entsorgung vieler Materialien gerade im Abwas-

serbereich. Vor vielen Jahren begann er mit der Verwertung von Klärschlamm. Vor rund fünf Jahren begannen die ersten Schritte zur Klärschlamm-trocknung. Nach langem Antragsverfahren konnte er die Anlage in Roßtränk bei Esarn errichten.

Die große Biogas-Anlage liefert reichlich Energie zur Trocknung in dem „gewächshausartigen“ Gebäude aus durchsichtiger Folie.



Informationsbesuch der Landkreis-Bürgermeister mit KP-Vorsitzendem Anton Kappl und Organisator Gerd Scharff (v. r.). Bild: Sieglinde Schärft

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Digitalpakete, Digitalisierungsoffensiven, Digitalisierungsministerien – jetzt geht es wirklich darum, das richtige Bewusstsein für die Herausforderungen der digitalen Transformation zu wecken und entsprechend auch Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit wir in Deutschland und Europa nicht total von den künftigen Entwicklungen abgehängt werden.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat gerade die Ergebnisse einer EU-Studie zu den Chancen der Künstlichen Intelligenz (KI) gelesen.

Die zeigen, dass wir noch einen erheblichen Weg vor uns haben, wenn wir Spitze in der schönen neuen Welt des Digitalen sein wollen. So werden nur 4 Prozent aller Daten, die weltweit verarbeitet werden, in der EU ge-

Digitale Transformation forcieren

speichert. Zu Deutsch: Wir lassen das Gold des 21. Jahrhunderts im Boden liegen.

Gut, diese Klage mag drei Wochen vor Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung vielleicht etwas deplatziert wirken. Aber nur auf den ersten Blick, denn effektiver Datenschutz und zielgerichtete Datennutzung schließen sich nicht aus. Zumal gerade wir Deutschen so bereitwillig Daten von uns preisgeben. Fast jeder hat ein Konto bei ein oder mehreren Onlineshops und wir sammeln mit Leidenschaft Rabattpunkte, die wir in Gartenschere, Topfsetz und Gewürzstreuer eintauschen. Dafür geben wir detailliert Auskunft über unsere Einkaufsgewohnheiten, Vorlieben und Lebensumstände. Damit machen wir uns ganz freiwillig und aus Lust am Schnäppchen zur gläsernen Datenmelkkuh.

Zudem haben 37 Prozent der europäischen Arbeitnehmer nicht einmal Grundfertigkeiten im Umgang mit Computer und Co. Das klingt plausibel. Was will ein Pflasterer, ein Abbruchunternehmer oder ein Möbelpacker schon mit einem Computer anfangen? Naheliegender, aber kurzfristig. Denn schon jetzt könnte ein Computerprogramm dem Pflasterer oder Fliesenleger die ideale Anordnung der Steine ausrechnen und vorschlagen. Der Abbruchunternehmer könnte bald nur noch hinter

einem Schaltpult sitzen, wenn Maschinen die Drecksarbeit alleine machen. Und auch der Möbelpacker könnte zum reinen Logistiker werden, wenn Roboter lernen, Treppen zu steigen und überlange Sofas optimal im Raum eines engen Treppenhauses zu drehen.

Sodann attestiert der Bericht Europa Bärenstärke bei Forschung und Entwicklung, aber Mäusekräfte bei der marktreifen Anwendung von

Innovationen. Das erinnert an das berühmte Faxgerät, das in Deutschland entwickelt wurde, man aber nicht glaubte, dass es ein Bedürfnis gäbe, mit hohem Aufwand Texte zwischen A und B zu kopieren, wenn man sie doch für ein paar Pfennige per Post schicken konnte. Japaner faszinierte die Technik, sie entwickelten sie zur Marktreife weiter und landeten damit einen Megacoup.

Dabei ist es sicher nicht so, dass damals oder heute jemand bei der Betrachtung seiner Briefmarkensammlung denkt, er befasse sich mit einer Zukunftstechnologie des Kommunikationswesens. Aber Europa ist zu risikoscheu. In vielen deutschen Ohren klingt das Wort Risikokapital wie der obszöne Aufruf zur Geldvernichtung, statt wie den Amerikanern als Musik der Rendite. Deshalb können sich auch Wirtschaftsjournalisten und Leserbriefschreiber hierzulande seitensweise über niedrige Sparzinsen echauffieren, aber keiner prangert die unzureichende steuerliche Förderung von Kapital an, das in Start-ups gesteckt oder für die Marktreife von innovativen Produkten aufgewendet wird.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat eine Befürchtung. Nämlich, dass der Schwung und die Entschlossenheit, die es jetzt bräuchte, um die digitale Transformation voranzubringen und zu gestalten, über kurz oder lang durch fehlende Investitionsmittel, kleinliche Bedenken oder der puren Bräsigkeit einer satten Gesellschaft gebrochen werden. Dabei wusste schon Perikles, der große Staatsmann der griechischen Antike: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft voraus zu sagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“

the Sabrina

Landkreis Pfaffenhofen:

Besondere Aufmerksamkeit für die „Töchter“

Der Landkreis Pfaffenhofen wird sein Augenmerk künftig verstärkt auf seine „Töchter“ legen. Landrat Martin Wolf brach kürzlich eine Lanze für eine intensive fachliche und zeitlich ausgeweitete Betreuung der Landkreisbeteiligungen.

Wie der Landkreischef mitteilte, soll das Beteiligungsmanagement, das bisher in der Kreisfinanzverwaltung mit einer 0,5-Stelle angesiedelt war, künftig mit einer Vollzeitstelle im Büro des Landrats wahrgenommen werden. Gleichzeitig soll der Stelleninhaber die Funktion des persönlichen Referenten des Landrats erfüllen. Dies sei bei vielen Gebietskörperschaften momentan üblicher Standard, so der Landrat. Im Finanzhaushalt des Landkreises ist eine entsprechende Position vorgesehen.

Wie Wolf weiter mitteilte, ist für diese herausragende Position der frühere Kreisrechnungsprüfer und jetzige Co-Geschäftsführer der Ilmtalklinik Christian Degen vorgesehen, der immer die Rückkehrmöglichkeit ins Landratsamt als Option offen gehalten hat. Dieser habe hervorragende verwaltungsrechtliche und betriebswirtschaftliche Kenntnisse und eine langjährige Verwaltungserfahrung.

Der Landrat bezeichnet die Personale Degen als günstige Option. Er kenne sowohl das Landratsamt als auch die Beteiligungen des Landkreises – insbesondere die Ilmtalklinik – sehr gut. Gerade um letztere werde sich Degen auch in Zukunft in Zusammenarbeit mit dem Landrat als Aufsichtsratsvor-

sitzenden „intensiv kümmern“. Die Gestaltung des personellen Übergangs wird Martin Wolf den zuständigen Kreisgremien bei den nächsten Sitzungen vorstellen.

Der Landkreis brauche im Haus eine zentrale Anlauf-, Koordinierungs- und Steuerungsstelle mit erweiterten Kompetenzen. Die Arbeit bei der Betreuung der über 20 Beteiligungen des Landkreises an Körperschaften und Gesellschaften des öffentlichen und privaten Rechts sei in den vergangenen Jahren immer intensiver und wichtiger geworden. Entsprechend umfangreicher sei die Vor- und Nachbereitung von Terminen. Der persönliche Referent soll den Landrat auch zu wichtigen Sitzungen und Besprechungen begleiten.

Mega-Themen forcieren

Als Beispiele nannte Wolf das Gesundheitswesen, den Abfallwirtschaftsbetrieb, den regionalen Planungsverband und den Zweckverband Verkehrsgemeinschaft Ingolstadt. „In allen Bereichen geht es um Herausforderungen der Zukunft und viel Geld“, betonte der Landkreischef. Das habe man in den letzten Jahren deutlich bei der Entwicklung der Ilmtal-

klinik gesehen. Wichtige „Mega-Themen“ wie die Digitalisierung, der soziale Wohnungsbau und der öffentliche Personennahverkehr müssten vorangetrieben werden, um auch in Zukunft im Landkreis gut aufgestellt zu sein. Insofern hätten sich die Schwerpunkte der Arbeit im Vergleich zu früheren Jahren „deutlich verändert“.

Ferner erwarten die Kreisräte nach Ansicht des Landrats zu Recht, über die Diskussionen, Arbeitsinhalte und Entscheidungen in den zentralen Themenfeldern noch mehr informiert und eingebunden zu werden. Daher sei geplant, die Strukturen und die Aufgabenverteilung weiter zu verbessern. Ferner werde man die Steuerung und den Ablauf von Prozessen im täglichen Verwaltungsablauf überdenken.

Landkreischef Wolf ist sich sicher, dass durch diese Schwerpunkt- und die künftige Aufgabenverteilung ein erheblicher Mehrwert für alle betroffenen Bereiche und die gesamte Kreisverwaltung entsteht. Die neue Stelle habe insbesondere die Aufgabe, die Kommunikation und den Informationsfluss zwischen dem Landkreis und den betroffenen Organen und hier insbesondere zu den Kreisräten zu gewährleisten, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zu begleiten und zu fördern sowie den Einfluss des Landkreises auf die Beteiligungen sicherzustellen. □

Tourismusverband Allgäu/Bayerisch Schwaben:

Nachhaltigkeit im Vordergrund

Seine Forderungen zur Landtagswahl präsentierte der Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben bei seiner Jahreshauptversammlung im LEGOLAND Deutschland in Günzburg. Laut Verbandsvorsitzendem Klaus Holetschek, MdL, sind gerade die glänzenden Gästezahlen und die hohe Wertschöpfung der Wirtschaftskraft Tourismus Auftrag für eine aktive Gestaltung der Rahmenbedingungen.

Der Landrat des gastgebenden Landkreises Günzburg, Hubert Hafner und der Günzburger Oberbürgermeister Gerhard Jauernig verwiesen in ihren Grußworten auf die enorme Entwicklung der Region durch den Tourismusmagneten LEGOLAND Deutschland. Sie sprachen sich dafür aus, die Kräfte zu bündeln, um auch das Nebensaison-Angebot auszubauen und die Aufenthaltsdauer der Gäste zu verlängern.

Neue Bestmarken

Wie bereits in den Vorjahren kann der Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben erneut auf hervorragende Tourismuszahlen verweisen. So wurden mit einem Plus von 6,1 Prozent bei den Gästeankünften und 2,5 Prozent bei den Übernachtungen neue Bestmarken erreicht. Mit einer jährlichen Wertschöpfung von über fünf Milliarden Euro befindet sich die Tourismuswirtschaft in Schwaben auf Augenhöhe mit anderen Schwergewichten wie dem Fahrzeug- und Maschinenbau oder der Verpackungsindustrie, stellte Holetschek fest und sprach sich für die Entwicklung einer Zukunftsvision Tourismus 2040 aus.

In seinen „Forderungen zur Landtagswahl 2018“ wiederholte er sein Plädoyer für ein bayrisches Vernetzungs- und Kompetenzzentrum für Tourismus in Schwaben. Wichtiger Partner soll hierbei die Hochschule Kempten sein, die sich als Ideen- und Impulsgeber für die behutsame Weiterentwicklung von alpinen Tourismusdestinationen mit der Zielsetzung ‚Qualitätstourismus als Grundlage für deren nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit‘ in ein Vernetzungs- und Kompetenzzentrum Tourismus in Schwaben einbringen kann.

Digitalisierung im Blick

Beim Thema nachhaltige Tourismusentwicklung müssten ebenso Akzente gesetzt werden wie bei der Digitalisierung. Digitale Buchungswege, Betriebsabläufe und Serviceangebote aller Art gehörten zum Alltag. Die erforderliche Infrastruktur inklusive WLAN müsste mit entsprechender Kapazität und Datengeschwindigkeit flächendeckend hergestellt werden.

Vor allem kleine Betriebe (Gastgeber und Leistungsträger) gilt es laut Verband mitzuneh-

men und wettbewerbsfähig für digitale Märkte zu machen. Das Digitale Zentrum Schwaben mit Gründerzentren in Augsburg und Kempten sei deshalb weiter zu fördern. Sharing Economy im Beherbergungsgewerbe sei Herausforderung und Chance zugleich. Allerdings müssten hier die gleichen Anforderungen, Rahmenbedingungen und Regeln gelten wie im klassischen Beherbergungsgewerbe.

Eine weitere Forderung lautet: „ÖPNV und SPNV in Tourismusregionen müssen im Vergleich zur individuellen Mobilität deutlich attraktiver und insbesondere für Gäste zur meistgenutzten Alternative werden. Der Ausbau unter Berücksichtigung der Kriterien für Barrierefreiheit ist eine Basisleistung.“ Zentral sind hierbei die Forderungen nach einer flächendeckenden Elektrifizierung des Schienenverkehrs in Schwaben (Beseitigung des sog. „Diesellochs“), Förderung, Ausbau und Attraktivierung des ÖPNV sowie Einführung eines einheitlichen Verkehrstarif- und Ticketverbands.

Masterplan Mobilität

Umweltverträgliche Beförderungskonzepte wie Elektro- oder Wasserstoffantriebe müssten und könnten in sensiblen Tourismusregionen beispielhaft getestet und etabliert werden. Hierzu gehört vor allem auch die individuelle touristische Mobilität. Innerdeutsche Quellmärkte und attraktive Auslandsmärkte sollen über den Allgäu Airport weiter entwickelt werden. Ein Masterplan „Mobilität in Schwaben“ muss Holetschek zufolge unter besonderer Berücksichtigung intermodaler Verkehrssysteme erstellt werden.

Bayerns neuer Tourismusminister Franz Josef Pschierer unterstrich die positive Entwicklung des Tourismus in der Region: „Schwaben ist gesegnet mit touristischen Highlights. Die schwä-

bische Statistik weist 5,6 Millionen Gästeankünfte und 16,2 Millionen Übernachtungen für 2017 aus. Der Tourismusverband ist eine Blaupause für den Erfolg“, so der Minister.

Für Pschierer ist klar, dass der Tourismus inzwischen eine Leitökonomie im Freistaat ist und positive Impulse in den Regionen auslösen kann. Der Minister will deshalb mit neuem Personal und zusätzlichen Schwerpunkten die Stärken und Bedürfnisse der Tourismuswirtschaft noch zielgenauer ansprechen. Er habe deshalb im Wirtschaftsministerium bereits eine neue Tourismusabteilung gegründet.

Vernetzung von Tourismuswirtschaft und Wissenschaft vorantreiben

Pschierer kündigte außerdem an, ein Bayerisches Institut für Tourismus einzurichten, um die Vernetzung von Tourismuswirtschaft und Wissenschaft voranzutreiben. „Wir müssen uns jetzt gemeinsam den Herausforderungen stellen. Wir werden in den kommenden Monaten gezielt unsere Tourismusorte und unsere Kur- und Heilbäder stärken, insbesondere kleine Hotels und Pensionen fördern, Gasthäusern und Restaurants Möglichkeiten zur Modernisierung aufzeigen und weitere Verbesserungspotentiale identifizieren. Wir sollten im Tourismus unseren eigenen Weg gehen, anstatt Erfolgsmodelle zu kopieren. Wir wollen keinen Eventtourismus, bei uns steht Qualität vor Quantität“, erläuterte Pschierer. Überdies wolle er sich der Fachkräftesituation und der hohen Abbrecherquote bei den Auszubildenden im Gastgewerbe annehmen.

Die breite Palette der Marketingarbeit in beiden Destinationen stellte schließlich Geschäftsführer Bernhard Joachim in seinem Bericht dar. In diesem Zusammenhang dankte er den touristischen Partnern im Allgäu und in Bayerisch-Schwaben für die hervorragende Kooperation sowie dem Freistaat Bayern für die Bereitstellung der Landesmittel für das Tourismusmarketing. DK

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



„Kunststoffcampus bayern“ in Weißenburg bekommt Zuwachs

Die Technische Hochschule Deggendorf wird ihre bisherigen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Bereich der „Polymeren Werkstoffe und deren Anwendung“ ausweiten und im Markt Huthurm/Landkreis Passau im Frühjahr 2019 einen weiteren Technologicampus für Kunststofftechnologie einrichten. Dieser weitere Technologicampus der TH Deggendorf wird dann unter dem Dach des „Kunststoffcampus bayern“ als Außenstelle des in Weißenburg bereits bestehenden Technologicampus fungieren und die dortigen technologischen Kompetenzen erweitern.

Im Rahmen eines gemeinsamen Pressesprächs am „Kunststoffcampus“ in Weißenburg wurden von Prof. Dr. Peter Sperber, Präsident der TH Deggendorf (Bildmitte), den Landräten Franz Meyer (Landkreis Passau, 2.v.l.) und Gerhard Wägemann (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, 2.v.r.), Oberbürgermeister Jürgen Schröppel der Großen Kreisstadt Weißenburg i. Bay. (l.) sowie dem Ersten Bürgermeister des Marktes Huthurm, Hermann Baumann (r.), die Eckpunkte des zukünftigen Kooperationsprojekts der Hochschule der Öffentlichkeit vorgestellt.

Simulation komplexer Prozesse

Während in Weißenburg die bisherigen technologischen Schwerpunkte u.a. in der Entwicklung und Herstellung neuer Kunst-

stoffcompounds, der Direktmetallisierung, dem Bewitterungs- und Alterungsverhalten von Kunststoffen, der Oberflächenmodifizierung sowie bei temperaturüberlagerten Bewegungsstudien von Kunststoffmodulen liegen, soll sich das neue Technologicampus in Huthurm zunächst auf die Simulation von komplexen Fließprozessen in der Kunststofffertigung, die Herstellung von Leichtbaustrukturen sowie auf die Digitalisierung von Fertigungsprozessen und Materialströmen konzentrieren.

Als Querschnittsthema für beide Technologicampus in Weißenburg und Huthurm gilt dabei die Entwicklung von nachhaltigen und ressourcen-schonenden Produktionsprozessen im Bereich der Kunststofftechnik. □

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

AVA-Software

ORCA
orca-software.com

Energiedienstleistung

erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co. KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Straßenbeleuchtung

LEDiKIT® Streetlight
Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.

Laternix®
transforms light to LED

Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

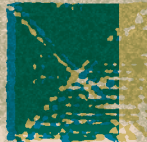
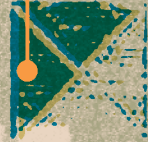
LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

FRÜHJAHR / SOMMER · 2018

Mut zum Wandel

Firmen mit Tradition auf ihrem Weg in die Zukunft



INHALT



04 „Die Flamme am Brennen halten“

Professor Reinhard Prügl beschäftigt sich mit der Zukunftsfähigkeit von Familienunternehmen – mit Tradition kennt er sich aus

08 In der Natur der Sache

Mit „Andechser Natur“ möchte Geschäftsführerin Barbara Scheitz für biologische Milchprodukte begeistern

10 Herz aus Glas

Die Glasmacherkunst der Familie Eisch aus Frauenau erfindet sich immer wieder neu

14 Aus Erfahrung gut

Die ältesten Traditionsunternehmen in Bayern und wie die LfA Familiengeschichte unterstützt

15 „Tradition durch Qualität“

Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer ist stolz auf die bayerischen Unternehmer, die für Qualität und Weiterentwicklung stehen

16 Trachten nach Mode

Wie Kathrin und Sebastian Proft Dollinger Mode im Berchtesgadener Land in die Zukunft führen

18 Die Scharfmacher

In vierter Generation leitet Franz Wunderlich die Firma Händlmaier aus Regensburg und hat jetzt die Übernahme einer neuen Firma gewagt

22 Unverhofft kommt oft

Jürgen, Florian und Anja Bach setzen gemeinsam die Gradel-Massivholzmöbel-Tradition fort

24 Meldungen

Bilanz Handwerk 2017 | Neues Vorstandsmitglied | Jahresbilanz 2017 | Junge Kunst in Bayern | Weihnachtsspende

26 LfA-Service

Förderangebote für Kommunen | Nachhaltigkeit in der LfA

27 Gesichter der LfA

Claudia Grillmaier, Kreditsachbearbeiterin | Walter Glasl, Teamleiter Liegenschafts- und Hausverwaltung



Um Tradition zu wahren, muss Neues gewagt werden.
Für die Verbindung von Geschichte und Moderne steht die Grafik von Thomas Saible auf unserer Titelseite, veredelt mit der Pantone-Sonderfarbe 804 U.

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München
Verantwortlich Anita Dehne, Michael Muhsal
Internet www.lfa.de
Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München
Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas
Redaktion Marlene Irausek
Bildredaktion Elina Gathof
Gestaltung Thomas Saible
Lektorat Lektorat Süd, www.ektorat-sued.de
Druck F&W Druck- und Mediacenter GmbH, Kienberg

Wenn Sie unser LfA Magazin nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte per E-Mail oder per Post unter Beifügung Ihrer Adresse mit.

LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

Die hier verwendeten Adressen stammen aus unserem Bestand sowie öffentlichen Quellen (NIKU Media AG, Bramenstrasse 5, CH-8184 Bachenbülach, E-Mail: shop@niku.ch)



Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf www.fsc-deutschland.de Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.



Fotos: Conny Mirbach; Glashütte Eisch; Händlmaier; PR. Cover-Gestaltung: Thomas Saible; Fotos: Kunstmuseum Hamburg; fotolia / Mademoiselle Bézier



Liebe Leserin, lieber Leser,

handwerkliches Können und Wissen sind ein wichtiges kulturelles, aber auch wirtschaftliches Erbe. Es wird von Generation zu Generation weitergegeben. Das Erfolgsrezept vieler Betriebe ist aber nicht nur langjährige Erfahrung, sondern genauso innovative Stärke. Denn: Wer sich nicht verändert, wird verändert. Für Unternehmer bedeutet das, frühzeitig und kontinuierlich in Weiterentwicklung zu investieren und neue Geschäftsfelder zu erschließen. Dabei spielt auch der Generationenwechsel eine wichtige Rolle. Darum hilft die LfA bayerischen Traditionsunternehmen und jungem Management, Chancen zu nutzen – mit effektiven und günstigen Finanzierungskonzepten.

Für Franz Wunderlich war es alles andere als selbstverständlich, Nachfolger in einem Traditionsbetrieb zu werden. Wie es dazu kam, dass er den Senfhersteller Händlmaier aus Regensburg doch mit Weitblick fortführt, erfahren Sie auf Seite 18. Ganz anders war es bei der Andechser Molkerei-Chefin Barbara Scheitz, die ihre Begeisterung für das Milchhandwerk schon früh entdeckte (S. 8). Von den speziellen Herausforderungen und Möglichkeiten des Familienunternehmertums erzählt Wirtschaftsexperte Reinhard Prügl im Interview ab Seite 4. Zusammen mit Studierenden und Unternehmen forscht er im Bereich Innovation, Technologie & Entrepreneurship an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.

Aber nicht nur die bayerischen Traditionsunternehmen entwickeln sich weiter: Um unsere Geschichten noch ausführlicher und anschaulicher zu erzählen, erhält das LfA-Magazin ab dieser Ausgabe vier Seiten mehr.

Viel Freude beim Entdecken relevanter und interessanter Firmengeschichten mit Tradition wünscht Ihnen



Dr. Otto Beierl

Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern

„DIE FLAMME AM BRENNEN HALTEN“

TRADITION BEDEUTET FÜR UNTERNEHMEN OFT BEIDES – CHANCE UND BALLAST. IN JEDEM FALL IST SIE ABER VERPFLICHTUNG FÜR KOMMENDE GENERATIONEN. EIN GESPRÄCH MIT DEM WIRTSCHAFTSFORSCHER **REINHARD PRÜGL**

INTERVIEW STEFAN RUZAS

Als Professor ist Reinhard Prügl Inhaber des Lehrstuhls für Innovation, Technologie & Entrepreneurship an der Zeppelin Universität. Mit Tradition kennt er sich aus – auch als wissenschaftlicher Leiter des Friedrichshafener Instituts für Familienunternehmen, kurz FIF. Er forscht dort unter anderem zu der Frage, welche Faktoren die Innovationsfähigkeit von Familienunternehmen über Generationen hinweg beeinflussen und welche Zukunftspläne die Nachfolger haben.

Was ist denn nun wichtiger, Professor Prügl, Tradition oder Zukunft?

Wenn man keine Tradition hat, geht es nur um die Zukunft. Wenn man sie hat, kommt es darauf an, wie man mit ihr umgeht. Viele erfolgreiche Unternehmen in Familienhand verknüpfen beides bewusst miteinander, weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass Innovationsfähigkeit bei ihnen Tradition hat. Sie schöpfen aus der Vergangenheit die Zuversicht, das Risiko einer größeren Neuerung zu wagen, weil sie mit dem Blick zurück feststellen, dass schon die Vorfahren solche Herausforderungen gemeistert haben. »

Grafik: Thomas Saible, Fotos: Kunstmuseum Hamburg, Fotolia / Madeinselfie Bézier

Wann fängt bei einem Unternehmen überhaupt die Tradition an?

Offt hat das ja mit einer Familiengeschichte zu tun, die über mehrere Generationen wirkt. Schauen Sie sich eine Firma wie Heinz-Glas aus dem oberfränkischen Kleintettau an, die luxuriöse Flakons für Parfums herstellt. Die ist seit 1622 in Familienhand. Auf ihrer Website heißt es in der Rubrik „Unsere Werte & Unternehmenskultur“ ganz bewusst: „Wir wissen, woher wir kommen – und bleiben deshalb auf dem Boden“, und sie zitiert direkt danach den französischen Philosophen Jean Jaurès: „Tradition heißt nicht, Asche verwahren, sondern die Flamme am Brennen halten.“ Das trifft es gut, finde ich.

Hat denn eine jüngere Generation als Nachfolger überhaupt die Möglichkeit, Tradition in ihrem Sinne neu zu deuten?

Ja, ich denke schon. Sie sollte es schrittweise und mit Bedacht, aber gleichzeitig mit Nachdruck machen und das, was da ist, ernst nehmen und darauf aufbauen. Zu radikale Veränderungen könnten nicht nur die eigenen, oft langjährigen Mitarbeiter irritieren, sondern auch die Kunden, Banken und andere wichtige Anspruchsgruppen.

Ihr Institut, das FIF, hat Ende 2017 eine breit angelegte Studie namens „Deutschlands nächste Unternehmernachfolgegeneration“ präsentiert. Dabei haben Sie die Werte, Einstellungen und Zukunftspläne der 16- bis 40-Jährigen untersucht. Was hat Sie am meisten überrascht?

Wir machen ja diese Studie alle zwei Jahre, dieses Mal mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung“. Die nachfolgende Generation ist sich der Herausforderungen, vor denen sie da steht, sehr bewusst, sie hat aber auch richtig Lust drauf. Die Jungen stehen in den Startlöchern, wollen wirklich mit anpacken. Aber nur weniger als jeder dritte von ihnen ist laut unserer Studie mit dem Stand der Digitalisierung im angestammten Unternehmen wirklich zufrieden.

Anpacken heißt ja auch, Verantwortung zu übernehmen. 67 Prozent der von Ihnen Befragten wollen die Führungsnachfolge antreten oder haben es bereits getan. Viel oder wenig?

Ich finde die Zahl sehr ordentlich, angesichts der vielfältigen Karriere-Alternativen, die junge Menschen heute haben. Und unsere Untersuchung zeigt auch: 45 Prozent sehen sich bis zu

ihrem 40. Geburtstag als Gründer einer eigenen Firma. Es gibt also auch in dieser nächsten Unternehmernachfolgegeneration einen großen Drang zu gestalten. Entweder innerhalb der Familie oder aus eigener Kraft. Oft ist es ja auch so, dass potenzielle Nachfolger in Traditionsunternehmen vor ihrem Einstieg erst mal neue Dinge ausprobieren; ein Start-up gründen zum Beispiel, das unter Umständen dann später auch in die Familienfirma eingegliedert werden kann.

Fällt es leichter, ein Traditionsunternehmen zu führen, wenn man von außen kommt?

Das ist von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. Was zurzeit populärer wird, sind sogenannte Team-Geschäftsführungen; entweder zwei oder mehr Geschwister aus der Familie oder aber zum Beispiel ein Familienmitglied und ein Externer, der häufig auch schon Erfahrung im Unternehmen gesammelt hat. Das ist meist eine sinnvolle Konstellation, gerade in Übergangsphasen von Senior zu Junior, weil der Externe im Idealfall auch eine Art Mediator sein kann.

In welchen Wirtschaftsbereichen ist denn Tradition ein echter Mehrwert – und wo wird sie eher zur Last?

In vielen Branchen vom Maschinenbau bis zur Lebensmittelbranche, aber auch im Luxusbereich wird oft und gerne auf die Herkunftsgeschichte verwiesen. Spannend finde ich, dass auch immer mehr Start-ups Wert auf Langfristigkeit legen, indem sie in ihrem Logo ausweisen, dass es sie „seit 2015“ gibt. Sie signalisieren, dass sie kommen, um zu bleiben.

Als was planen und agieren denn Familienangehörige in der Regel: als Familienmitglied oder als Manager?

Auch das ist sehr verschieden. In der Forschung werden drei Typen unterschieden: Zum einen gibt es die, bei denen sich das stark überlappt und in der Kommunikation auch stark betont wird, dass das Geschäft Familiensache ist. Dann gibt es einen mittleren Typ und schließlich diejenigen, bei denen das Thema Familie in der Kommunikation überhaupt keine Rolle spielt. Oder wussten Sie, dass der Lebensmittelkonzern Mars seit mehr als 100 Jahren in Familienbesitz ist? Und da sind immer noch Angehörige im Management. Grundsätzlich kann man sagen: Traditionsunternehmen erfordern tatsächlich eine gewisse Beidhändigkeit, um auf beiden Ebenen – Firma und Familie – zurechtzukommen. Es erfordert jedenfalls viel klare

Kommunikation – die Familie kann als Ressource eine riesige Energiequelle sein, aber auch bremsen, wobei dadurch manchmal auch verhindert wird, dass man zu rasch eine falsche Entscheidung trifft. Das ist eine natürliche Stärke von Betrieben mit Tradition, dass sie aus beiden Systemen schöpfen können.

Tradition und Flexibilität schließen sich nicht aus?

Solange Tradition nicht mit Stagnation verwechselt wird, ganz und gar nicht. Tradition bedeutet ja gerade, dass man über sehr, sehr lange Zeit zeigen konnte, dass man sich den Entwicklungen flexibel stellen kann. Das sind ja, von der industriellen bis zur digitalen Revolution, von der maschinellen Ausstattung bis zur Buchführung, immer wieder wechselnde Rahmenbedingungen, über Generationen hinweg. Oft sind dadurch ganz neue Geschäftsmodelle entstanden oder die Produktion völlig anderer Waren. Lange Tradition ist immer auch ein Ausdruck von andauernder Flexibilität, Innovationskraft und gelungenem unternehmerischem Handeln.

Was braucht es denn, damit ein Generationenwechsel gelingt?

Erst mal handelnde Personen, die den Willen, aber auch die Fähigkeit haben, diesen Übergang zu gestalten. Wir sollten uns dabei nichts vormachen: Die Kommunikation zwischen den Generationen ist oft schwierig und wird manchmal nur durch die Hilfe Dritter richtig möglich. Und das in einer Phase, in der es eigentlich wichtig ist, sich auf der Sachebene über Ziele zu verständigen. Wichtig sind aber auch der eindeutig artikulierten Wille der nachfolgenden Generation und eine entsprechende Ausbildung. Wir als FIF an der Zeppelin Universität bieten dafür beispielsweise eine Reihe von Veranstaltungen und berufsbegleitende Programme wie den eMA FESH (siehe Infokasten) an. Auch, weil der Erfahrungsaustausch der Jungen untereinander elementar wichtig ist.

Laut Ihrer Studie hat nur jeder fünfte potenzielle Nachfolger einen schriftlich festgelegten Plan bezüglich der Rolle und der Verantwortlichkeiten der Seniorgeneration im Unternehmen für die Zeit nach der Übergabe. Gut oder schlecht?

Wir haben auch festgestellt, dass bei rund der Hälfte eine ungeschriebene Vereinbarung existiert, wie die Übergabe ablaufen soll. Wobei ich grundsätzlich ein Freund davon bin, das ab einer gewissen Phase verbindlich zu machen und auch entsprechend zu kommunizieren. Sonst besteht nämlich die Gefahr, dass die ältere Generation immer wieder sagt: Ja, in zwei Jahren ist es so weit.

Was können Traditionsunternehmen von Start-ups lernen?

Die – oft natürlich notgedrungene – Fokussierung auf ein Zukunftsthema. Und die Bereitschaft, zu experimentieren und

„LANGE TRADITION IST IMMER AUCH EIN AUSDRUCK VON ANDAUERNDER FLEXIBILITÄT“

REINHARD PRÜGL

aus Fehlern zu lernen. Oder anders formuliert: viele Versuche zu starten, um zu einem Ergebnis zu kommen, frühes Testen von Prototypen, Mut zum Experimentieren. Das sind Dinge, die Start-ups

sehr gut beherrschen. Und das in einer Kultur, die ja oft sehr hierarchiefrei ist. Es geht nicht darum, dass Traditionsunternehmen so was einfach nur kopieren, aber es lohnt sich schon, es beispielsweise in einer separaten Einheit mal auszuprobieren. Das Gute ist ja, dass solche Firmen wiederum auch einen langen Atem haben und oft auch eine gewisse Sturheit.

Was können Firmeneigentümer tun, damit ihre Kinder in ihre Fußstapfen treten? Und was sollten sie unbedingt lassen?

Das Wichtigste ist, nicht unnötig Druck zu machen. Es macht keinen Sinn, dass sich schon Kinder verpflichtet fühlen, die Nachfolge anzutreten. Gut ist es aber schon, ein Interesse am Unternehmen zu wecken, die junge Generation beispielsweise mal auf eine Dienstreise mitzunehmen und miteinander über das Geschäft zu reden. Diese Balance zu finden ist schon eine gewisse Kunst. Außerdem sollte sich der Eigentümer nicht zu sehr auf ein Kind fixieren: warum nicht eine Doppellösung mit zwei Geschwistern?

Traditions- und Familienunternehmen dominieren auch heute immer noch auf erstaunliche Weise die deutsche Wirtschaft, wobei das gar nicht so wahrgenommen wird. Warum eigentlich nicht?

Weil sie nicht ständig auf den Busch klopfen und sagen, dass sie die Tollsten und Besten sind. Sie machen einfach ihren Job, sind bodenständig, kümmern sich um ihre Mitarbeiter und die Weiterentwicklung ihres Unternehmens. Sie leisten sehr, sehr wertvolle Arbeit und einen extrem starken Beitrag zu unserer Volkswirtschaft. Wir mit unserem Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen wollen dabei vor allem die junge Generation begleiten und die Bedeutung von Familienunternehmen insgesamt stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Weil nur mit der Innovationskraft dieser Firmen der Wohlstand hierzulande auf dem jetzigen Niveau bleiben kann. ☐

REINHARD PRÜGL



Seit 2010 Professor an der Zeppelin Universität Friedrichshafen und wissenschaftlicher Leiter des Friedrichshafener Instituts für Familienunternehmen. Für seine Forschungen hat er bereits mehrere Preise und Auszeichnungen erhalten.
☐ Auch online unter: www.ifa.de/magazin

In der Natur der Sache

110 JAHRE ALT IST DIE ANDECHSER
MOLKEREI SCHEITZ, UND
KAUM JEMAND SONST HAT SO VIEL
ERFAHRUNG MIT BIO-MILCH.
DIE JETZIGE CHEFIN BARBARA SCHEITZ
DENKT ABER LÄNGST WEITER

TEXT MARLENE IRAUSEK FOTOS CONNY MIRBACH



Es duftet nach Heu, und durch die Stalltür fällt der Blick auf das hügelige Alpenvorland Bayerns. Die frische Milch der vor sich hin kauenden Kühe wird im Sammeltank des weißgrünen „Andechser Natur“-Lkws direkt vom Hof in die Biomilchstraße 1 in Andechs gebracht. Bereits im Lkw entnehmen Molkerei-Mitarbeiter die erste Probe für das Labor. Dann füllen sie die kontrollierte Ware in glänzende Stahltanks, um sie anschließend für die Produktion freizugeben. Pro Jahr durchlaufen circa 124 Millionen Kilogramm Bio-Milch diesen Kreislauf. Für diese beachtliche Menge sorgen rund 630 zertifizierte Bauern aus Oberbayern und dem Allgäu. Besser gesagt, ihre 26.800 Kühe und 14.500 Ziegen.

Die Leidenschaft für das Milchhandwerk gaben Barbara Scheitz' Urgroßeltern der Familie mit auf den Weg. Ihre Käserei hinter der Dorfkirche in Erling-Andechs begründete das Traditionsunternehmen, das sich zur größten Bio-Molkerei Europas entwickelte, mit einem Umsatz von 151 Millionen Euro im Jahr 2017. Wegweisend dafür war Scheitz' Vater Georg, der schon in den Achtzigern mit der Verarbeitung von Milch aus ökologischer Landwirtschaft begann. „Die Verantwortung für Mensch und Natur haben wir in unserer Familie sehr früh mitbekommen“, erinnert sich Barbara Scheitz, die 2009 die Produktion des Sortiments ganz auf Bio-Qualität umstellte.

Mit den Arbeitsabläufen schon von Kindesbeinen an vertraut und davon begeistert, erlernt sie das Molkerei-Fachwerk im elterlichen Betrieb und vertieft ihr Wissen bei Molkereien in Frankreich

FAKTEN

Finanzierung

verschiedene Förderkredite

Gründungsjahr 1908

Standort Andechs

Geschäftsfeld Bio-Milchverarbeitung

Mitarbeiter 190

www.andechser-natur.de

Foto: PR

„TRADITION HAT VIEL MIT DER WERTSCHÄTZUNG SEINER UMGEBUNG ZU TUN“

BARBARA SCHEITZ



Damals und heute Die Urgroßeltern der Familie Scheitz (oben) wären erstaunt über das moderne Betriebsgelände der Molkerei

Rohrkonstruktionen und Tanks aus poliertem Stahl, Abfüllmaschinen und die Mitarbeiter in weißen Kitteln, mit Schuhüberziehern und Einweghäubchen erinnern mehr an ein Milchlabor als an eine Molkerei.

Aber das Ökologische, das bleibt. „Ich glaube, Tradition hat viel mit der Wertschätzung seiner Umgebung zu tun“, resümiert Scheitz. „Was mein Vater hier gemacht hat – das Unternehmen so auszurichten und die ökologische Landwirtschaft zu unterstützen – muss man hoch anerkennen und weiterführen.“

Die Molkerei-Chefin denkt längst weiter. Barbara Scheitz war die Erste in der Milchbranche, die eine gentechnikfreie Produktion mit den damals noch konventionellen Bauern vereinbarte. Außerdem initiierte sie eine Rückverfolgung der „Andechser Natur“-Produkte im Internet.

Über das Mindesthaltbarkeitsdatum von Bio-Kefir, Mango-Lassi und Co. können Verbraucher herausfinden, aus welcher Region und von welchen Bauern die Milch dafür stammt.

Zwar teilen Vater und Tochter eine Grundeinstellung, dennoch war der Führungswechsel auch eine Herausforderung. „Familiäre Strukturen und eine Verbindung zum Unternehmen erfordern mitunter andere Sichtweisen. Das gehört dazu und ist für alle Beteiligten ein spannender Prozess“, fasst die Nachfolgerin zusammen. Scheitz senior hat sich aus dem operativen Geschäft zurückgezogen, ist jedoch immer noch geschätzter Ratgeber und Ideenbringer. ☐

und Norddeutschland. Nach einem Betriebswirtschaftsstudium steigt sie ins Familienunternehmen mit ein. Gemeinsam mit ihrem Vater entwickelt die heute 52-Jährige die Firma kontinuierlich weiter und übernimmt 2003 seine Geschäftsanteile und die Geschäftsführung.

Seitdem hat sich viel getan. Die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln wächst und damit auch die Molkerei. Das Betriebsgelände wird erweitert und technologisch sowie technisch auf den neuesten Stand gebracht. Dabei steht die Lfa als Partner zur Seite und unterstützt den Umbau mit einem Darlehen, abgewickelt über die Stadtparkasse München.

Das neue Verwaltungsgebäude schließt an ein modernes Hochregallager an, das unterirdisch mit der vollautomatischen Verarbeitungs- und Abfüllstätte verbunden ist.

Leisten Sie Ihren Beitrag zur ökologischen Landwirtschaft mit einer „Andechser Natur“-Kuhpatenschaft
www.lfa.de/magazin

HERZ AUS GLAS

DIE GLASTRADITION DER
FAMILIE EISCH AUS
FRAUENAU GEHT BIS INS
JAHR 1712 ZURÜCK.
UND SIE ERFINDET SICH
IMMER WIEDER NEU

TEXT STEFAN RUZAS



Fotos: Sabina Schneider



Stolz steht er da, der Ofen, in dem ein 1200 Grad heißes Feuer lodert. Er ist das flammende Herz der Glashütte in Frauenau. Das spürt man, wenn man in der hohen Werkhalle steht und die Glasmacher bei ihrer Arbeit betrachtet.

Hier wird ein Handwerk gepflegt, das es so schon seit Jahrtausenden gibt: Nach der Schmelze modelliert Glasmacher Robert Stadler aus der zähen Masse mit Hilfe seiner langen Pfeife und einer immer aufs Neue genähten Form aus Buchenholz die dünnwandigen Teile. Viel Geduld braucht er, viel Gefühl und Luft, bis das Glas seine endgültige Form bekommt. Danach dann das Abkühlen, die Nachbearbeitung, das Veredeln. Und all das braucht seine Zeit.

Gerade ist eine bernsteinfarbene Schale dran. Julia Eisch hat sie neu entworfen und erst einen Tag zuvor „Cali“ getauft. Sie gehört zu einer Kollektion, die wenige Tage später auf der wichtigsten Design-Messe, der „Ambiente“ in Frankfurt, präsentiert werden soll.

„Eisch Glaskultur“ nennt sich die Firma, die Julia Eisch gemeinsam mit ihrem Cousin Eberhard in dritter Generation leitet. Sie ist für das Design zuständig, er für das Geschäftliche. Beide sind mittlerweile die alleinigen Inhaber, und beide krepeln ihr Unternehmen seit einer Weile mit viel Verve um.

Mehr Einblicke in die Heißglasfertigung gibt es unter www.lfa.de/magazin



Neuer Vertrieb, neues Marketing, neues Controlling, neues Erscheinungsbild – und das Sortiment konzentriert sich stärker auf die Themen Genuss und Aromatik.

„Tradition hat bei uns viel mit der Familie zu tun, mit der Wertschätzung der Leute, die Mut und Kraft und Energie bewiesen haben, um eine Firma zu gründen und etwas in Gang zu setzen. Diese Tradition gibt uns eine große Sicherheit“, sagt Eberhard Eisch.

Wichtig sei aber, dass „wir immer wieder Innovatives hinzufügen“. Mit textilbeschichteten Gläsern oder dem Entwickeln einer Gold-Oberfläche, die auf Dauer spülmaschinenbeständig ist. Und natürlich mit den „Sensisplus“-Weingläsern, die mit Hilfe eines streng geheimen physikalischen Verfahrens ermöglichen, dass sich Bouquet und Aromen eines Weines schneller öffnen. Oder mit

„TRADITION GIBT UNS EINE GROSSE SICHERHEIT“

EBERHARD EISCH

dem „No-Drop-Effekt“ eines Dekanters. Natürlich ist nicht jedes einzelne Produkt reines Handwerk, auch die maschinelle Fertigung mit jährlich rund 250.000 Trinkgläsern gibt es.

Es gehe stets um die Balance aus Tradition und Aktualität, so Eisch weiter, und dabei habe die LfA Förderbank Bayern mit Krediten immer wieder entscheidend geholfen; meist gemeinsam mit der Oberbank und der Sparkasse Regen.

Rund vier Millionen Euro Umsatz macht die Glashütte aus dem Bayerischen Wald mit ihren knapp 50 Mitarbeitern heute, die Hälfte davon weltweit. China ist unter den mehr als 60 Exportländern längst die wichtigste Adresse, aber auch Luxushotels wie das „Palazzo Versace“ in Dubai oder das „Mandarin Oriental“ in London sind treue Kunden.

Fotos: Florian Eichinger (3); Glashütte Eisch



Glasmachen ist ein Handwerk, das es so schon seit Jahrtausenden gibt. Bei Eisch in Frauenau hat es die Generation der Brüder Erich, Erwin (o.l.) und Alfons zur Studiokunst gemacht, ihre Nachfolger – Cousine Julia und Cousin Eberhard (o.r.) – führen die Manufaktur in die Moderne



Und hierzulande? Wurde Eisch vom Fachhandel seit 1995 schon 18 Mal zur Nummer eins unter den Glasherstellern gewählt. Der damalige Bundespräsident Horst Köhler zeichnete Eisch im Jahr 2006 gar als innovative Firma im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ aus.

Gegründet wurde die Glashütte Eisch 1952 von Valentin und Therese Eisch, wobei sich die Glastradition ihrer Familie sogar bis ins Jahr 1712 zurückverfolgen lässt. Die etablierte Konkurrenz in Niederbayern hielt es damals für eine regelrechte Frechheit, wie es ein einfacher Glasgraveur wagen konnte, einen eigenen Betrieb mit Ofen zu gründen. Alles taten sie anfangs, um das Geschäft der damals kleinsten Glashütte Bayerns zu verhindern, bis hin zur Lieferblockade von Rohglas.

Geglückt ist der Start trotzdem, und 1963 übernahm dann die zweite Generation, die Söhne Erwin, Erich und Alfons. Wobei die nicht einfach weitermachten, sondern – angetrieben durch Erwin – einen ganz neuen Bereich entdeckten: Glas als Medium des künstlerischen Ausdrucks. Ohne Funktion, ohne Durchsichtigkeit. Einfach revolutionäre Kunst, die auch mal aneckt.

Bis heute gilt Erwin Eisch international als einer der Pioniere für Studioglas-kunst, seine Entwürfe haben echten Sammlerwert. Und bis heute gibt es bei

Eisch ein „Artist in Residence“-Programm, in dem die Firma internationale Künstler für mindestens vier Wochen zur Produktion nach Frauenau lädt.

Nach 30 Jahren kam aber auch für die drei Brüder die Zeit, langsam loszulassen. „Der lange Übergang war nicht ganz problemfrei, das muss man ganz klar sagen“, resümiert Eberhard Eisch heute.

Neun Gesellschafter, alle noch dazu im operativen Bereich, machten selbst Entscheidungen über einen Geschenkkarton manchmal unmöglich.

Auch die vier Junioren als designierte Nachfolger waren zu viel: „Die Differenzen haben sich erst im Laufe des Übergangs herausgestellt“, so Eisch

Die Glaskunst-Serie „Planets“ ist ein Entwurf von Julia Eisch. Jedes Stück ist ein handgearbeitetes Unikat, bestehend aus mehreren Farbglasschichten. Das Design erinnert an ferne Galaxien



weiter. „Irgendwann klärten sich die Fronten, und wir zwei blieben.“ Eisch und seine Cousine Julia harmonieren gut, und beide reden immer mal wieder darüber, was für einen gelungenen Generationenwechsel in einem traditionsreichen Unternehmen wichtig ist. Weil auch ihre Kinder ans Werk wollen. Eisch: „Ganz wichtig ist, offen für Beratung und Hilfe von außen zu sein. In einer Familie sind einfach nicht Kompetenzen für alles. Aber das zu erkennen ist gar nicht so einfach.“

Am Ende gehe es nämlich nur darum, was langfristig das Beste für die Firma ist, und nicht um Persönliches oder Familiäres. ☐

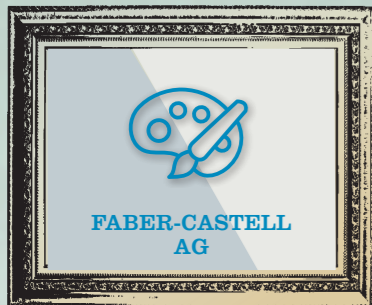
FAKTEN

Finanzierung verschiedene Förderkredite
Gründungs-jahr 1952
Standort Frauenau
Geschäftsfeld Glas
Mitarbeiter ca. 50 www.eisch.de

BAYERNS WIRTSCHAFT HAT GESCHICHTE

ZU DEN ÄLTESTEN MITTELSTANDS-FIRMEN DES FREISTAATS GEHÖREN BEKANNTE MARKENNAMEN.

1761



FABER-CASTELL AG

7.500 Mitarbeiter
590 Mio. € Umsatz

1765



HUBERGROUP DEUTSCHLAND GMBH

3.600 Mitarbeiter
840 Mio. € Umsatz

1487



EDER FAMILIEN HOLDING

1.760 Mitarbeiter
559 Mio. € Umsatz

1763



MEDIENGRUPPE C.H. BECK

2.000 Mitarbeiter
185 Mio. € Umsatz

1700



ALOIS DALLMAYR KG

3.073 Mitarbeiter
930 Mio. € Umsatz

1731



OETTINGER BRAUEREI GMBH

1.150 Mitarbeiter
440 Mio. € Umsatz

AUS ERFAHRUNG GUT

WER SICH NICHT VERÄNDERT, WIRD VERÄNDERT. DESWEGEN IST INNOVATIVE STÄRKE DAS ERFOLGSREZEPT VIELER TRADITIONSUNTERNEHMEN. DIE LfA UNTERSTÜTZT IHRE WEITERENTWICKLUNG UND DAS ERSCHLIESSEN NEUER GESCHÄFTSFELDER

WIE DIE LfA HILFT

Unternehmerischer Erfolg bedeutet, sich den Anforderungen der Zeit anzupassen. Das Finanzierungsangebot der LfA ermöglicht es Traditionsunternehmen, mit wachsenden Anforderungen Schritt zu halten und neue Marktchancen wahrzunehmen.

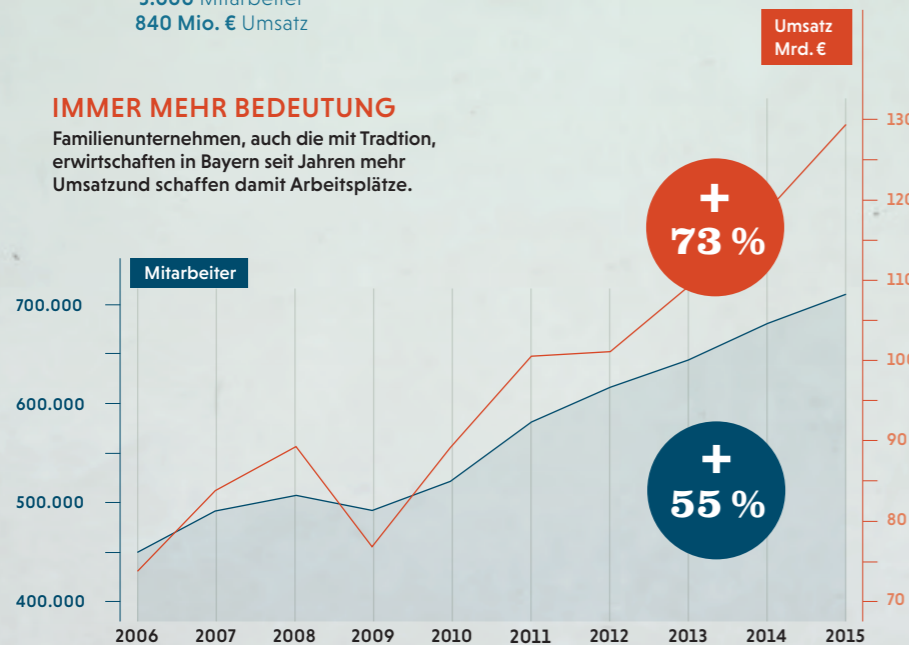
Egal, ob Digitalisierung, Energieeffizienz oder Generationenwechsel – die LfA unterstützt den Mittelstand mit Förderkrediten, Risikoübernahmen und Eigenkapital. Das Angebot richtet sich branchenübergreifend an Unternehmen aus dem Handwerk, der Industrie, dem Handels- und Dienstleistungssektor sowie den Freien Berufen. Beantragt und ausgezahlt werden die Förderkredite über die Hausbank.

Übrigens: Nachfolgen werden wie eine Existenzgründung behandelt. Es bestehen also die gleichen Förder Vorteile. Auch Kaufpreiszahlungen zwischen Eltern/Schwiegereltern und Kindern können gefördert werden.

Foto: Shutterstock – AE Panuwat Studio; HAMIDAH SAMUTHARANGKON; VanReeet; Infografik: Zissue; Porträt: SMMWI Bayern

IMMER MEHR BEDEUTUNG

Familienunternehmen, auch die mit Tradition, erwirtschaften in Bayern seit Jahren mehr Umsatz und schaffen damit Arbeitsplätze.



Datenbasis: 500 größte Familienunternehmen weltweit

BAYERN UNTER DEN TOP 3

101 der 500 größten deutschen Familienunternehmen (Anzahl der Beschäftigten) haben einen Sitz in Bayern.

Auch 95 der 500 umsatzstärksten Familienbetriebe kommen aus dem Freistaat.

NORDRHEIN-WESTFALEN

138
nach Beschäftigten

144
nach Umsatz

BADEN-WÜRTTEMBERG

103
nach Beschäftigten

100
nach Umsatz

BAYERN

101
nach Beschäftigten

95
nach Umsatz

FRANZ JOSEF PSCHIERER

Bayerischer Wirtschaftsminister



Tradition durch Qualität

W

Wenn ich im Ausland bin, egal ob als Wirtschaftsminister oder privat, dann ist den Menschen Bayern ein Begriff. Den Freistaat kennen meine Gesprächspartner von Japan bis Kanada, von Südafrika bis Finnland. Sie verbinden mit Bayern das Oktoberfest, Bayern München, aber auch bayerische Unternehmen und Produkte – Autos, Maschinen, Technik, bayerisches Bier.

Auf meinen Delegationsreisen begleiten mich oft zahlreiche Vertreter unserer Unternehmen, der großen, aber auch der vielen starken Mittelständler. Ihre Betriebe und Produkte sind Aushängeschilder für den Freistaat – und in aller Welt begehrt.

Das hat seinen Grund nicht allein darin, dass viele sogenannte Traditionsunternehmen auf eine lange, erfolgreiche Geschichte zurückblicken und sich über diese Zeitspanne einen Namen machen konnten. Es liegt vor allem daran, dass sie in diesen langen Jahren stets mit Qualität überzeugen konnten. Und mit Innovationen.

Unsere Traditionsunternehmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich entsprechend neuen technischen und gesellschaftlichen Ansprüchen weiterentwickeln. Dass sie mutig in die Zukunft investieren und Angebote stets auf der Höhe der Zeit machen.

Dafür sind vorausschauende unternehmerische Entscheidungen nötig, hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung, in neue Geschäftsmodelle. Denn Innovationen sind oft der Schlüssel zum zukünftigen und anhaltenden Erfolg.

Ich bin stolz darauf, dass gerade bayerische Unternehmer diese Entscheidungen treffen und Betriebe durch Innovation und Qualität in eine erfolgreiche Zukunft führen. Die bayerische Politik kann dabei unterstützen, die richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen setzen und fördern. Viele Angebote der LfA zielen darauf ab, Mittelständlern, aber auch Gründern finanzielle Spielräume zu eröffnen, damit Betriebe wachsen und sich weiterentwickeln können.

Wichtig wird in den kommenden Jahrzehnten, dass Betriebe auch über den Generationenwechsel hinaus erhalten und erfolgreich bleiben. In vielen bayerischen Unternehmen steht eine Nachfolge in der Unternehmensführung an. Ich wünsche mir, dass diese gelingt und als Chance für eine positive Fortentwicklung der Betriebe genutzt werden kann. Auch dabei finden heutige und zukünftige Betriebschefs die Unterstützung des Freistaates, um eine Tradition fortzuführen und mit neuen innovativen Entwicklungen fortzuschreiben. Auf dass die Welt auch weiterhin anerkennend auf Bayern blickt.



TRACHTEN NACH MODE

SEIT SECHS JAHRZEHNEN SCHON IST **DOLLINGER** DIE ADRESSE FÜR TRACHT UND MODE IM BERCHTESGADENER LAND. DAMIT DAS SO BLEIBT, ZOG ES KATHRIN UND SEBASTIAN PROFT VON MÜNCHEN UND LONDON IN DIE BERGE

TEXT MARLENE IRAUSEK

Fensterläden in sattem Grün und eine ausladende Wandmalerei, die Frauen in hübschen Dirndl zeigt – die Dollinger-Filiale im Ortskern von Berchtesgaden fällt auf. Das Gebäude ist noch genau so, wie Kathrin Proft es aus Kindheitserinnerungen kennt: „Die heutige Filialeleiterin Sigrid Mendl hat mich schon vom Kindergarten abgeholt, als sie noch Lehrling bei Dollinger war.“ Als Enkelin des Firmengründers Fritz Dollinger war Proft bereits früh mit dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern vertraut. Seit 2013 führen sie und ihr Mann Sebastian Proft den Familienbetrieb fort. Die Grundlage für die heute 25 Filialen und 180 Mitarbeiter legte Opa Dollinger 1958

Fotos: Dollinger Mode

mit einem kleinen Fachgeschäft für Herrenmode. In den 60er-Jahren erweiterte er das Angebot um Trachten- und Damenmode und expandierte weiter in die Region. Unter anderem kamen Filialen in Bad Reichenhall, Inzell, Ruhpolding, Freilassing, Traunstein und Reit im Winkl dazu. Zwar war das Modeunternehmen in Profts Leben immer präsent, zur Nachfolge gedrängt fühlte sie sich dennoch nie. Ihrem Interesse für Sprache und Wirtschaft folgend, studiert sie zunächst Kulturwirtschaft in Passau und lernt ihren jetzigen Mann, den Berliner Sebastian Proft, kennen. Anschließend arbeiten beide bei Unternehmensberatungen, bevor sie 2008 gemeinsam zum weiterführenden Wirtschaftsstudium nach Chicago ziehen. In dieser Zeit wird die Frage lauter, wer denn die Familienfirma in der Heimat übernimmt, wenn Profts Eltern in Rente gehen.

Mit der Rückkehr 2010 entschließt sich das junge Paar, damals gerade mal 30 und 31 Jahre alt, die Tradition weiterzuführen. „Vor unserem Umzug nach Berchtesgaden bin ich für zwei Jahre zur Boston Consulting Group in München zurückgekehrt und spezialisierte mich auf Konsumgüter und Mode“, berichtet die jetzige Geschäftsführerin. Ihr Mann Sebastian war währenddessen bei der Investment-Bank J.P. Morgan in London tätig. „Es war wichtig für mich, Berufserfahrung zu sammeln, um persönlich reif genug für den Einstieg in die Firma zu sein“, erklärt die Erbin. Es passte gut, dass auch Sebastian Proft schon lange von einer eigenen Firma träumte. Einfach war der Einstieg für die mittlerweile zweifache Mutter und ihren Mann aber nicht. Die Konkurrenz ist groß, Einkaufszentren und Online-Shopping machen es dem stationären Einzelhandel schwer. Aufgrund der wirtschaftlich ungünstigen Lage, die

GERADE IN DER TRACHT SCHÄTZEN DIE KUNDEN TRADITION

mit hohen Verlusten einhergehend, mussten die Nachfolger schnell reagieren und Neuerungen umsetzen. Geholfen hat dabei auch die LfA. Schon Profts Eltern haben Unterstützung für Geschäftsumbauten und -modernisierungen von der bayerischen Förderbank erhalten. Um das Unternehmen besser zu strukturieren, wurden außerdem Prozesse optimiert. Ein Prämiensystem hilft, das Personal fair und leistungsbezogen zu entlohnen. Proft ist sich sicher, dass beständige Mitarbeiter den Betrieb tragen und ein Familienunternehmen auszeichnen. Dollinger Mode soll ein Fachhändler bleiben, der mit erfahrenen Verkäufern auf seine Kunden eingeht. Künftig will man sich mehr auf Tracht spezialisieren. In diesem erfolgreichen Geschäftsbereich sehen die Profts noch Möglichkeiten, mit dem wachsenden Online-Geschäft Schritt zu halten. Auch Trachtenartikel aus eigener Produktion sollen angeboten werden. Der Kauf der Firma Stapf in Tirol, ein Hersteller für Strick- und Walkjacken, kam also gelegen. Geplant ist, mit Stapf sowie einem eigenen Trachtensortiment online zu gehen. Und im klassischen Handel? „Im Gegensatz zu unseren eher kleinen Geschäftseinheiten wären zwei, drei großflächige Trachtenhäuser in zentraler Lage ein regionaler Anziehungspunkt“, bekräftigt die ambitionierte Unternehmerin. □

1 Die Verkaufsflächen in den Modehäusern lassen keine Wünsche offen 2 Im Partnerlook: Oma Gabriele Dollinger (ganz links) mit den Verkäuferinnen der Damen-Tracht-Filiale in Berchtesgaden 3 Das erste Dollinger Herrengeschäft in der Dr.-Imhof-Straße 24 wurde mit dem Umzug in die Griesstätterstraße 7 erweitert 4 Mit viel Engagement führen Kathrin und Sebastian Proft das Unternehmen weiter



FAKTEN

Finanzierung verschiedene Förderkredite
Gründungsjahr 1958
Standort Firmenzentrale Bad Reichenhall
Geschäftsfeld Mode und Tracht
Mitarbeiter 180 www.dollinger.net
www.lfa.de/magazin

DIE SCHARFMACHER

SCHON IN VIERTER GENERATION FÜHRT FRANZ WUNDERLICH
DIE FIRMA **HÄNDLMAIER** AUS REGENSBURG. NUN
HAT ER DIE ÜBERNAHME EINER GANZ NEUEN FIRMA GEWAGT

TEXT STEFAN RUZAS



So richtig ist die Senfsaat erst auf der grünen Wiese aufgegangen. Im Gewerbegebiet Haslbach am Rande von Regensburg, um genau zu sein. Aus der Mitte der Altstadt ist der Senfhersteller Händlmaier 1992 einfach hierhin gezogen. Volles Risiko, zunächst 1.200 statt 350 Quadratmeter Produktionsfläche, bei gerade mal 600.000 Euro Jahresumsatz und 15 Mitarbeitern. „Meine Mutter dachte erst, ich sei größtenwahnsinnig“, erzählt Franz Wunderlich mit einem Schmunzeln. „Aber mir war klar: So schön das auch ist, Senf im Innenhof der Gesandtenstraße zu kochen, wir wären bald weg vom Fenster gewesen.“ »

Fotos: Händlmaier



Die roten Deckel von Händlmaier kennt irgendwie jeder. Jahr für Jahr produziert die Firma 10.000 Tonnen süßen Senf. Links: der Laden der Gründerin

Heute macht Händlmaier mit mehr als 70 Angestellten rund 28 Millionen Euro Umsatz und produziert Jahr für Jahr auf 9.000 Quadratmetern 10.000 Tonnen süßen Senf. Neben vielen anderen Leckereien: Meerrettich zum Beispiel oder Orangensenf.

Sogar eine komplett neue Firma gehört seit 2017 ins Sortiment: Hot Danas aus Pforzheim mit den, nach eigenen Angaben, „wohl schärfsten Saucen im Universum“ der Marken Hot Mamas und Painmaker. Wunderlich hat sie mit strategischem Blick gekauft, weil Grillen trendig und Volkssport geworden ist.

Aber aller Anfang gehört natürlich diesem köstlichen süßen Senf, den die Metzgersfrau Johanna Händlmaier 1914 zum ersten Mal anrührte. Gemahlene Senfkörner, Essig, Zucker und Wasser, mehr brauchte es nicht, um zum Liebling unzähliger Metzger zu werden. Weil der „Händlmaier“ eben perfekt zur Weißwurst passt, auch ohne Einzelhandel.

Die Senfproduktion wurde mehr und mehr, und 1964 verkaufte die nachfolgende Generation, Sohn Joseph mit Frau Luise, die bis heute das Logo ziert, das Fleischgeschäft, um nur noch in Senf zu machen.

Bei Franz Wunderlich, Jahrgang 1965, war es alles andere als selbstverständlich, dass auch er Nachfolger werden würde.

Eigentlich wollte er ja bei seinem Stiefvater in den Treppenbau einsteigen. Ging mit Anfang 20 nach Italien, in die Marmorindustrie nahe Verona. Was aber nicht so seins war.

Durch Zufall wurde er da unten Praktikant bei einem Polenta- und Gnocchi-Hersteller. Und plötzlich begann er Gefallen zu finden am Geschäft mit den Lebensmitteln. Er machte den Industriefachwirt und stieg 1990 erst als Prokurist und später als Geschäftsführer bei Händlmaier ein, an der Seite seiner Mutter.

„Tradition hat für mich viel mit Herkunft zu tun“, meint Wunderlich. „Aber das hat auch Vor- und Nachteile. Der Vorteil: Eine Basis ist da, mit viel Informationen und Wissen.“

Man kann als Nachfolger in die Firma reinwachsen. Was aber vielleicht auch einschränkt, weil man nicht einfach etwas komplett Neues anfängt.“

Ein Generationenwechsel brauche Durchhaltevermögen, erklärt der Mann, der in seiner Heimat mittlerweile auch „Senfkönig“ genannt wird. Problematisch wird es vor allem dann, wenn der Senior nicht wirklich loslässt und den Nachfolger zu wenig entscheiden lässt. „Wenn in der Großfamilie eines Betriebs mit Tradition zu viele mitsprechen, kann das nicht funktionieren. Weil Meinungen halt nicht immer übereinstimmen.“

Auch bei Händlmaier hat es gedauert, bis Wunderlich das Sagen hatte, als alleiniger Inhaber. Einer, der bis heute der Überzeugung ist, dass „starke Marken wie unsere keine klassische Werbung“ brauchen. Dem es aber trotzdem gelungen ist, mit seinem süßen Senf einen Marktanteil von bundesweit 78 und bayernweit sogar 89 Prozent zu halten. Der jetzt auch die Nummer eins beim Meerrettich werden will und sogenannter Komplettensenfhersteller. Rund 800 Gramm Senf isst jeder Deutsche heute pro Jahr.

Fotos: Händlmaier



Ein Geheimnis ist die Rezeptur des süßen Senfs von Metzgersfrau Johanna Händlmaier bis heute (oben). Geschäftsführer Franz Wunderlich (ganz rechts) hat das Produktportfolio in den vergangenen Jahren immer wieder durch neue Senfvarianten erweitert



„STARKE MARKEN BRAUCHEN KEINE KLASSISCHE WERBUNG“

FRANZ WUNDERLICH



„Ist ja gut, wenn man Tradition hat“, sagt der emsige Nachfolger weiter, „aber man muss auch zukunftsgerichtet sein, darf nicht stillstehen.“ Weswegen er in diesem Jahr eine weitere Marke namens „Mama Chula“ lanciert, für Scharfes und Schräges.

Wunderlich, sein Dienstauto ist ein zukunftstauglicher Hybrid-Porsche mit den Initialen „LH“ für Luise Händlmaier auf dem Kennzeichen, läuft durch seinen Betrieb. Der Hygiene wegen vorschriftsmäßig in weißer Schutzkleidung. Redet hier, flachst dort und freut sich mit einem seiner Angestellten, der es geschafft hat, mehr als zehn Kilo abzunehmen. Er schaut in der Abfüllanlage vorbei, durch die pro Stunde bis zu 10.000 Gläser mit süßem Hausmachersenf laufen. Und geht in die Halle, in der sein Senfgold in schier endlosen Stahlwannen 24 Stunden lang köcheln muss.

Dann bleibt er vor den zehn Silo-Tanks stehen. 3.500 Tonnen Senfsaat lagern hier. Greift mit seinen Händen in eine Wanne voller trockener Samen und fordert auf, es ihm gleichzutun.

Im ersten Moment riechen sie nach wenig. Ein Biss in die gelben und dunkelbraunen Krümel, mild schmecken sie, fast nussig. Erst nach und nach entfaltet sich die scharfe, leicht prickelnde Wirkung der in der Senfsaat enthaltenen Substanz

Sinigrin. Den Chef freut's, immer noch: „Den Senfgeruch habe ich seit meiner Kindheit in der Nase, weil unsere Wohnung direkt über dem Geschäft war.“

Noch studiert Wunderlichs Sohn in München Betriebswirtschaft, aber auch er mischt schon manchmal bei Händlmaier mit. Neue Medien, Digitalisierung, Themen mit Zukunft halt. Ist er also die nächste Generation? „Momentan kein Thema“, sagt Wunderlich derart bestimmt, dass garantiert kein Druck erkennbar sein kann.

Vielleicht findet der Nachwuchs ja auch einen Einstieg über ein ganz eigenes Projekt: Im Jahr 2016 hat Wunderlich mit seiner Immobilienfirma nämlich in der Innenstadt von Regensburg das denkmalgeschützte und immer noch wunderschöne Gloria-Kino gekauft. Und für das gibt es bestimmt irgendwann mal eine zukunftsgerichtete Nutzung. □

FAKTEN

Finanzierung Investivkredit **Gründungsjahr** 1914
Standort Regensburg **Geschäftsfeld** Lebensmittel
Mitarbeiter ca. 70 www.haendlmaier.de
www.lfa.de/magazin



In den geräumigen Hallen werden die Möbelstücke versandfertig gemacht. Jürgen, Anja und Florian Bach sind ein eingespieltes Team

UNVERHOFFT KOMMT OFT

1992 STARTETE JÜRGEN BACH SEINE KARRIERE BEI **GRADEL MASSIVHOLZMÖBEL** IN MITTELFRANKEN. DASS ER DIE TRADITIONSFIRMA MAL ÜBERNEHMEN UND MIT SEINEN ZWEI KINDERN WEITERFÜHREN WÜRDE – DAMALS UNDENKBAR

FOTOS CONNY MIRBACH TEXT MARLENE IRAUSEK

Pirkach, ein Ortsteil des Marktes Emskirchen, liegt 35 Kilometer nordwestlich von Nürnberg. Zwar startete Möbelmacher Hans Gradel 1921 zunächst mit einer kleinen Schreinerei in Fürth, aber schon in den 50er-Jahren zog es seinen Sohn Erich raus an den Rand des Steigerwalds. Erst als Hersteller furnierter Möbel, später dann – unter Enkel Gerald Gradel – als Spezialist für Massivholzmöbel. Heute bieten hier vier große Lagerhallen Platz für Möbel in den verschiedensten Ausführungen: Garderoben, Kommoden, Schränke, Tische und Stühle aus Kernbuche oder Wildeiche, die in den zwei Fertigungsbetrieben im Erzgebirge und in Oberfranken hergestellt werden. Und weil sich in der Familie Gradel irgendwie keine Nachfolger fanden,

bot Gerald Gradel das Unternehmen 2016 dem ohnehin schon langjährigen Geschäftsführer Jürgen Bach zum Kauf an. Danach ging alles ganz schnell. „Im September 2016 haben mein Sohn und ich uns dafür entschieden, Anfang November waren wir beim Notar und haben ihm das Unternehmen abgekauft“, erzählt der neue Inhaber.

Geholfen hat dabei die Sparkasse, über die sie einen Förderkredit bei der LfA beantragten. Und nicht nur die

Firma, auch den Namen haben Vater und Sohn gekauft. Was nicht einfach war, da Gradel keine Marke, sondern ein Familienname ist. Alleine hätte sich Jürgen Bach mit 54 Jahren nicht mehr für die Übernahme entschieden, aber gemeinsam mit seinem Sohn Florian und mit der Unterstützung seiner Tochter Anja musste er nicht lange überlegen. Schon als Jugendliche waren beide oft im Unternehmen dabei, absolvierten hier ihre ersten Ferienjobs. Natürlich gibt es zwischen den

zwei Generationen auch Meinungsverschiedenheiten. „Das muss so sein“, weiß Bach senior und erläutert: „Wenn wir uns nicht einig sind, sprechen wir darüber und treffen eine Entscheidung, die dann von allen gelebt wird.“

Dieses Zusammenspiel hilft vor allem dem Unternehmen. Jürgen Bach, der vor seiner Zeit bei Gradel als Kaufmann in der Lebensmittel-

branche tätig war, bringt die nötige Erfahrung mit, lernt aber auch von seinen Kindern. Danach richtet sich zudem die Aufgabenverteilung. Vater Bach ist für die Lieferantenvereinbarungen zuständig und behält die Finanzen im Blick. Anja kümmert sich um die Öffentlichkeitsarbeit, Florian unterstützt die Vertriebsleitung und beteiligt sich bei der Design- und Produktentwicklung. Verkauft wird aus-

schließlich über den Möbelfachhandel. Mit der Übernahme kam auch Neues. Um Fixkosten zu sparen, wurden die eigenen Möbeltransporter verkauft. Ausgeliefert wird jetzt mit einer Spedition. Viele Arbeitsabläufe sind aber geblieben und viele Mitarbeiter auch. Aus gutem Grund, so Bach: „Das treue Stammpersonal ist mit Sicherheit eine Tradition, die es in vielen Unternehmen

„99 PROZENT ALLER ANGEFRAGTEN SONDERANFERTIGUNGEN MACHEN WIR“

JÜRGEN BACH

nicht mehr gibt.“ Auch das Produktionsland der Möbel, die in Kernbuche und Wildeiche angeboten werden, ist und bleibt Deutschland. Der Partnerbetrieb in Italien stellt weiterhin alle Produkte aus Fichte her. Bachs Bilanz: „Allein die letzten 25 Jahre haben wir in einem bestimmten Rhythmus immer etwas geändert. Wenn wir das nicht getan hätten, würden wir zu denen gehören, die es nicht mehr gibt.“

Die zukünftige Entwicklung der Möbelbranche sehen die neuen Geschäftsführer optimistisch. Eine Stärke der Firma sind sicherlich Sonderanfertigungen, egal ob Breiten-, Höhen- und Tiefenkürzung oder Sonderfarben. Etliche 1.000 individuell angefertigte Produkte im Jahr sind da keine Seltenheit. Auch immer mehr Kunden fangen an, umzudenken und sich für langlebigere Möbel zu entscheiden. Da sind Massivholzmöbel, die in sämtlichen Teilen – Schubkastenböden und Rückwände ausgenommen – aus einer Holzart gefertigt werden, im Trend. Und mehr Design gibt's auch. □

FAKTEN

Finanzierung Startkredit
Gründungsjahr 1921
Standort Emskirchen
Geschäftsfeld Möbelproduktion
www.gradel-moebel.de
www.lfa.de/magazin



Auf der IHM:
Präsident des Bayerischen
Handwerkstages Franz
Xaver Peteranderl,
Ministerin Ilse Aigner,
LfA-Vorstandsvorsitzender
Dr. Otto Beierl (v.l.n.r.)

NEU IM LfA-VORSTAND

Zum 1. März 2018 wurde
Dr. Josef Bayer zum vierten Mit-
glied des Vorstands der LfA
Förderbank Bayern berufen.

Er besetzt den Posten, der seit dem Abschied von Albrecht Stolle vakant war. Zu den Kernbereichen seines neuen Vorstandressorts gehören IT, Organisation und Prozesse. Finanzstaatssekretär Albert Füracker bei der Aushändigung der Bestellungsurkunde (Anmerkung der Redaktion: Pressemitteilung vom 27.02.2018; seit 21.03.2018 Finanzminister): „Mit dieser personellen Weichenstellung ist der Vorstand der LfA Förderbank Bayern unter der



Dr. Josef Bayer, neues Mitglied im
Vorstand der LfA-Förderbank

Leitung des Vorsitzenden Dr. Otto Beierl für die Zukunft bestens gerüstet.“ Seit 2016 als Generalbevollmächtigter bei der LfA aktiv, war Bayer zuvor in verschiedenen Positionen im Finanzministerium und bei der Bayern-Versicherung tätig.

ERFOLGREICHE BILANZ

FÖRDERUNG FÜR BAYERISCHES HANDWERK

DIE LFA HAT DEN HANDWERKSBETRIEBEN IN BAYERN 2017
RUND 260 MILLIONEN EURO AN FÖRDERKREDITEN ZUGESAGT

Das LfA-Förderangebot ist beim bayerischen Handwerk sehr gefragt. Die Förderungen gingen an rund 1.000 kleine und mittlere Betriebe, die damit Investitionen von über 400 Millionen Euro finanzieren konnten. Bayerns Wirtschaftsministerin (Anmerkung der Redaktion: Pressemitteilung vom 7.03.2018; seit 21.03.2018 Bauministerin) Ilse Aigner dazu: „Mit einem bedarfsorientierten

Finanzierungsangebot unterstützt die LfA unsere handwerklichen Betriebe bei ihren Investitionen in die Zukunft. Dadurch sind allein im letzten Jahr über 750 neue Arbeitsplätze entstanden, rund 16.700 wurden gesichert.“ Im Fokus standen Investitionen in neue Gebäude und Maschinen sowie das Thema Unternehmensnachfolge. Mit dem Energiekredit Gebäude können Unternehmen sogar doppelt

Geld sparen. „Der Energieverbrauch sinkt dauerhaft, und zugleich reduziert unser Tilgungszuschuss von bis zu 18,5 Prozent das zurückzahlende Darlehen.“ erläutert Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA. Auch 2018 stehen 203.000 bayerische Handwerksbetriebe vor vielfältigen Herausforderungen: Betriebsweiterungen, die Vorfinanzierung von Aufträgen und

**„AUCH IN 2017
HAT DIE LFA FÜR
DAS HANDWERK
IM FREISTAAT
EINEN STARKEN
FÖRDERIMPULS
GESETZT“**

ILSE AIGNER

nicht zuletzt die Digitalisierung erfordern immer neue Investitionen. „Da ist es gut, einen verlässlichen Finanzierungspartner wie die LfA an der Seite zu haben“, weiß der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), Franz Xaver Peteranderl. Die LfA ist seit 1951 die staatliche Spezialbank zur Förderung des

Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht.

FÖRDERBILANZ 2017

2,3 MILLIARDEN EURO

Die LfA Förderbank Bayern hat 2017 die Unternehmen und Kommunen im Freistaat mit rund 2,3 Milliarden Euro unterstützt. Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, dazu: „Das Förderjahr 2017 war für uns sehr erfolgreich. Wir haben unsere Förderleistung für den bayerischen Mittelstand erneut ausbauen können.“ Die programmgebundenen Förderkredite legten um rund sechs Prozent auf über 1,7 Milliarden Euro zu, was insbesondere auf die sehr starke Nachfrage bei der Gründungs- und Wachstumsförderung zurückzuführen ist. Gefragt war außerdem der Energiekredit Gebäude mit einem Zusagevolumen von über 100 Millionen Euro. Von den Förderangeboten profitierten insgesamt mehr als 4.500 Unternehmen und Kommunen.

KULTURFÖRDERUNG

KUNSTKALENDER 2018



Der Keramik-Ofen
von Jonghwi Baek
(oben) ziert das Kalen-
derblatt im März.
Im November be-
gleitet ein Bild von
Andrej Auch durch
den Monat

Eine lebendige Kultur- und Kreativwirtschaft ist für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort unerlässlich.

Einen wichtigen Bestandteil der LfA-Kulturförderung stellt das Projekt „junge kunst in bayern“ dar. Zusammen mit den Akademien der Bildenden Künste in München und Nürnberg eröffnet die LfA Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, ihre Kunstwerke in Form eines Jahreskalenders der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren – und das seit 1997. Im Jahr 2018 erscheint der Kalender bereits in der 22. Auflage.

Ausgewählte Arbeiten aus den Jahresausstellungen der Hochschulen in München und Nürnberg begleiten darin durch das Jahr. In der Mediathek der LfA finden Interessierte alles rund um die aktuelle Edition auch online: neben Informationen zu den jeweiligen Werken und einer Kurzbiografie der Studenten auch kurze Videos, in denen sie die Idee und die Entstehung ihrer kreativen Arbeiten vorstellen.

[Auch online unter: www.lfa.de/kalender](http://www.lfa.de/kalender)

10.000 EURO

WEIHNACHTSSPENDE

10.000 Euro spendete die LfA Ende
vergangenen Jahres für die Kinder-,

Jugend- und Berufshilfe des SOS-Kinderdorfs in Nürnberg. Die Einrichtung ist für ihre langjährige Arbeit und Erfahrung in der Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen bekannt. Mit der Spende werden im Berufsausbildungszentrum des SOS-Kinderdorfs ein EDV-Schulungsnetz sowie Arbeits- und Arbeitsschutzkleidung für Heranwachsende in schwierigen Lebenslagen finanziert. Für diese bietet das Zentrum berufsvorbereitende Maßnahmen und eine Ausbildung in verschiedenen Berufszweigen an. Das Weihnachtsgeschenk in Form eines Spendenschecks überreichte der Vorstandsvorsitzende der LfA, Dr. Otto Beierl, am Nikolaustag. Bei der Übergabe zeigte sich



Spendenübergabe Andreas Tonke vom
SOS-Kinderdorf in Nürnberg (links) und Dr. Otto
Beierl, Vorsitzender des LfA-Vorstands (rechts)

Dr. Beierl beeindruckt: „Das SOS-Kinderdorf Nürnberg leistet mit seinem Berufsausbildungszentrum großartige Arbeit für sozial benachteiligte junge Menschen. Wir unterstützen das Zentrum sehr gerne dabei, entsprechend unserem Förderauftrag diesen jungen Erwachsenen einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen.“ Andreas Tonke, Bereichsleiter für stationäre Angebote des SOS-Kinderdorfs, freute sich sehr über die großzügige Unterstützung der LfA: „Damit können wir Zukunftsperspektiven für junge Menschen schaffen und sie auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit begleiten.“ Die Konzepte des Berufsausbildungszentrums sprechen junge Erwachsene

an, die zur Aufnahme einer Ausbildung oder zum Erreichen eines Abschlusses und zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit Unterstützung benötigen. Derzeit sind das rund 400 Jugendliche und junge Erwachsene aus 30 Ländern.

FÖRDERUNGEN FÜR KOMMUNEN

Infrastrukturprojekte erfolgreich finanzieren

Der Investitionsbedarf von Städten und Gemeinden ist vielfältig. Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Kommunen mit den passenden Finanzierungsangeboten und fördert die Investitionsvorhaben mit zinsgünstigen und langfristigen Förderkrediten. Gefördert werden unter anderem Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Ver- und Entsorgung, die allgemeine Energieeinsparung und die Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger. Auch Ausgaben in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Kulturpflege werden unterstützt. Das Basisangebot der LfA zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen ist der Infrakredit Kommunal. Mit

dem Infrakredit Energie bietet die LfA eine zinsgünstige Finanzierung von Maßnahmen der allgemeinen Energieeinsparung von mindestens 20 Prozent. Auch hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse sind für einen Wirtschaftsstandort von strategischem Interesse, der Ausbau ist jedoch mit erheblichen Investitionskosten verbunden. Darum hat die LfA mit dem Infrakredit Breitband einen weiteren Förderschwerpunkt gesetzt. Bei größeren Projekten steht die Förderbank außerdem kommunalen Unternehmen als zuverlässiger Partner in Konsortialfinanzierungsrunden zusammen mit anderen Banken zur Seite.

[Mehr Informationen unter: www.lfa.de/infrastruktur](http://www.lfa.de/infrastruktur)

NACHHALTIGKEIT LEBEN FÜR EINE GESELLSCHAFT MIT ZUKUNFT

Ökonomisch, ökologisch sowie sozial verantwortliches Handeln ist Voraussetzung für dauerhaften Erfolg. Die nachhaltige Wirtschaftsförderung ist für die LfA Förderbank Bayern eine tragende Säule der Geschäftspolitik. Ausdruck dafür ist die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Im Jahr 2017 sagte die Förderbank Förderkredite in Höhe von über 1,7 Mrd. Euro zu. Damit konnten Bayerische Unternehmen insgesamt rund 143.000 Arbeitsplätze sichern beziehungsweise neu schaffen. Auch bei der Konzeption der Förderprogramme wird Augenmerk darauf gelegt, dass



Umweltschutz und soziale Aspekte Beachtung finden. Allein im Energiekredit Gebäude wurden im letzten Jahr über 100 Mio. Euro zugesagt. Der Nachhaltigkeitsgedanke erstreckt sich auf alle Bereiche der Bank, vom operativen Geschäft über die interne Organisation bis hin zum gesellschaftlichen Engagement. Die Nachhaltigkeitsgrundsätze der LfA machen dabei Umwelt, Soziales und Governance zur Richtschnur ihres Handelns. Das belegen unter anderem Zertifizierungen aus dem Sozial- und Umweltbereich.

[Mehr Informationen unter: www.lfa.de/nachhaltigkeit](http://www.lfa.de/nachhaltigkeit)

Claudia Grillmaier

Abteilung:
Förderkredite
Position:
Kreditsachbearbeiterin
Seit 2001 bei der LfA



„Ich bin noch eine waschechte Münchnerin“

In München geboren und aufgewachsen, genieße ich seit jeher das Stadtleben mit seinem großen kulturellen Angebot. Nach meiner Ausbildung zur Bankkauffrau war ich viele Jahre lang im Immobilien- und Privatkundenbereich tätig. Vor 17 Jahren bewarb ich mich über ein Assessment-Center bei der LfA und wurde Mitarbeiterin des damals neu gegründeten Kundencenters. Acht Jahre stand ich dort Rede und Antwort, bevor ich in das eigentliche Kerngeschäft der LfA wechselte: in die Abteilung Förderkredite. Dort bin ich im Team „Neugeschäft“ tätig. Wir reichen Kredite aus und übernehmen Risikoeinstellungen in Form von Haftungsfreistellungen oder Bürgschaften bei Existenzgründungen. Zudem unterstützen wir bestehende mittelständische Unternehmen bei Wachstumsinvestitionen. Des Weiteren fördern wir relevante Umweltschutzmaßnahmen und vergeben Regionalkredite an kleine und mittlere Unternehmen, die beispielsweise Investitionen im ländlichen Raum oder Maßnahmen zur Verbesserung des touristischen Angebots planen. Seit einigen Wochen sitzt unsere ganze Abteilung in einem Großraumbüro, da unser Kredithaus vollständig renoviert wird. Etwas ungewohnt, aber es ist nur eine Übergangslösung, bevor wir zurück in unsere erneuerten 2-Mann-Büros ziehen. Ich arbeite gerne in der LfA und fühle mich in meinem Team sehr wohl.

Fotos: Getty Images / Westend61, 123RF / Romolo Tavani; Conny Milrbach (2)

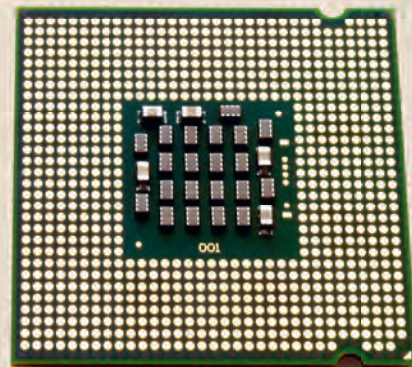
Walter Glasl

Abteilung:
Liegenschafts- und
Hausverwaltung
Position:
Teamleiter, Sicherheitsbeauftragter und stellvertretender Notfallbeauftragter
Seit 2015 bei der LfA



„Jeden Tag gibt es neue Herausforderungen, das macht es spannend“

Mein fünfköpfiges Team und ich betreuen alle Liegenschaften der LfA und sind dafür zuständig, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die bestmögliche Arbeitsumgebung vorfinden. Der Platz ist beschränkt, daher sind Belegungs- und Möblierungsplanung sowie die Durchführung notwendiger Umzüge Teil unserer täglichen Arbeit. Neben den klassischen Verwaltungsaufgaben steuern wir auch Dienstleister und Wartungen. Unsere beiden Haustechniker kümmern sich um die Instandhaltung der Gebäude und bearbeiten die täglich eingehenden Aufträge. Die notwendigen Baumaßnahmen an unseren Grundstücken und Gebäuden werden ebenfalls bei uns im Team geplant und abgewickelt. Als Bauingenieur bin ich da voll in meinem Element. Mit der anstehenden Sanierung des Kredithauses liegen rund drei Jahre intensive und spannende Arbeit vor uns, auf die ich mich freue. Meine Aufgabe als Sicherheitsbeauftragter ist darüber hinaus der physische Schutz im Haus, vom Sicherheitsdienst bis zu Evakuierungsplänen. Außerdem unterstütze ich die LfA als stellvertretender Notfallbeauftragter, um für jeden denkbaren Notfall bestmöglich gerüstet zu sein. Die Arbeit hier macht immer noch Spaß wie am ersten Tag. Gute Gründe dafür sind sicher die abwechslungsreichen Aufgaben und der Zusammenhalt meines Teams.



WIR FÖRDERN TRADITION UND INNOVATION

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir das traditionelle Handwerk genauso wie innovative Hightech-Unternehmen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie sich mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihr nächstes Vorhaben schnell realisieren lässt. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de


LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.